

Sudetendeutsche Kapitel
Studie zu Ursprung und Entwicklung der
sudetendeutschen Anschlussbewegung

Von Emil Hruška

Inhalt

KAPITEL 1	
Zu Ursprung, Entwicklung und Bedeutung der Begriffe „Sudeten“, „sudetendeutsch“ und „Sudetenland“	6
KAPITEL 2	
Vom eigenen Namen zur Konzeption der "Volksgruppe"	13
KAPITEL 3	
er Mann, den man „Hähnlein“ nannte. Konrad Henlein – Skizzen zu einem Porträt	21
KAPITEL 4	
Von der Nachkriegsromantik zur Sudetendeutschen Partei	31
Prolog	31
Die „völkische“ Bewegung	32
Die Konzeption von Othmar Spann als ideologische Grundlage	34
Die Entstehung des Kameradschaftsbundes (KB)	38
Nicht nur der „Spannismus“	40
Die Radikalisierung des Nazismus	43
Die Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“	44
Täuschungsmanöver	48
Wer finanzierte die Sudetendeutsche Partei	51
Die Krise in der SdP	52
KAPITEL 5	
Die Wühlätigkeit der sudetendeutschen Irredenta	58
Spionage	62
Antitschechoslowakische Propaganda	64
Terror- und Diversionsakte. Das Sudetendeutsche Freikorps	66
Schlussbemerkungen	73

Dokumente:

Aus dem Aufruf Konrad Henleins zur Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront, Oktober 1933	76
Schreiben des führenden ČSSD*-Politikers Jaromír Nečas an den Präsidenten der ČSR, T. G. Masaryk, vom 9. April 1935	78
Brief von Konrad Henlein an den Außenminister des Deutschen Reiches, Konstantin von Neurath, und „Bericht für den Führer und Reichskanzler“ vom 19. November 1937	79
Aufzeichnung des deutschen Auswärtigen Amtes vom 28.3.1938 zur Vorbereitung eines Ultimatums der SdP an die tschechoslowakische Regierung	88
Aus der Vortragsnotiz im Auswärtigen Amt Berlin, März 1938.	89
Telegramm der Deutschen Gesandtschaft in Prag an das Auswärtige Amt in Berlin, 4.4.1938	91
Schreiben des Rudolf Lodgman von Auen1 an den deutschen Gesandten in Prag, Ernst von Eisenlohr, April 1938.2	93
Gedächtnisprotokoll von Rudolf Lodgman über seine Unterredung mit Konrad Henlein am 7. April 1938 im Prager Sitz der SdP (Hybernská 4) ..	95
Denkschrift von Rudolf Lodgman von Auen an Adolf Hitler, April 1938.	97
Aktionsprogramm der SdP aus dem Jahre 1938.1	107
<i>Anmerkungen</i>	119

Vorbemerkung zur deutschen Ausgabe

Als der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt (CSU), Ende März dieses Jahres ein als gewerbliche Firma getarntes Büro seines Vereins in Prag eröffnete, nannte er es eine „Botschaft des guten Willens“. Eine Formulierung voll Doppelzüngigkeit, die auf deutscher Seite kaum durchschaut, auf tschechischer Seite dagegen zu Recht als Provokation verstanden wurde. Denn schon diese vier Worte enthalten den Anspruch der Landsmannschaft, die „Formation der sudetendeutschen Volksgruppe außerhalb der Heimat“ zu sein oder –weniger verklausuliert ausgedrückt – ein Staatsapparat im Exil, dessen Spitze Anspruch auf Verhandlungen mit einem anderen Staat über strittige Objekte stellt. Dahinter steht eine Vorstellungswelt, die dem Außenstehenden völlig fremd ist, in der Begriffe wie „Volksgruppe“, „Volksstamm“, „Selbstbestimmungsrecht“, „Heimatrecht“ etc. als Chiffren für bestimmte Konzepte stehen, die eins gemeinsam haben: Sie stammen aus einer Bewegung, die gleichzeitig mit dem deutschen Imperialismus Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts begann und die Herstellung deutscher Hegemonie in Mitteleuropa zum Ziel hatte. Die Landsmannschaft setzt diese Tradition, die von der Alldeutschen Bewegung im Habsburgerreich und im Wilhelminischen Deutschen Reich über Organisationen wie den „Kameradschaftsbund“ sowie die Deutschnationale und die Deutsche Nationalsozialistische Partei in der ersten Tschechoslowakischen Republik zur Sudetendeutschen Heimatfront bzw. Sudetendeutschen Partei des Konrad Henlein reicht, ungebrochen fort.

Man könnte das Gerede des Herrn Posselt und sonstiger „Amtsträger“ der SL von „gutem Willen“, „Versöhnungsbereitschaft“ und „ausgestreckter Hand der Sudetendeutschen“ als realitätsfremde Hirngespinnste „nicht mal ignorieren“, wenn nicht die Sudetendeutsche und die übrigen Landsmannschaften – unterstützt, gefördert und benutzt vor allem durch die CSU – seit 1989 zunehmend als (Außen-)Politik gestaltende Kraft gesellschaftliche Akzeptanz fänden. Dabei wird häufig ihre Behauptung, „die“ Sudetendeutschen zu repräsentieren, als gegeben hingenommen. Nichts könnte falscher sein. Die überwältigende Mehrheit der ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität, die nach dem zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten, hat mit der Landsmannschaft nichts zu tun, ein großer Teil von ihnen will auch nichts damit zu tun haben.

Ebenso bildete die auf den „Anschluss“ der tschechoslowakischen Grenzgebiete ausgerichtete Bewegung schon in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Minderheit unter den deutschstämmigen Bürgern der ČSR. Daß nach 1933 die große Mehrheit in den Sog der nationalen Bewegung

geriet ist eine Tatsache. Eine andere Tatsache ist, dass vorher gegenüber den deutschnationalen sog. „Negativisten“ die sog. „Aktivisten“ das Übergewicht hatten. Sie akzeptierten den tschechoslowakischen Staat als gegebene Realität und Rahmen ihrer Tätigkeit. Gegen die Bedrohung durch die großdeutsche Expansions- und Kriegspolitik kämpften Tausende von ihnen gemeinsam mit tschechischen Antifaschisten.

An diese antifaschistische und antimilitaristische Tradition als Grundlage deutsch-tschechischer Beziehungen anzuknüpfen, haben sich die Deutsch-Tschechischen Nachrichten als Aufgabe gestellt. Um die Konzepte und Chiffren der heutigen SL-Politiker durchschauen und bekämpfen zu können, ist es nötig, auch ihre Traditionen zu kennen.

Wir freuen uns daher, als DTN-Dossier Nr. 2 diese Studie von Emil Hruška zur Entstehung und Entwicklung der „sudetendeutschen Einheitsbewegung“ vorlegen zu können.

München, Juni 2003

DTN-Redaktion

Zu Ursprung, Entwicklung und Bedeutung der Begriffe „Sudeten“, „sudetendeutsch“ und „Sudetenland“

Der deutsche Publizist Samuel Salzborn stellte in seiner Rezension des Buches von Volker Zimmermann „Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945)“ fest, daß „die Abhandlung des Begriffs ‚sudetendeutsch‘ viel zu kurz (kommt). Zimmermann thematisiert zwar kurz die Problematik in einer Fußnote, übernimmt den Kampfbegriff dann allerdings für die gesamte Arbeit. Verständlicherweise kommt er um die Nutzung des Begriffes – allein aus Gründen der Eindeutigkeit in Abgrenzung zu bspw. den ‚Reichsdeutschen‘ – nicht umhin. Jedoch wäre ein eigenständiges (Unter-) Kapitel zur Begriffsentstehung dieses ‚erst seit Beginn dieses Jahrhunderts gebräuchlichen Pseudonyms‘ (Frederic W. Nielsen) mehr als nötig gewesen.“¹

Man muß Salzborn Recht geben: Der Ursprung der Begriffe „sudetendeutsch“, „Sudetenland“ u.ä., die Gründe für die Einführung dieser Begriffe und die mit ihnen verbundenen ideologischen und politischen Assoziationen und Folgerungen sind nicht einmal ihren unmittelbaren Trägern, geschweige denn der jüngeren Generation der Historiker, Publizisten und Studenten ausreichend bekannt. Dies gilt sowohl auf deutscher als auch auf tschechischer Seite.

Eine ähnliche Ansicht, wenngleich auf einer anderen Grundlage basierend und von anderen Zielen geleitet, vertritt auch die „Gegenseite“, die im Milieu der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu suchen ist. „Exakte Forschungen und eine gründliche wissenschaftliche Durchleuchtung über den Ursprung des Begriffs Sudetendeutsche stehen noch aus ... Ihre Ergebnisse würden allerdings nichts daran ändern, daß seit Franz Jesser die Sudetendeutschen als Volksgemeinschaft der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien in die Geschichte eingetreten sind“, schrieb z.B. der „sudetendeutsche“ Historiker Heinrich Kuhn.²

Wie das Zitat erkennen läßt, gilt allgemein Franz Jesser³ als Urheber des Begriffes „Sudetendeutsche“ und der davon abgeleiteten Bezeichnungen. In seinen 1983 erschienenen Erinnerungen schrieb der seinerzeit bekannte nationalistische deutsche Politiker, er habe „irgendwann“ im Jahre 1902 oder 1903 mit dem damaligen Sekretär des Bundes der Deutschen in Böhmen und Abgeordneten der Deutschradikalen Partei, Dr. Josef Tschan, über das Vordringen von tschechischen und slowakischen Arbeitern – also von Tschechen und Slowaken überhaupt – in die Grenzgebiete der böhmischen Länder und die dadurch erfolgte Stärkung dieser Bevölkerungsteile gesprochen. Beide waren sich angeblich einig, daß man von den „Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien“ sprechen müsse, wenn man ihre Landsleute begrifflich abgrenzen wolle, denn einen einheitlichen Begriff für sie ge-

be es nicht. Tschan soll damals bemerkt haben, für die Deutschen in den Alpen gebe es wohl eine einheitliche Bezeichnung: Alpendeutsche. „Das könnten wir doch auch machen“, soll Jesser geantwortet haben. „... Das System unserer Gebirge (gemeint sind Erzgebirge und Riesengebirge – E.H.) wird in der Geologie und Geographie ja ohnehin ‚die Sudeten‘ genannt, so könnten wir doch ‚Sudetenland‘ und ‚Sudetendeutsche‘ sagen.“⁴ Den Begriff „Sudeten“, so Jessers Argument, kenne man schon seit dem Jahre 150; damals habe der Geograph Claudius Ptolemäus das Gebiet des Erzgebirges als „sudetayle“ bezeichnet: das „Wildschweingebirge“.⁵

Die Bemühungen der deutschen Nationalisten, den in Böhmen lebenden Deutschen eine einheitliche Bezeichnung zu geben, reichen also bis in die Zeit zurück, in der sich die radikale nationalsozialistische Bewegung herausbildete. Im Jahre 1904 entstand in Trautenau/Trutnov die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Ihre Gründer – die späteren Führer der nazistischen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei DNSAP, die bis zum Jahre 1933 in der Tschechoslowakei tätig war – überlegten schon damals, ob sie nicht den Namen der Partei durch die Bezeichnung „nationalsozialistisch“ ergänzen sollten.⁶

Während die Urheberschaft an dem Begriff „sudetendeutsch“ Jesser zugeschrieben wurde, bekannte dieser selbst später, er habe im Jahre 1927 den Vortrag eines deutsch-böhmischen Abgeordneten zum Frankfurter Parlament von 1848/1849 gelesen und darin habe dieser bereits die Begriffe „Sudeten-“ und „Sudetenland“ verwendet. Bis heute konnte nicht festgestellt werden, wann Jesser (oder einer seiner Zeitgenossen) diese Begriffe zum ersten Mal öffentlich benutzte; nicht einmal er selbst wußte es. Einer ersten Version zufolge soll der Begriff erstmals in einem Artikel vorgekommen sein, den Jesser 1902 in der Prager Zeitschrift „Deutscher Volksbote“ veröffentlichte. Man suchte jedoch vergeblich nach einem solchen Artikel. Dagegen fand sich in Nummer 11/1903 dieses Blattes ein nicht namentlich gezeichneter Artikel, der den gesuchten Begriff als Pendant zu den Begriffen „Alpenländer“ und „Alpendeutsche“ enthielt, und zwar als einheitliche Bezeichnung für die Deutschen in den böhmischen Ländern.

An dieser Stelle muß der Unterschied zwischen den Begriffen „böhmisch“/„Böhmen“ und „tschechisch“/„Tschechien“ erklärt werden. Während die tschechische Sprache keinen Unterschied kennt – auf Tschechisch heißt beides „český“ bzw. „Čechy“ –, gilt bei den (Sudeten-) Deutschen folgende Auffassung: „Böhmisch bedeutet alles, was mit dem Land Böhmen in Zusammenhang steht, während tschechisch lediglich die Sprache und Nation der Tschechen bezeichnet. Böhmisch bzw. Böhmen ist abgeleitet von Bojerheim, d.h. Heim der keltischen Bojer; daraus wurde Böheim und Böhmen. Die Tschechen haben für beide Begriffe nur einen Namen: Čechy = Böhmen, Češi = tschechisches Volk; český = tschechisch und auch böhmisch.“⁷

Die (sudeten-)deutschen Nationalisten geben damit zu erkennen, daß für sie ein

prinzipieller Unterschied zwischen dem Land (Böhmen) und den Völkern bzw. Nationen besteht, die in diesem Land leben bzw. lebten (Tschechen, Deutsche). Für sie gibt es also eine Diskrepanz zwischen „Böhmen“ als Land und den „Böhmen“ als Volk. „Für uns Deutsche erweist sich als nachteilig, daß die Tschechen für ihr Volk und das Land Böhmen den gleichen Begriff – Čechy – verwenden und so im allgemeinen Sprachgebrauch wie in der wissenschaftlichen Argumentation das zweite Volk in Böhmen (gemeint sind die Deutschen – E.H.) stillschweigend übergehen“, bedauerte der Vorsitzende der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste, Professor Richard Eichler.⁸ Und der ehemalige Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Becher, behauptete: „Böhmen war und ist ... mehr als ‚Čechy‘. Es war und ist auch unser Land. Nachlässigkeit im allgemeinen Sprachgebrauch machte diesen Tatbestand ebenso vergessen wie die Semantik der Siegermächte.“⁹ Diese Konzeption schlug sich in der Zeit der nazistischen Okkupation in der Bezeichnung „Protektorat Böhmen und Mähren“ (und nicht etwa „Tschechien und Mähren“) nieder, wobei die Nazis in der Zeit zwischen dem Münchner Diktat von 1938 und der Errichtung des „Protektorats“ im März 1939 absichtlich beleidigend und respektlos von der zweiten Tschecho-Slowakischen Republik sprachen und sie als „Rest-Tschechei“ bezeichneten.

Bis zum Jahre 1918 setzte sich jedoch der Begriff „sudetendeutsch“ oder „Sudetentland“ nicht durch. Auch Jesser selbst benutzte ihn nur selten. Es gab einfach keinen Bedarf dafür. Erst durch den Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik und den damit verbundenen Verlust ihrer Hegemoniestellung gerieten die militanten deutschen Nationalisten in eine Lage, in der es ihnen als politische Notwendigkeit erschien, einen einheitlichen Begriff für die Deutschen in den böhmischen Ländern einzuführen. Josef Pfitzner, Historiker und Ideologe der Sudetendeutschen Partei Henleins, beschrieb diese Situation so: „Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie bedeutete in ihren Folgen den Beginn eines neuen Geschichtsabschnitts der Sudetendeutschen. Sahen sie sich doch förmlich über Nacht in eine vollkommen neue politische Lage versetzt, durch die ihre Daseinsgrundlagen erschüttert wurden.“¹⁰ Bis 1918, so Pfitzner weiter, hätten die Sudetendeutschen in einem Staate gelebt, „in welchem das Deutschtum als Staatsschicht und Reichserhalter eine führende Stellung einnahm“, doch diese Stellung war ihnen jetzt verloren gegangen. Die Deutschen in den böhmischen Ländern waren zu einer Minderheit in einem Staat geworden, den die meisten von ihnen von seinem Anfang bis zu seinem Ende im Jahre 1938 nie anerkannten und den sie besonders in den dreißiger Jahren mit aller Kraft und mit Hilfe Nazideutschlands zu zerstören suchten.

Für die deutschen Nationalisten war es nun unumgänglich geworden, eindeutige Begriffe zu bilden, mit deren Hilfe sie ideologische (großdeutsche, antitschechische und sezessionistische) Konzeptionen entwickeln konnten, um sie später in der

praktischen Politik zu realisieren. Um eine aktive antitschechische Politik betreiben zu können, war es notwendig, die Mehrheit der auf dem Territorium der jungen tschechoslowakischen Republik lebenden Deutschen zu gewinnen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, einer Gemeinschaft mit gleichen Interessen anzugehören. Die Zugehörigkeit zu einer Klasse oder einer politischen Partei spielte angeblich keine Rolle mehr, wichtig sei nur noch die Nationalität. Anzumerken ist allerdings, daß die offizielle tschechoslowakische Nationalitätenpolitik den Verkündern derartiger Konzepte in mancher Hinsicht geradewegs in die Hände arbeitete. Es wurde die Losung der „Volksgemeinschaft“ ausgegeben, die – mit Jessers Worten – „mehr als eine Sprach- und Kulturgemeinschaft ist – eine Schicksalsgemeinschaft, aus der keiner austreten, der sich keiner entziehen kann“.¹¹ Und der bereits zitierte Historiker Josef Pfitzner sagte: „Da durch die Gründung der Tschechoslowakei das Zusammengehörigkeitsbewußtsein aller Sudetendeutschen wie nie zuvor erwachte und die Tatsache der tschechischen Nachbarschaft sowie der grenzdeutschen Lage aufs stärkste einigend wirkte, deswegen erwachte sofort das dringende Bedürfnis nach einem Namen für diese ... Schicksalsgemeinschaft.“¹²

Die Begriffe „sudetendeutsch“ oder „Sudetenland“ boten sich nicht als einzige an. Nach dem ersten Weltkrieg traf man in den böhmischen Ländern auf Begriffe wie „Deutschböhme“ (Deutscher aus Böhmen), „Deutschmährer“ (Deutscher aus Mähren) und „Deutschschlesier“ (Deutscher aus Schlesien). Diese Begriffe standen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Sezessionsversuch der Nationalisten in den Umbruchjahren 1918/1919 – also mit ihren erfolglosen Bemühungen, die „deutschen Provinzen“ von der Tschechoslowakischen Republik loszureißen. Bei den Tschechen stießen diese Begriffe aus eben diesem Grunde auf entschiedene Ablehnung. Gelegentlich wurden auch Begriffe wie „sudetenländischer Deutscher“, „Böhmerlanddeutscher“ oder auch „Großböhme“ verwendet. Der zuletzt genannte Begriff „entsprang dem Bemühen, für den neuen Staat eine neue deutsche Bezeichnung zu finden, so daß dann die Formel ‚Deutsche Großböhmens‘ auch schon angewandt wurde.“¹³

Die Sezessionsversuche, die die deutschen Nationalisten von Ende Oktober bis Ende Dezember 1918 als Reaktion auf die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik unternahmen, gipfelten in der Proklamation der sog. Provinz Deutschböhmen mit den Bezirken Eger/Cheb, Leitmeritz/Litoměřice, Reichenberg/Liberec und Trautenau/Trutnov als Kerngebiete. Diese Provinz Deutschböhmen sollte Teil der sog. Republik Deutsch-Österreich werden – mit der weiteren Aussicht eines Anschlusses an Deutschland. Neben der „Provinz Deutschböhmen“ sollten auch Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens „Deutsch-Österreich“ zugeschlagen werden: die Provinzen Südmähren, Böhmerwaldgau und Sudetenland; wobei in diesem Falle unter der „Provinz Sudetenland“ nur der nördliche Teil Mährens verstanden wurde.

Die genannten alternativen Sammelbezeichnungen für die in den böhmischen Ländern lebenden Deutschen setzten sich jedoch bis Mitte der zwanziger Jahre nicht durch. Es blieb somit bei den Begriffen „sudetendeutsch“, „Sudetenland“ etc. Zu erwähnen ist auch, daß die Bezeichnung „Sudetendeutsche“ offiziell zum erstenmal im Jahre 1918 benutzt wurde, und zwar im Zusammenhang mit den schon erwähnten separatistischen Bemühungen. Am 30. Oktober des genannten Jahres nämlich erklärten die Vertreter der deutschen Bezirke in Schlesien, Nordmähren und Ostböhmen ihren Zusammenschluß zum „Sudetenland“. Auch die deutsch-österreichische Delegation bei den Friedensverhandlungen von Saint Germain (vor allem der österreichische Kanzler, der Sozialdemokrat Karl Renner) sprach von den „Sudetendeutschen“.

Die Tatsache, daß sich die Bezeichnung „Sudetendeutsche“ und die entsprechenden Ableitungen durchsetzten, kann als wichtige Voraussetzung für die politische Profilierung des deutschen Nationalismus in der Tschechoslowakischen Republik gelten. Es gab damit einen echten „Kampfbegriff“, der von Anfang an weder ethnographisch noch geographisch, sondern rein politisch definiert war. Dieser Gesamtbegriff wurde zum Ausgangspunkt für die Formulierung der Ziele des nun schon sudetendeutschen Nationalismus. Die Bezeichnungen „Sudetendeutsche Heimatfront“ und „Sudetendeutsche Partei“ der Henlein-Bewegung sind ein eindeutiger Beweis dafür. „Gerade Konrad Henlein war es dann, der ihn (diesen Begriff – E.H.) 1933 mit der Gründung der ‚Sudetendeutschen Heimatfront‘ (SHF, seit 1935 SdP – Sudetendeutsche Partei – E.H.) zum politischen Programm erhob“, stellte der Historiker Ralf Gebel fest.¹⁴ Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß seit Mitte der zwanziger Jahre dieser Kampfbegriff der sprachlichen Einfachheit halber auch von tschechischer Seite in positivem Sinne gebraucht wurde und weiterhin gebraucht wird, ohne daß sich davon auf diese oder jene politische Richtung schließen ließe.

Einen Wendepunkt hinsichtlich der Einstellung der Tschechen zum Gebrauch des Begriffs „Sudetendeutsche“ etc. stellt die Zeit nach dem Münchner Diktat von 1938 dar. Im Widerstandskampf gegen den Nazismus diesseits und jenseits der Grenzen setzte sich der Standpunkt durch, der in der „Prinzipiellen Stellungnahme des Präsidenten E. Beneš zum Beschluß des Vorstands der Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Partei vom 7. Juni 1942, dem Vorsitzenden der Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Partei, Wenzel Jaksch¹⁵ vom Präsidenten übergeben am 1. Dezember 1942“, zum Ausdruck kommt. Darin heißt es: „... In diesem Augenblick möchten Präsident Beneš und die Regierung alle unsere deutschen Mitbürger bitten bzw. ihnen vorschlagen, auf den Gebrauch des Wortes ‚sudetendeutsch‘ freiwillig und definitiv zu verzichten. Dafür sprechen folgende Gründe:

a) Wissenschaftlich, geographisch, historisch bedeutet das Wort ‚Sudeten‘ etwas völlig Anderes als das, was heute darunter verstanden wird.

b) Das Wort ist Ausdruck des politischen Betruges, zu dem Henlein und der deutsche Faschismus die deutsche Angelegenheit in der Tschechoslowakei gemacht haben. Mit einer besonderen Terminologie wollte man politische Tatsachen schaffen. Es war und es bleibt auch weiterhin Betrug. Es ist vielleicht verständlich, wenn von anderer Seite aus versucht wurde, dieser betrügerischen politischen Agitation Henleins entgegenzuwirken, und bei diesem Versuch aus taktischen Gründen ebenfalls dieser Terminus verwendet wurde. Es ist dennoch ein politischer Fehler. Schwierigkeiten kann man nie durch Übernahme der Fehler oder der Demagogie des Gegners überwinden. Wenn wir uns also definitiv vom Henleinismus und vom Nazismus emanzipieren wollen, tun wir das konsequent und unterwerfen wir uns nicht ihren Methoden ... !

c) Die Wörter ‚sudetendeutsch‘, ‚Sudetenland‘ werden in den böhmischen Ländern für immer mit den nazistischen Untaten in Zusammenhang gebracht werden, die an uns Tschechen und an den demokratisch denkenden Deutschen verübt wurden und zu denen es in der Schicksalskrise vor und nach dem Jahr 1938 kam. Wir müssen uns wieder um ein neues Abkommen bemühen, frei von diesen traurigen, politisch verhängnisvollen und für uns unannehmbaren Requisiten nazistischer Politik.

d) Die Tschechen werden dieses Wort nach dem jetzigen Krieg nicht annehmen, sie werden es ablehnen; es ist also in unserem Interesse, uns rechtzeitig darüber zu verständigen, daß dieses Wort für immer aus dem Wortschatz beider Seiten verschwindet. Es ist im Interesse einer guten Politik, dies nicht mittels Gesetzen und Befehlen durchzusetzen. Es wäre lächerlich, wenn auch die tschechoslowakischen Henleingegner und die antinazistischen Demokraten nach dem Krieg über Wörter streiten und aus der Henleinschen Erbschaft und der Terminologie politische Affären machen würden. Wir sind der Meinung, daß unsere deutschen Mitbürger es sich gut überlegen und alles Notwendige dafür veranlassen werden.“¹⁶

Die Ablehnung dauerte nicht lange. Nach dem Krieg wurden die Begriffe sehr bald wieder gebraucht, allerdings nur in extrem negativem Sinne, mit der selben Mißbilligung, die sich auch darin ausdrückte, daß man das Wort „Němec“ („Deutscher“) mit kleinem Anfangsbuchstaben schrieb. Nach und nach jedoch wurden die Begriffe „Sudetenland“, „Sudetendeutscher“ etc. wieder zum üblichen Bestandteil des Begriffsapparates der tschechischen Journalistik und Publizistik (einschließlich der wissenschaftlichen Literatur), wenn auch nur inoffiziell. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß das tschechische Innenministerium im Mai 1945 darauf aufmerksam machte, daß die „Benützung der Bezeichnung ‚Sudetenland‘, davon abgeleiteter und ähnlicher während der Okkupation benützter Ausdrücke unzulässig ist. Für die Bezeichnung der betreffenden Gebiete der böhmischen und mährisch-schlesischen Länder soll die Bezeichnung ‚Grenzgebiete‘ verwendet werden. Diese Regel ist besonders bei offiziellen Kontakten zu beachten“.¹⁷

Auf internationaler Ebene wurde der Begriff „Sudetendeutsche“ von den Nazis eingeführt, und zwar im Münchner Abkommen. Das erste offizielle, unter Beteiligung von Verfassungsorganen der Tschechischen Republik formulierte und von ihnen unterzeichnete Nachkriegsdokument, das den Begriff „Sudetendeutsche“ enthält, ist die Tschechisch-Deutsche Erklärung vom Jahre 1997. Der Verfassungsrechtler Prof. Václav Pavlíček sagte dazu: „In der Deklaration erschien ein völlig neuer Begriff: ‚Sudetendeutsche‘. Nach internationalem Recht waren sie bislang ehemalige tschechoslowakische Bürger. Sudetendeutsche ist ein irreführender Begriff, der kaum in anderer Absicht verwendet werden kann als der, aus einer nationalen Minderheit ein Volk zu machen.“¹⁸

Die Einführung der Begriffe „Sudetenland“, „Sudetendeutsche“ etc. war eine Grundvoraussetzung, um die politische Rolle der ehemals auf dem Gebiet von Böhmen, Mähren und Schlesien lebenden Deutschen zu formulieren, um deren Platz in der großdeutschen Expansionspolitik zu bestimmen und Begriffe wie „Volksgemeinschaft“, „sudetendeutscher Stamm“, vor allem aber „Volksgruppe“, mit Inhalt zu füllen. Der zuletzt genannte Terminus nimmt in der Nachkriegszeit unter dem Aspekt des deutschen „Drangs nach Osten“ und der Mittel und Ziele dieser Politik eine wichtige und unverwechselbare Rolle ein.

Am Schluß dieses Kapitels sei darauf hingewiesen, daß in den weiteren Kapiteln dieses Buches die Begriffe „sudetendeutsch“ oder „Sudetendeutsche“ der Einfachheit und Lesbarkeit halber ohne die distanzierenden Anführungszeichen verwendet werden.

Vom eigenen Namen zur Konzeption der „Volksgruppe“

Das beherrschende Merkmal der deutschen Außenpolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war der Revisionismus: Man bekämpfte das Versailler System und strebte nach territorialer Expansion. Dieses außenpolitische Profil bildete sich schon lange vor 1933 heraus. Der Nazismus verstärkte nur die Aggressivität dieser Politik und bediente sich zu ihrer Realisierung in besonderem Maße bestimmter Methoden und Mittel.

Wegen der Restriktionen, denen Deutschland nach 1918 unterworfen war, waren die Gestalter seiner Außenpolitik gezwungen, Methoden und Mittel zu suchen, die auch in einer Situation vorübergehender Entmilitarisierung wirksam waren. Als eins der effektivsten Mittel in diesem Zusammenhang erwiesen sich die deutschen Minderheiten auf dem Territorium anderer Staaten, vor allem der Nachbarstaaten. Die Instrumentalisierung „ethnischer Mittel“ zur Destabilisierung anderer Länder und die Einflußnahme auf diese Länder mit Hilfe der nationalen Minderheiten wurde zu einem langfristigen Trend in der deutschen Außenpolitik.

Infolge des Ersten Weltkrieges und der Neufestlegung der Staatsgrenzen lebten auf dem Territorium nichtdeutscher Staaten (darunter diejenigen, die nach dem Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie entstanden waren) etwa sechs Millionen Angehörige deutscher Minderheiten. Sie bekamen alle Folgen dieser Veränderungen zu spüren – insbesondere diejenigen, die mit dem Verlust der jahrhundertelangen dominierenden Stellung der Deutschen in Mitteleuropa verbunden waren. Als allgemeine Bezeichnung für diese nationalen Minderheiten führte die deutsche Außenpolitik den Begriff „*Volksgruppe*“ ein. Diese Bezeichnung überlebte auch den Zweiten Weltkrieg und ist für die deutsche Außenpolitik selbst zu Beginn des neuen Jahrtausends noch immer unersetzlich.

Der Begriff „*Volksgruppe*“ wurde in Deutschland als Bezeichnung für ein Kollektiv vorgeblich blutsverwandter Personen eingeführt, die sich von anderen Personen durch ihr Verhältnis zu Deutschland unterscheiden, und zwar nicht nur in kultureller Beziehung, sondern vor allem im Hinblick auf ihre Rasse. Wegen ihrer angeblichen Blutsverwandschaft und einer besonderen kulturellen Verwandtschaft galten (und gelten!) die Angehörigen der „*Volksgruppe*“, auch wenn sie die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates besitzen, als Deutsche, womit mehr gemeint ist als ihre Herkunft. „Es wurde behauptet, die Ewigkeit des im ‚Volk‘ pulsierenden Blutes überrage die nur vorläufigen Ordnungen der Gegenwart. ‚Volk‘ und ‚Volksgruppen‘ standen demnach über dem Staat und waren aufgerufen, hindernde Grenzen zu beseitigen, um im deutschen ‚*Volkskörper*‘ neu zu verschmelzen.“¹

So hat in dem Begriff „Volksgruppe“ die Idee, wonach dem Blut entscheidende Bedeutung zukommt, eine Form gefunden, die den territorialen politischen Interessen entspricht. Aus dieser Sicht stellt die „Volksgruppe“, deren Rolle in der Zwischenkriegszeit formuliert wurde, ein „Kollektiv blutsverwandter Personen“ und ein Subjekt dar, das Anspruch auf Rechte geltend machen kann, die dem Individuum genommen wurden. Die Einzigartigkeit des Individuums wird damit reduziert auf die Eigenschaft, (Über-)Träger der rassischen Abstammung zu sein, die vor „Überfremdung“ und „Vermischung“ geschützt werden muß. Am Ende dieses Prozesses standen die Einbindung der deutschen nationalen Minderheiten in ein totalitäres System, das durch einen „Führer“ oder auch einen „Sprecher“ repräsentiert wurde, und die Konfrontation mit der nationalen Mehrheit des jeweiligen Staates.

Nachdem Konrad Henlein an die Spitze der sudetendeutschen Einigungsbewegung getreten und der Begriff „sudetendeutsch“ zum rein politischen (Kampf-) Begriff geworden war, mußte und konnte – unter dem Aspekt der außenpolitischen Absichten der Nazis – formuliert werden, was die Sudetendeutschen nach ihrem eigenen Selbstverständnis und aufgrund ihrer Stellung in der Tschechoslowakischen Republik eigentlich waren.

Als sich der bereits im vorigen Kapitel zitierte Josef Pfitzner in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre mit der Entstehungsgeschichte der sudetendeutschen Einigungsbewegung befaßte, stellte er sich die Frage: „Was stellen wir Sudetendeutsche als Gemeinschaftskörper dar, welche Bezeichnung ist unserer Lage im Rahmen des deutschen Volkes sowie der übrigen Völker angemessen?“² In der Antwort hierauf führte er aus, nach 1918 sei in der sudetendeutschen politischen Bewegung (also in derjenigen, die die Tschechoslowakische Republik nicht als ihren Staat anerkannte) eine Tendenz aufgekommen, sich als „sudetendeutsche Nation“ zu konstituieren. Dies aber bezeichnete Pfitzner als gleichermaßen absurd wie die Proklamation eines „sudetendeutschen Volkes“.

In den Konzeptionen der sudetendeutschen Ideologen tauchte ferner der Begriff „*sudetendeutscher Stamm*“ auf. Dieser Begriff wurde von den Protagonisten des elitären Kameradschaftsbundes durchgesetzt (von ihm wird in einem späteren Kapitel dieses Buches die Rede sein). In Pfitzners Augen brachte die Bezeichnung „sudetendeutscher Stamm“ jedoch nicht in vollem Umfang und in aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß „das sudetendeutsche Einheitsbewußtsein, das nichts mit Sondertümelei gemein hat, wie nie zuvor erwacht (sei) und die deutschen Menschen der Sudetenländer zusammengeschiedet“³ habe. Als geeigneten Begriff akzeptierte Pfitzner nur „*Volksgruppe*“, etwa im Sinne von „*Volkszweig*“.

An dieser Stelle sei angemerkt, daß die Frage, ob die Sudetendeutschen ein „Stamm“ oder eine „Volksgruppe“ sind, seinerzeit Gegenstand heftiger ideologischer Streitigkeiten war. Im wesentlichen ging es dabei aber auch um einen Macht-

kampf zwischen den „Traditionalisten“, repräsentiert durch den Kameradschaftsbund, und den „orthodoxen Nationalsozialisten“. Der Hauptideologe der Traditionalisten, Dr. Walter Brand, Urheber der Theorie des „sudetendeutschen Stammes“, setzte eine Konzeption durch, die sinngemäß folgendermaßen zusammengefaßt werden kann: Jedes *Volkstum* sei in Stämme untergliedert. Jedes Volk verfüge über Stämme mit verschiedenen Stärken und Besonderheiten. Das deutsche Volk sei unter den europäischen Völkern dasjenige, das am meisten durch die Eigenarten seiner Stämme geprägt sei. Es gebe keinen Grund, die Vielfalt der Stämme innerhalb des „Volkstums“ zu bedauern, ganz im Gegenteil. Gerade in dieser Vielfalt drücke sich eine immense Energie aus, die danach strebe, das „Volkstum“ durchzusetzen. Die Stammesvielfalt habe nur dann einen Sinn, wenn die innere Einheit und der Zusammenhalt gegenüber den Besonderheiten das Übergewicht behielten. Der sudetendeutsche Stamm, so Brand, müsse „verstanden werden als Glied besonderer Art des gesamten deutschen Volkes, der deutschen Kulturgemeinschaft auf immer unlöslich verbunden“.⁴ Nach Brands Auffassung stellt der „sudetendeutsche Stamm“ das „deutsche Wesen in besonderer, uns gemäßer Art“⁵ dar. Auf die Frage, ob nicht in der „sudetendeutschen Eigenart“ eine Gefahr für das Deutschtum als solches bestehe, antwortete Brand, dies könne nur insoweit der Fall sein, wie vergessen werde, daß „... wir letzten Endes alle unsere geistige Schaffenskraft nur aus den größeren Zusammenhängen unseres kulturellen Lebens gewinnen können“.⁶

Die Zukunft des „Sudetendeutschtums“ gehöre der Idee des „sudetendeutschen Stammes“, erklärte Brand, also „des geistig einheitlichen und des einheitlich politisch handelnden sudetendeutschen Stammes“.⁷ Nur so könne eine geistige (ideologische) Einheit erreicht und die Möglichkeit geschaffen werden, das „Sudetendeutschtum“ innerhalb des tschechoslowakischen Staates als politisch handelnde Gemeinschaft zu organisieren und somit die Voraussetzungen für eine eigene sudetendeutsche Verwaltung zu schaffen. Soweit die Hauptideen Brands.

Die traditionalistische Konzeption des „sudetendeutschen Stammes“ wurde jedoch von den Anhängern der eindeutig großdeutschen und unverschleiert prohitlerschen Politik nachdrücklich abgelehnt. Ohne sich von den Schwüren auf „die untrennbare Verbindung mit der deutschen Kulturgemeinschaft“ seitens der Anhänger des Kameradschaftsbundes (KB) beeindrucken zu lassen, reagierten die orthodoxen Nationalsozialisten allergisch auf jede Erwähnung von „Besonderheiten des Sudetendeutschtums“ und nutzten angebliche ideologische Verfehlungen der KB-Anhänger, um deren Machtpositionen innerhalb der Henleinschen Bewegung zu attackieren – obwohl die KB-Anhänger zu Recht manche ihrer „ideologisch unreinen“ Äußerungen mit der Notwendigkeit von „Betrugs- und Täuschungsmanövern“ zur Irreführung der tschechoslowakischen Staatsmacht begründeten. Seine Ablehnung der Konzeption des „sudetendeutschen Stammes“ erklärte Rudolf

Lodgman von Auen (der nach dem Zweiten Weltkrieg zum Mitbegründer und ersten Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde) in seinem an Hitler adressierten Memorandum „Warum ich nicht zu Konrad Henlein fand“. (Siehe Dokumentenanhang S. 97)

Lodgman von Auen führte an, Brands oben zitierter Aufsatz habe unter den breiten sudetendeutschen Kreisen „geradezu einen Entrüstungssturm“ hervorgerufen, denn er „besagt nichts mehr und nichts weniger, als daß es notwendig sei, einen ‚sudetendeutschen Stamm‘ zu schaffen, der sich geistig, ideell und kulturgemäß von den übrigen deutschen Stämmen zu unterscheiden habe“.⁸ Mit der Idee des „sudetendeutschen Stammes“ werde, so Lodgman weiter, „das angepriesen, was auf den führenden Männern der deutschen Politik in der Tschechoslowakei bis dahin immer als Alldruck gelastet hatte, die seelische Absonderung vom Gesamtdeutschtum als Folge der politischen Trennung wie bei den Holländern, Elsäßern und Schweizern ... Diesen nackten Volksverrat kann nachträglich niemand mit der Begründung der Notwendigkeit einer ‚listigen Tarnung‘ aus der Welt schaffen.“⁹

Da in den ersten Jahren nach der Entstehung der Sudetendeutschen Heimatfront (ab 1935 Sudetendeutsche Partei) die KB-Anhänger deren treibende Kraft darstellten, war die Idee des „sudetendeutschen Stammes“ seinerzeit Teil der „offiziellen“ Henleinschen Ideologie. In der Broschüre „Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung“, die 1935 als eine der ideologischen Schriften der Sudetendeutschen Partei erschien, schrieb Walter Brand sogar, daß die Idee des „sudetendeutschen Stammes“ ihren Ursprung in der „unlöslichen Gebundenheit unseres Stammes an das Leben unseres ganzen großen Muttervolkes“ habe, wobei die Sudetendeutschen, wie er (richtig) hervorhob, „politisch ... unter anderen Bedingungen leben als unsere Brüder im Reiche, in Österreich oder sonstwo in der Welt“.¹⁰ (Diese Äußerungen Brands trugen dazu bei, daß ihn die orthodoxen Nazis nach 1938 sämtlicher Funktionen enthoben und ihn sogar ins Gefängnis steckten.) Allerdings waren, wie gesagt, die Bemühungen der KB-Anhänger, eine gewisse Eigenart des „Sudetendeutschtums“, ja sogar eine Ausnahmestellung im Vergleich zu den „Brüdern in Deutschland“ durchzusetzen, entscheidend durch den Wunsch motiviert, den eigenen politischen Einfluß ohne Einmischung des Reiches zu erhalten und zu erweitern. In dem Maße, wie der ursprünglich dominante Einfluß der KB-Anhänger in der Sudetendeutschen Partei zurückging (ab 1936), verschwand auch die Idee des „sudetendeutschen Stammes“, bis sie schließlich durch die Theorie der „Volksgruppe“ ersetzt wurde, die den Intentionen der nazistischen Außenpolitik besser entsprach.

Mit der Benennung und Formierung der deutschen Minderheit in der tschechoslowakischen Republik als „Volksgruppe“ antworteten die Anführer der sudetendeutschen irredentistischen Bewegung auf die Frage: „Wer sind wir?“ Unbeantwortet war nun noch die Frage: „Was sind wir?“ Aber auch sie wurde von den flei-

ßig arbeitenden „sudetendeutschen Ideologen“ prompt beantwortet. Sehr wichtig für die „geistige“ (d.h. ideologische) Vereinheitlichung war die Verbindung der Gleichschaltung mit einem starken emotionalen Element. Die Sudetendeutschen wurden daher als „*Schicksalsgemeinschaft*“ bezeichnet, die angeblich durch die Tatsache der „tschechischen Nachbarschaft sowie der grenzdeutschen Lage“¹¹ geprägt war und aus der, wie wir schon im vorigen Kapitel sahen, „keiner austreten, der sich keiner entziehen kann“.¹² Vor allem wurde diese „Schicksalsgemeinschaft“ als „*Volksgemeinschaft*“ präsentiert, wodurch die sozialen Unterschiede zwischen den Sudetendeutschen, aber auch alle sonstigen Gegensätze zwischen Deutschen und Deutschen, verschleiert werden sollten. (Angemerkt sei, daß die Idee der „Volksgemeinschaft“ generell zu einem tragenden Element des Nationalsozialismus wurde.)

Die Losung von der „Volksgemeinschaft“ war ein hinterhältiges und narkotisierendes Instrument zur Beherrschung der sudetendeutschen Bevölkerung. Ein Instrument, das vor allem der nationalistischen sudetendeutschen Bourgeoisie freie Hand gab. Mit dieser betrügerischen Losung wurden Tausende und Abertausende einfacher deutscher Bewohner der tschechischen Grenzgebiete unter das Joch von Henleins Sudetendeutscher Partei getrieben, weil sie den Worten glaubten, die einzige unüberwindbare Ungleichheit zwischen den Menschen liege in ihrer Nationalität (dies zu glauben war angesichts der grausamen Not, die die Weltwirtschaftskrise in die Grenzgebiete gebracht hatte, oft nicht besonders schwer). Der „Volksgenosse“ Arbeiter sollte seinen „Volksgenossen“ Fabrikanten umarmen – hatte er das getan und war er in die Sudetendeutsche Partei eingetreten, bekam er auch Arbeit ...

Mit der Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in revisionistischer Form an die irredentistische Vorkriegspolitik Henleins angeknüpft. Die Idee der „Volksgruppe“ wurde nicht zusammen mit dem Nazismus besiegt. „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft ... stellt die Volksgruppe im Exil dar“, schrieb der bedeutende sudetendeutsche Repräsentant Hans Schütz.¹³ Ein anderer führender Sudetendeutscher, Franz Böhm, ergänzte, die Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft „verteidigt die politische Existenz der Volksgruppe“.¹⁴ Der bekannte sudetendeutsche Historiker Otto Kimminich schrieb in diesem Zusammenhang von einem „geschichtlichen Auftrag der Sudetendeutschen“, verbunden mit einem „politisch-territorialen Faktor“.¹⁵

Die Bedeutung des Begriffs „Volksgruppe“ im Ideengebäude der Landsmannschaft erklärte der sudetendeutsche Rechtsexperte Dieter Blumenwitz. Nach seinen Worten ist „der Begriff der ‚Volksgruppe‘ am besten geeignet, den besonderen völkerrechtlichen Schutz ihrer Angehörigen zu rechtfertigen und gegenüber phänotypisch ähnlichen Strukturen (soziale Minderheiten, gesellschaftliche Randgruppen) überzeugend abzugrenzen“.¹⁶ Ein Selbstbestimmungsrecht für die „Volksgruppe“ ist nach Blumenwitz „nicht notwendigerweise auf Grenzänderungen ausgerichtet“,

denn es „kann im Rahmen einer föderalen Struktur oder eines autonomen Staates verwirklicht“ werden.¹⁷ Da das internationale Recht den Begriff „Minderheit“ verwendet, verlangt Blumenwitz die Anwendung der einschlägigen Normen des internationalen Rechts auch für die „Volksgruppe“. Im Chor mit denjenigen, die eine „Verletzung der Rechte der deutschen nationalen Minderheit in der Tschechischen Republik“ beklagen, und in tendenziösem historischen und aktuellen Kontext (Problematik des ehemaligen Jugoslawien) erklärt Blumenwitz: „Dauernde und schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte der Angehörigen einer Minderheit/Volksgruppe, ihre Diskriminierung, Verfolgung oder Austreibung durch den Wohnsitzstaat *rechtfertigen den Eingriff von außen, u.U. auch den Einsatz militärischer Gewalt und letztlich – wenn es einer Minderheit/Volksgruppe nicht mehr zuzumutet werden kann, mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrem Wohnsitzstaat zusammenzuleben – die Unterstützung der Loslösung der Minderheit/Volksgruppe im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts.*“¹⁸ (Hervorhebung durch den Autor) Gemeint sind damit in erster Linie die Sudetendeutschen. Der heutige Vorsitzende der Landsmannschaft, Bernd Posselt, warnte 1994 vor einer „Zeitbombe mit unabsehbaren Folgen“ für den Fall, daß heute Staaten den Volksgruppen ihr Recht auf regionale Eigenart bestreiten sollten.¹⁹

In diesem Zusammenhang ist eine interessante und bezeichnende Diskussion zu erwähnen, die vor einiger Zeit zwischen zwei bekannten Persönlichkeiten der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik ablief. Walter Piverka, ein führender Funktionär des Landesverbandes der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, stellte bei passender Gelegenheit fest, daß „die in der Tschechischen Republik verbliebenen Deutschen nicht als ‚sudetendeutsche Volksgruppe‘, sondern als ‚deutsche Minderheit‘ bezeichnet werden und sich auch selbst so bezeichnen.“²⁰ Diese Feststellung begründete Piverka folgendermaßen: „Es ist nicht möglich, sich zugleich auf eine achthundertjährige Geschichte zu berufen, die sich unter anderem Namen vollzogen hat, und dieser Geschichte eine neuzeitliche Bezeichnung zu geben. Jedes offizielle internationale und zwischenstaatliche Dokument und Abkommen spricht immer nur von Deutschen ... diese Bezeichnung geht nicht nur aus der logischen Geschichte der Deutschen in unserer Heimat hervor, aber auch aus der Erkenntnis, daß wir an die positiven Errungenschaften der im Lande geleisteten Arbeit der Deutschen aller Jahrhunderte anknüpfen wollen ... nachträglich unserer im Lande lebenden deutschen Minderheit eine Bezeichnung aufzudrängen, die geschichtlich nur bedingt ist, würde zugleich bedeuten, sie von ihrer historischen Existenz zu trennen für unlautere politische Vorhaben. Das wäre in letzter Konsequenz tatsächlich eine Bedrohung ihrer Existenz.“²¹

Gegen Piverka polemisierte der kürzlich verstorbene Prager Journalist Felix Seebauer, seinerzeit ein eifriger Beitragsschreiber der Sudetendeutschen Zeitung, des offiziellen Presseorgans der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Seebauer warnte,

es sei nicht nur falsch, sondern sogar gefährlich, die Bezeichnung „Volksgruppe“ aufzugeben, und das „zu einer Zeit, in der die Machtstrukturen der nationalbolschewistischen Unterdrückung bereits weitgehend gefallen sind“. Neben der Feststellung, daß „die Mehrheit der Volksgruppe sich allerdings mit den Heimatvertriebenen zutiefst verbunden fühlt“, führt Seebauer aus: „Es mag sein, daß der seinerzeit (1902) von Franz Jesser geprägte Ausdruck ‚sudetendeutsch‘ nicht gerade sachlich und geographisch der zutreffendste ist, aber er ist nun einmal Allgemeingut und versieht zuverlässig seine Appellativfunktion. Es besteht also kein Grund, diesen Begriff zu ändern. Und es ist keinesfalls so, daß sich die Heimatverbliebenen scheuen, sich zur sudetendeutschen Volksgruppe zu bekennen, selbst wenn sie darum wissen, daß der Begriff ‚sudetendeutsch‘ auf alte Nationalbolschewiki – unter dem Eindruck der von ihnen selbst erfundenen Feindbilder – immer noch eine gewisse Reizwirkung ausübt.“²² Nach allem, was in diesem Kapitel bereits ausgeführt wurde, erübrigt sich ein weiterer Kommentar hierzu.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft bezeichnet sich seit ihrer Entstehung (1949/50) bzw. seit der Verabschiedung ihrer Satzung (1954) als „Formation der sudetendeutschen Volksgruppe außerhalb der Heimat“ (§ 1 der Satzung). Dadurch soll zweierlei zum Ausdruck gebracht werden: erstens daß die Sudetendeutschen eine Volksgruppe sind und sich somit auf die oben genannten „Volksgruppenrechte“ berufen können, und zweitens daß es sich um eine außergewöhnliche und zeitlich begrenzte Situation „außerhalb der Heimat“ handelt. Auf der anderen Seite – und dies verdient besondere Beachtung – erklärte der langjährige Pressesprecher der Landsmannschaft, Konrad Badenheuer: „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat nie eine feste Definition der sudetendeutschen Volksgruppe angegeben, weil dies kaum möglich wäre ...“²³

Sudetendeutsche Ideologen haben sich auch zu definieren bemüht, wer eigentlich ein „Sudetendeutscher“ ist. Dabei kam es zu einer qualitativen Abstufung, die sich auch im Statut der Sudetendeutschen Landsmannschaft niederschlägt. In Paragraph 4 des Statuts („Volksgruppenzugehörigkeit“) heißt es: „(1) Sudetendeutscher *ist* ein Deutscher, der in einer Gemeinde der Länder Böhmen, Mähren oder Schlesien geboren ist oder das Heimatrecht hatte. (2) Als Sudetendeutscher *gilt* ein Deutscher, der von mindestens einem Eltern- oder Großeltern- oder Großeltern- oder mit einem Ehegatten, der Sudetendeutscher ist oder als Sudetendeutscher *gilt*, verheiratet ist. (3) Als Sudetendeutscher *gilt auch* ein Deutscher, der in einer Gemeinde der Länder Böhmen, Mähren oder Schlesien längere Zeit gewohnt hat und seine Verbundenheit mit der sudetendeutschen Volksgruppe bekundet. (4) Einem Sudetendeutschen *gleichgestellt* ist auch ein Deutscher, der den Zweck der Sudetendeutschen Landsmannschaft (§ 3) bejaht und seine Verbundenheit mit der sudetendeutschen Volksgruppe durch den Erwerb der Mitgliedschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft bekundet.“²⁴ Da nur Personen,

auf die die Punkte 1 – 4 zutreffen, „ordentliche Mitglieder“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft sein können, ist diese am ehesten als Bluts- und Gesinnungsgemeinschaft anzusehen.

Die geschilderte Konzeption der „sudetendeutschen Volksgruppe“, als deren Vertretung sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft betrachtet, drückt sich auch in ihrer bedeutungsschweren Symbolik aus. Diese ist genauso künstlich und von politischen Zwecken bestimmt wie die Begriffe „Sudetenland“ und „sudetendeutsch“. Die sudetendeutschen Farben, die z.B. an der Flagge der Landsmannschaft zu sehen sind, sind Schwarz, Rot und wieder Schwarz. Diese Farben haben ihren Ursprung angeblich in den republikanischen Symbolen der Frankfurter Nationalversammlung (1848), die Schwarz, Rot und Gold waren. Nach den Ereignissen des 4. März 1919, als es an vielen Orten der tschechischen Grenzgebiete zu Sezessionsversuchen der Sudetendeutschen kam und die Intervention der tschechoslowakischen Armee etliche Todesopfer forderte, sei jedoch als Zeichen der Trauer die goldene Farbe durch die schwarze ersetzt worden.

Das Wappen der Sudetendeutschen entstand erst nach dem Zweiten Weltkrieg (die Landesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft beschloß am 30. Juli 1950, wie es aussehen sollte). Das Ergebnis war ein kurioses Konglomerat verschiedener Elemente, das die Wurzeln der ideologischen Auffassungen der Landsmannschaft widerspiegelt. Das Wappen in Form eines Schildes ist in Rot und Schwarz gehalten. Links zeigt es auf rotem Grund die Hälfte des schwarzen Reichsadlers – angeblich Symbol der jahrhundertelangen Zugehörigkeit der böhmischen Länder zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (bis dieses im Jahre 1806 für aufgelöst erklärt wurde) und „Ausdruck der Identifikation mit dessen Schicksal“.²⁵ Im rechten Teil des Wappens ist dem Adler ein Teil des Kreuzes angefügt (in roter Farbe), Symbol des deutschen Ritterordens, der „als hauptsächliche Leistung in der Kolonisation des deutschen Ostens“²⁶ gelten muß und dessen größte Verwaltungseinheit, die sog. Ballei, sich in Komotau/Chomutov befand. Adler und Kreuz sind in der oberen Hälfte des Wappens durch ein kleines Schild verbunden, in dessen oberem Teil die sudetendeutschen Farben (Schwarz-Rot-Schwarz) in Miniaturausgabe zu sehen sind, während sich im unteren Teil Gitter befinden, die auf das Wappen der ehemaligen freien Reichsstadt Eger/Cheb zurückgehen. Dieses Element symbolisiert das Gewicht der von dort stammenden Landsleute im Rahmen der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Der Mann, den man „Hähnlein“ nannte Konrad Henlein – Skizzen zu einem Porträt

Am 14. Oktober 1925 stieg im Bahnhof von Asch/Aš ein gut gebauter, gepflegter, kaum dreißigjähriger Mann aus dem Zug. Er konnte seine Nervosität nicht verbergen. Nicht einmal in späteren Jahren, als er auf der Sonnenseite der europäischen Politik stand, lernte er souverän aufzutreten, ohne Verlegenheit, auf der Höhe der Funktionen, mit denen er im wahrsten Sinne des Wortes beschenkt worden war.

Auf dem Bahnhof erwarteten ihn seine Freunde – der hier ansässige Journalist Dr. Benno Tins, dessen Vater zu dieser Zeit Bürgermeister von Asch/Aš und Verleger der täglich erscheinenden Ascher Zeitung war, und der junge Geyer, Sohn eines reichen Café- und Restaurantbesitzers. Der Mann, auf den sie warteten, kam aus Reichenau/Rychnov, um eine Stellung als Vorturner des Turnverbandes in Asch/Aš anzutreten. Bei den Geyers, nicht weit vom Marktplatz und in der Nähe der Turnhalle, seiner neuen Arbeitsstelle, quartierte er sich vorläufig ein. Etwa ein Jahr später heiratete er Emmy, die blonde Tochter seiner Wirtsleute. Der Mann hieß Konrad Henlein.

Am 6. Mai 1898 in Maffersdorf/Vratislavice geboren, war Henlein gerade zwanzig Jahre alt, als der Erste Weltkrieg zu Ende ging. Er schaffte es gerade noch, in die Schützengräben an der italienischen Front zu kommen, wo er ein paar Schießereien miterlebte und in Gefangenschaft geriet. Dies verschaffte ihm den Nimbus eines Frontkämpfers, was später auf der Werteskala der deutsch-nationalen Bewegung einen solch hohen Rang einnehmen und die Grundlage seines persönlichen Prestiges als „sudetendeutscher Führer“ bilden sollte. Denn der nazistischen Ideologie zufolge mußte ein „Führer“ nicht nur Anderen, sondern auch sich selbst gegenüber hart und kompromißlos sein und nur „dem Dienst am deutschen Volke“ leben. Schrammen und Medaillen aus dem letzten Krieg stellten ein bedeutendes Element, wenn nicht sogar ein notwendiges Attribut einer derartigen Führerpersönlichkeit dar. Falls sich Henlein tatsächlich mit Kriegsrühm bekleckert haben sollte, litt er allerdings daran, daß ihm andere, viel wichtigere Führungseigenschaften fehlten.

Abgesehen von dem Kriegsintermezzo und seiner Tätigkeit als Bankangestellter nach dem Kriege bestand der Hauptinhalt von Henleins kurzem Leben bis zu diesem Zeitpunkt darin, daß er Sport trieb, und zwar im Deutschen Turnverband (DTV). Henlein gehörte zu der jungen Generation nationalistisch orientierter Deutscher, die durch die Kriegsniederlage, den Verlust ihrer dominierenden Stellung in den böhmischen Ländern und die Realität der Tschechoslowakischen Republik frustriert waren. In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre machte er die Be-

kanntschaft einiger Zeitgenossen, die ihn in ihren Kreis aufnahmen, obwohl sie ihm an intellektuellen Fähigkeiten und Ausbildung weit überlegen waren. Diese Leute nahmen entscheidenden Einfluß auf seinen späteren Lebensweg.

Heinrich Rutha, Walter Heinrich, Benno Tins, Walter Hergl – das waren die wichtigsten Namen. Sie gehörten zum Kreis derer, die sich die Lehre des Wiener Professors Othmar Spann zu eigen gemacht hatten und mit Hilfe des elitären „Kameradschaftsbundes“ die Verwirklichung von dessen Ideen in einem Ständestaat anstrebten, der von einer zielbewußt vorbereiteten Elite – also ihnen selbst – regiert werden würde. Erstes Objekt ihrer Bemühungen um die Beherrschung der Schlüsselorganisationen des „Sudetendeutschums“ wurde der Deutsche Turnverband. Dieser genoß in der deutschen Bevölkerung allgemeine Anerkennung, hatte viele Mitglieder und verband vor allem junge Sudetendeutsche mit einander.

Im Jahre 1925 erfuhr Henlein bei einer Studienreise in die Schweiz von Benno Tins, daß der Turnverband in Asch/Aš einen neuen Vorturner suchte. Der „Turnverband Asch 1849“ war eine renommierte Organisation – eine der ältesten auf dem Gebiet der ehemaligen Monarchie. Darüber hinaus bot Asch/Aš genug Raum für nationalistische, antitschechoslowakische Aktivitäten. In dieser Stadt begann also Henleins steile politische Karriere. Hier wurde er von seinen Freunden und Beratern vom Kameradschaftsbund in Zusammenarbeit mit alten Nazis als „Führer der Sudetendeutschen“ aufgebaut. Es ist nicht zu leugnen, daß er bei seiner sportlichen Betätigung ein gewisses Maß an Ideenreichtum und Organisationsfähigkeit bewies, wobei sich jedoch die Frage stellt, welchen Anteil die „Kameraden“ (besonders der Hochschulprofessor für Sport, Toni Sandner) an seinen damaligen Erfolgen hatten. „Kamerad“ Walter Brand, spiritus rector der Henleinschen Bewegung, sagte über die Zeit in Asch/Aš, Henlein sei „ein Mannschaftsführer im besten Sinne des Wortes gewesen: sehr anspruchsvoll, mitreißend und echt kameradschaftlich“. Brand schrieb: „Natürlich wirkte er uns gegenüber aufgrund seiner bisherigen Leistungen als unbestrittene Autorität. Die Umgestaltung des Turnverbandes zum sudetendeutschen Mannschaftsverband ist seine persönliche Leistung, während er in den geistigen Grundlagen ... stark unter dem Einfluß von Heinz Rutha stand.“¹

Im Einklang mit den Intentionen des Kameradschaftsbundes gründete Henlein 1930 die sog. Ascher Turnschule, die einige Jahre als Brutstätte einer potenziellen „Elite von Führungspersönlichkeiten“ diente. Mit Henleins Aufstieg an die Spitze der DTV-Hierarchie wuchsen auch seine politischen Möglichkeiten.

Bei dem DTV-Fest, das im Sommer 1933 in Saaz/Žatec stattfand, trat Henlein schon als anerkannte Autorität auf, die von den führenden Funktionären der nationalistischen bzw. nazistischen sudetendeutschen politischen Szene nicht unbeachtet blieb. Nach den staatlichen Maßnahmen zur Paralyse der Tätigkeit von DNSAP und DNP (Deutsche Nationalpartei) war die akute Notwendigkeit ent-

standen, dem sudetendeutschen Nationalismus und Separatismus eine neue politische Plattform zu verschaffen, und somit auch ein Bedarf an unverbrauchten, nicht kompromittierten und allgemein respektierten „Führern“. Dies wurde zum Katalysator des rasanten Aufstiegs von Konrad Henlein (und somit auch des Kameradschaftsbundes) im politischen Leben.

Nach der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) am 1. Oktober 1933 wurde Henlein über Nacht zu einer bedeutenden Persönlichkeit. Sofort stand er im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses, während das tüchtige Team seiner „Kameraden“ Veranstaltungen organisierte und durchführte, Konzeptionen erarbeitete, vortrug, agitierte – und auf diese Weise auch Henleins Image als „Führer“ mitgestaltete. Natürlich wurde Henlein von den Journalisten und Publizisten ebenso wie von den Leuten seines eigenen Lagers genau unter die Lupe genommen. Ein Polizeibericht vom Januar 1934 charakterisierte ihn folgendermaßen: „Henlein fehlt es noch an rhetorischer Gewandtheit. Er gewinnt Zuhörer eher durch sein ruhiges, überzeugendes und bescheidenes Auftreten.“² Der politische Referent des Präsidentenbüros, Dr. Josef Schieszl, schrieb nach einem Zusammentreffen mit Henlein im April 1934: „Henlein macht den Eindruck eines eher zarten Menschen, dessen militärische Art wohl eher angelernt ist und mit seiner prominenten Stellung in der Turnerschaft zusammenhängt. Er hat sehr aufmerksame und intelligente Augen, die einen gewissen Kontrast zu seinem feinen, blassen Gesicht bilden. Er spricht logisch, formuliert seine Sätze gewandt und vorsichtig. Er hat zweifellos eine relativ gute Allgemeinbildung, doch mangelt es ihm meiner Meinung nach an einer gründlicheren politischen Ausbildung.“³

Interessant ist die damalige Wahrnehmung Henleins im „sozialdemokratischen sudetendeutschen Lager“, wie sie in etwa bei dem Historiker Ralf Gebel zum Ausdruck kommt: „Wer in der Schule einen stramm nationalen Turnlehrer kennen lernte – ein wenig beschränkt, nicht übermäßig gebildet, von den Kollegen Philologen im Professorenkörper gewissermaßen nur geduldet, außerhalb des Turnsaales ein wenig verlegen, dafür aber dort hervorragend und fleißig – der kennt auch Konrad Henlein ... In Wahrheit ist nichts an Henlein, was Aufmerksamkeit zu erwecken hätte ... Dieser Durchschnittsbürger mit dem Durchschnittsgesicht hat jedoch eine Eigentümlichkeit. Sein Gesicht ... ist in der Entwicklung stehen geblieben; es hat etwas Knabenhaftes und etwas ungemein Ehrliches und Vertrauenerweckendes.“⁴

Im Herbst 1934 kam es zu einem vertraulichen Treffen zwischen Henlein samt seinen nächsten Mitarbeitern und einigen rechts orientierten tschechoslowakischen Politikern (u.a. Hubert Ripka, Prokop Drtina). Über dieses Treffen, das unter dem Patronat und in der Wohnung des Ing. Václav Havel stattfand, schrieb Drtina später: „Henleins Leute taten sich dadurch hervor, daß sie Ausflüchte suchten, ihre Loyalität gegenüber dem Staat beteuerten, Verständnis dafür zeigten, daß die Be-

ziehungen zwischen beiden Völkern auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen, und sich vom Nazireich und von Hitler distanzieren, daß es nur so krachte. Sie lehnten die nazistische Ideologie ab, versicherten dagegen, daß sie an Demokratie und Ehre glaubten, und beteuerten Respekt gegenüber dem tschechischen Volk. Ich erinnere mich, daß Henlein mindestens zweimal an diesem Abend vor allen Teilnehmern seine später so bekannte und abgedroschene Phrase wiederholte: Ich bin zwar ein unbekannter, aber ein ehrlicher Mann!“⁵

Walter Brand schrieb über seinen Freund: „Er war in seinem Wesen ein einfacher, biederer und grundständiger Mensch, man konnte geradezu sagen: der Prototyp des Sudetendeutschen ... der vielfach über eine provinzielle Art nicht hinaus kam.“⁶ Diesen Eindruck gewannen auch andere Beobachter. So stellte der bekannte tschechische Publizist Radim Foustka die Frage: „Wessen geschickte Regie zog diesen an und für sich harmlosen jungen Mann aus dem Schatten der Turnhallen direkt auf die politische Bühne, um ihm die Titelrolle in einer tragischen Posse zu übertragen, die so vielen durchschnittlich guten und durchschnittlich vernünftigen Deutschen den Kopf verdrehte?“⁷

Der amerikanische Historiker Ronald M. Smelser, Autor einer der beachtenswertesten Arbeiten über Entstehung und Ursprung der Henleinschen Bewegung,⁸ schätzte Henlein keineswegs als selbtherrlichen Menschen ein, der begierig und fähig war, andere zu manipulieren, sondern als einen Mann, der nie ein starker Führer war und sich plötzlich in einer Position wiederfand, deren Ansprüche seine Fähigkeiten bei weitem überstiegen. Nach Smelsers Meinung war Henlein der Prototyp eines ehrlichen kleinen Beamten, dessen Organisationstalent unbestritten war, der aber nichts von einem faszinierenden Demagogen an sich hatte und in dem jeder durchschnittliche Sudetendeutsche sich wiederfinden konnte. „Wie Hitler gönnte auch er (Henlein) seinen Untergebenen ein Maximum an Freiheit, wobei es sich allerdings bei Hitler um eine bewußte Politik, bei Henlein dagegen vor allem um die Folgen seines Mangels an Fähigkeiten und Entschlossenheit handelte“, schrieb Smelser.⁹

In kritischen Situationen mit hoher Belastung war Henlein von den Meinungen seiner Ratgeber abhängig, und nicht selten „löste“ er ernste Probleme, indem er einfach vor ihnen davonzief. „In gewisser Hinsicht war er bequem, und oft fuhr er mitten in der Arbeit oder einer äußerst wichtigen Verhandlung weg, in der Regel zur Familie“, sagte Emmy Henlein nach dem Krieg über ihren Mann.¹⁰ So wich Henlein z.B. Gesprächen mit den Mitgliedern der Runciman-Mission aus, und als sich die Septemberkrise im Jahre 1938 zuspitzte, floh er einfach nach Deutschland (allerdings zusammen mit der ganzen Führung der Sudetendeutschen Partei). „Es macht einen schlechten Eindruck, daß Henlein in Deutschland ist. Er hat kein Format ... Henleins Flucht aus dem Kampfgebiet übt auf die Öffentlichkeit einen sehr schlechten Eindruck aus, Henlein zeigt sich weder mutig noch weise“, bemerkte

damals der Nazi-Häuptling Goebbels.¹¹

Diese Eigenschaften Henleins konnte sein jahrelanger Mitkämpfer, vor allem aber Rivale, Karl Hermann Frank, ausnutzen. Frank sei, so Emmy Henlein, in solchen Fällen für ihren Mann eingesprungen, habe die Verhandlungsführung, später auch den größten Teil der Reisen ins Ausland übernommen und auf diese Weise immer mehr an Popularität und Beziehungen in den deutschen Kreisen gewonnen.¹² Goebbels äußerte sich zufrieden, daß „Henleins Vertreter Frank einen besonders guten Eindruck macht – d.h. einen klaren, bestimmten, fanatischen. Henlein ist ein bißchen gutmütig“.¹³ Den Kampf um den beherrschenden Einfluß im „tschechischen Raum“ gewann schließlich K. H. Frank.

Daß Henlein die Seele eines unentschlossenen, im Grunde prinzipienlosen Menschen besaß, für den letzten Endes seine Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit sowie die Erfüllung seiner materiellen Bedürfnisse an erster Stelle standen und der äußerlich eher an einen „jungen Priester“¹⁴ erinnerte, zeigte sich, als er sich entscheiden mußte, ob er seine langjährigen Freunde und Berater fallen lassen sollte oder nicht. Seit 1935 verschärfte sich in der Sudetendeutschen Partei der Streit zwischen den ehemaligen Mitgliedern des (mittlerweile aufgelösten) Kameradschaftsbundes, die stets entscheidende Positionen in der Sudetendeutschen Partei besetzt hatten, und den „orthodoxen Nazis“, die die reine Lehre des Nazismus verteidigten.

In diesem Streit, bei dem es sich im Grunde einfach um einen Machtkampf handelte, nutzten die orthodoxen Nazis alle Eigenheiten aus, durch die sich die Lehre des Othmar Spann („Spannismus“) von der offiziellen nazistischen Ideologie unterschied, ohne Rücksicht darauf, daß beide Richtungen dieselben Ziele verfolgten. Mit Hilfe ihrer reichsdeutschen Unterstützer (besonders Heydrich und andere Persönlichkeiten des SS-Apparates) versuchten die orthodoxen sudetendeutschen Nazis die Anhänger des Spannismus aus der aktiven Politik zu verdrängen.

Henlein befand sich zu dieser Zeit wahrscheinlich in einer der schwierigsten Situationen seines Lebens. Auf einer Seite waren da die Freunde, denen er seine Karriere verdankte und denen er sich nach jahrelangen vertrauten Beziehungen eng verbunden fühlte. Auf der anderen Seite übten die „Orthodoxen“ Druck auf ihn aus, wodurch das bisher Erreichte wieder verloren zu gehen drohte. Zuerst versuchte er auszuweichen, zu lavieren, wichtige Entscheidungen aufzuschieben. Zum Bruch kam es im Jahre 1937. Henlein wog alle Pro- und Contra-Argumente gegen einander ab und ließ schließlich seine Freunde fallen (wobei sie allerdings noch bis September 1938 ihre Arbeit für Hitler beenden sollten). Rutha beging Selbstmord, Brand wurde sämtlicher Funktionen enthoben, und der Stern der übrigen Spann-Anhänger begann ebenfalls zu sinken. Um sich in Hitlers Augen wieder reinzuwaschen, hielt Henlein es für notwendig, ihm in einem Memorandum die Ursachen seiner „fehlerhaften“ Vergangenheit zu erläutern und seine unerschütterliche nazistische Einstellung zu beschwören. Im August 1937 schrieb er auch an Othmar

Spann, bislang sein „großer Lehrer“, und bat ihn, sämtliche Beziehungen zu den Sudetendeutschen abzuberechnen. „Es ist heute so, daß alles, was mit Ihrem Namen und mit Ihrer Lehre zusammenhängt, schärfste Ablehnung findet“, begründete Henlein diese Bitte.¹⁵ Zu einem rasanten Angriff auf die Spann-Anhänger kam es allerdings erst in den Jahren 1939/40, als sie für die nazistische Politik definitiv unbrauchbar geworden waren. Ohne seine früheren Berater war Henlein völlig platt und nichtssagend.

Im Herbst 1938 erreichte Henlein den Gipfel seiner politischen Karriere. Er wurde zum Gauleiter des neuerrichteten Sudetengaus (eine der vielen Verwaltungseinheiten des Reichs) ernannt, bekam einen Generalsrang bei der SS und weitere Funktionen, Titel und Privilegien. „Ich bin der erste, den er in seiner neuen Wohnung als Reichskommissar empfängt“, notierte Benno Tins in seinem Tagebuch. „Sie ist noch mit dem Mobiliar des jüdischen Vorgängers ausgestattet, sehr vornehm ... Er ist bei der Probe: schwarze SS-Uniform, SS-Felduniform, SS-Mantel, SS-Kasinojacke (weiß), SS-Frack. Es ist eine langweilige Sache, lächelnd läßt sie Konrad über sich ergehen, die beiden Berliner Fatzkes huschen um ihn herum ...“¹⁶ Henlein war's zufrieden, und er sicherte sich und seine Familie gut ab – das war für ihn das Wichtigste. Paradoxerweise bedeutete jedoch der Höhepunkt seiner Karriere gleichzeitig den Anfang seines Abstiegs in eine untergeordnete Position. Er wurde zu einem der vielen subalternen Beamten des nazistischen Apparats. Ohne Einwände, aber auch ohne besonderen Eifer, erfüllte er sämtliche Aufgaben, die er als „Gauleiter“ zu erfüllen hatte. Ein gehorsamer Vollstrecker von Befehlen und Anweisungen, ein vorbildlicher Familienvater, „ein tüchtiger und gutherziger Mensch“ – wie viele solcher Menschen scharte der Nazismus um seine Leichenberge!

Die Kriegsjahre verbrachte Henlein in Reichenberg/Liberec, der Hauptstadt des Sudetengaus. Allerdings fuhr er, sooft es ihm möglich war, auf sein Landgut Lehnhof/Manský dvůr bei Marienbad/Mariánské Lázně und gewann auf diese Weise Abstand von den Sorgen, den Problemen und der Verantwortung seiner Position. Die meisten seiner ehemaligen Freunde waren an der Front – oder im Gefängnis. Ein paar Mal kam der Feldwebel Benno Tins während seines Fronturlaubs zu Besuch auf das Landgut. Angeblich vertraute ihm Henlein 1943 an, „daß ihm alles bis zum Halse stünde und daß er froh sei, wenn es vorbei wäre“.¹⁷ Auch bei dem Teplitzer Grafen Clary-Aldringen soll er sich gegen Ende des Krieges (!) beklagt haben: „Ich habe das alles nie gewollt, sie haben mich getäuscht, sie haben mich erst belogen, dann haben sie mich entmachtet. Sie haben meinen Namen mißbraucht. Zu sagen hatte ich schon längst nichts mehr.“¹⁸ Nichtsdestoweniger tat Henlein für den Sieg des Dritten Reiches bis in die letzten Kriegstage alles, was von ihm erwartet wurde, und hielt in diesem Geiste auch seine treuen Sudetendeutschen zum Durchhalten an. Die Ascher Zeitung schrieb Ende März 1945: „Gauleiter Konrad

Henlein hat seine tapferen Sudetendeutschen unter der folgenden Losung zum bedingungslosen Einsatz aufgerufen: ‚Bis hierher und nicht weiter!‘ ... der mit seiner Ehre dafür haftet, daß diese Sperre bis zum letzten Blutstropfen verteidigt wird. Wer die Sperre kampfflos aufgibt, verliert seine Ehre und sein Leben ... ¹⁹ Alle seine Sudetendeutschen rief Henlein noch einmal zum Kriegseinsatz auf mit der Parole: ‚Unser Leben dem Reich!‘²⁰ Am 10. Mai 1945 ist Henlein, wahrscheinlich durch eigene Hand, in Pilsen/Plzeň umgekommen.²¹

Da und dort trifft man auf die Frage, welches die „wirklichen“ Ansichten Henleins waren, wie er politisch dachte, insbesondere in welchem Verhältnis er zum Nationalsozialismus stand. Wieder sind es Publizisten aus dem Umkreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die über seine nazistische Denkweise das Mäntelchen einer angeblichen falschen „Gutmütigkeit“ breiten und seiner (im Endeffekt) vorbehaltlosen Unterstützung der Politik des Deutschen Reiches seine ehemalige Mitgliedschaft im Kameradschaftsbund entgegenhalten.

So behauptet z.B. der Autor des „Ascher Rundbriefes“ Nr. 5/1988, Dolf Köhler: „Henlein war ganz sicher kein Nationalsozialist.“²² Und Walter Becher stellt sich die Frage: „Im Klischee der Medien wird er beim Einmarsch der Wehrmacht in das Sudetenland mit markigen Worten an der Seite des Führers gezeigt. Ist das für alle Zeiten gültig? War Konrad Henlein von Beginn an ein Nationalsozialist oder gar ‚Faschist‘? Gab es den ‚Henleinfaschismus‘ oder ist er das Produkt eines Verrufs, der der historischen Wahrheit nicht voll standzuhalten vermag?“²³ Während die einen die nazistischen Auffassungen Henleins leugnen oder in Zweifel ziehen, gibt es gleichzeitig eine Tendenz, der zufolge diese Denkweise erst ab Herbst 1937 datiert, dem Zeitpunkt also, zu dem sich Henlein in seinem oben erwähnten Brief an Hitler ausdrücklich zum Nationalsozialismus bekannte.²⁴

Alle Zweifel an Henleins nazistischer Einstellung werden jedoch durch eindeutige Tatsachen widerlegt. So wurde er zum Beispiel schon Anfang der dreißiger Jahre, in der Zeit seiner Tätigkeit in Asch/Aš, gemeinsam mit den organisierten Nazis (Mitgliedern der DNSAP) von den tschechoslowakischen Behörden auf die „Liste der politisch unzuverlässigen Soldaten“ gesetzt. Zur Begründung dieser politischen Unzuverlässigkeit hieß es: „Konrad Henlein ist Turnlehrer im Deutschen Turnverein Asch, er erzieht die Mitglieder dieses Vereins im großdeutschen Geiste, in seiner Denkweise ist er für ‚Großdeutschland‘, er nimmt an allen deutsch-nationalen Veranstaltungen teil, und seine Tätigkeit als Lehrer der deutschen Turnerschaft ist gegenüber dem Staat offensichtlich feindlich orientiert.“²⁵

Der Historiker Boris Čelovský stellte fest, daß Henlein „besonders in der Zeit seiner Tätigkeit als Turnlehrer in Asch ausgesprochen antiliberal dachte, daß ihn die Idee begeisterte, ein Volk durch Macht zu beherrschen, und daß er versuchte, diese Macht in der Praxis durchzusetzen, wenigstens im Kreise seiner Bekannten.“²⁶ Schon in dieser Zeit, an der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren,

hielt Henlein Verbindung zu nazistischen Kreisen und bekam von ihnen Geld für seine Tätigkeit. Hans Rückl, ein ehemaliger Funktionär der irredentistischen Organisationen „Sudetendeutscher Heimatbund“ (SHB) und „Verband deutscher Arier“ (VDA), schrieb: „Ich habe Konrad Henlein in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre als geschäftsführender Vorsitzender des ‚Sudetendeutschen Heimatbundes‘ in Bayern und als Geschäftsführer des Gaues ‚Bayerische Ostmark‘ des VDA ... kennengelernt und habe ihm bei der Finanzierung der Ascher Turnschule Hilfe leisten können. Er lebte damals in Asch, und ich kam sehr oft von Regensburg nach Selb – wo wir uns trafen – und weiß daher, daß er, so wie ich, großdeutscher Gesinnung war ...“²⁷

Kurz nach der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront bemerkte das Prager Montagsblatt, das den damals in der tschechischen Öffentlichkeit noch ziemlich unbekanntem Henlein wahrscheinlich absichtlich „Hähnlein“ nannte, daß der Innenminister der Tschechoslowakischen Republik seinerzeit den Turnlehrer gewarnt hatte, seine militaristischen Pläne im Rahmen des Deutschen Turnverbandes zu verwirklichen, und sie erinnerte an Henleins Attacken gegen den „undeutschen Parlamentarismus“.²⁸

Im Juni 1934 traf sich Henlein heimlich mit dem Südosteuropa-Referenten des nazistischen „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“, Hermann Ullmann, der die Untergrundtätigkeit der deutschen Minderheiten koordinierte. Ullmann schrieb anschließend: „1. Henlein nimmt für sich und seine Mitarbeiter in Anspruch, die gleiche nationalsozialistische Denkweise zu vertreten wie bestimmte Agitatoren der aufgelösten Parteien (DNSAP und DNP – E.H.). 2. Trotz des Verbotes, Mitglieder der aufgelösten Parteien mit Funktionen (in der SHF – E.H.) zu betrauen, sind die meisten Funktionäre ehemalige Nationalsozialisten ... 4. Von den mehr als 100.000 Mitgliedern der Sudetendeutschen Heimatfront waren die meisten Mitglieder der aufgelösten DNSAP, alle sind bereit, im geeigneten Augenblick als Parteigänger Hitlers aufzutreten.“²⁹ Am 18. September 1934 teilte Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess bei einem Treffen im bayrischen Wunsiedel Henlein mit, daß das Dritte Reich volles Vertrauen zu ihm habe.³⁰

Andor Hencke, in den Jahren 1936-39 Erster Gesandtschaftsrat der deutschen Vertretung in Prag, charakterisierte Henlein als einen Menschen, der „kaum Differenzen zur Ideologie der NSDAP hatte“.³¹ Zu erwähnen ist auch Henleins Rede vom Juni 1936 auf dem Parteitag der Sudetendeutschen Partei in Eger/Cheb. Darin erklärte er, die Meinung, Deutschland stelle eine Gefahr für Europa dar, sei unerträglich für die Sudetendeutschen und er selbst wolle „lieber mit Deutschland gehaßt werden, als von diesem Haß zu profitieren“.³²

Auf die Problematik seiner Haltung in den dreißiger Jahren kam Henlein im März 1941 bei seiner Rede in der Wiener Verwaltungsakademie zurück. Er erklärte, daß er im Herbst 1933 vom Führer der DNSAP aufgefordert worden sei, die

politische Führung der Sudetendeutschen zu übernehmen, und dabei vor einer großen Frage gestanden habe: entweder die Nationalsozialistische Partei illegal weiterzuführen oder die Bewegung in ihrem Vorbereitungskampf darauf zu orientieren, später in der Heimat – im Großdeutschen Reich – ganz legal zu arbeiten. Für die Sudetendeutschen habe seiner Meinung nach nur die letztere Möglichkeit bestanden. Das Ergebnis dieses Kampfes rechtfertige diesen Weg hundertprozentig, so seine Überzeugung. Um Angriffe der tschechischen Behörden zu verhindern, mußten sie anfangs ihre Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus verbergen. Das sei die schwerste und psychisch belastendste Prüfung gewesen, der er und seine Nachfolger ausgesetzt gewesen seien. Henlein sagte weiter, es sei den Sudetendeutschen innerhalb weniger Jahre gelungen, die innere Stabilität der Tschechoslowakei und deren innere Verhältnisse so zu untergraben, daß die Republik reif für die Liquidation wurde – und dies alles nur dank der Tatsache, daß alle Sudetendeutschen zu Nationalsozialisten wurden.³³

Konrad Henlein galt damals als politisches Symbol („Mr. Sudetenland“), und zwar aufgrund seines Rufes als „Einiger der Sudetendeutschen“. Verlor er diese Bedeutung für die Sudetendeutschen, nachdem das jahrhundertelange (wenn auch konfliktreiche) Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in einem Staat infolge seiner Politik und Tätigkeit ein gewaltsames Ende gefunden hatte? Ein wichtiger Bestandteil der kritischen Auseinandersetzung der Sudetendeutschen mit ihrer Vergangenheit in den Jahren 1933-45 bestünde in einer Neubewertung der Persönlichkeit Konrad Henleins. Der Historiker Volker Zimmermann kommt jedoch aufgrund einer ausführlichen Analyse zu dem Schluß: „Das Geschichtsbild der Sudetendeutschen ist Mittel zum Zweck. Wo es bei der Schilderung der Ereignisse angebracht ist, über die Verantwortung der sudetendeutschen Funktionäre zu diskutieren, bleiben offene Fragen. So z.B. hinsichtlich der Verantwortung für die Verschlechterung der deutsch-tschechischen Beziehungen durch die Politik von Henleins Partei, für die endgültige Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates durch das Münchner Abkommen und für die Unterdrückung des tschechischen Volkes, die damit zusammenhängt. In diesem Geschichtsbild fehlen alle Hinweise auf den nationalsozialistischen Einfluß in Henleins Partei und die weitreichenden Kontakte mit dem Reich sowie eine genaue Beschreibung der Folgen des Münchner Abkommens. Es fehlen alle Hinweise auf Ereignisse, bei denen Sudetendeutsche nicht als Opfer, sondern als Täter in Erscheinung traten.“³⁴

Im Geschichtsbild der Sudetendeutschen fehlt eine objektive und kritische Beurteilung der Tätigkeit Henleins und seiner Zeitgenossen. Typisch für die achtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind die Reinwaschungsbemühungen in Bezug auf die Henleinsche Bewegung und ihre Akteure. „Ohnmächtige Opfer von Intrigen und äußerem Druck bei ansonsten großen Verdiensten“ – so läßt sich die Einstellung der sudetendeutschen Publizistik zu Henlein und seines-

gleichen zusammenfassen. Der bereits zitierte D. Köhler schrieb: „Konrad Henlein war weder ein Diktator noch ein Zwingherr. Er gehörte zu jenen Figuren der sudetendeutschen Politik, die sich aus schlichten Anfängen zu großer Bedeutung entwickelten. Von ihm sind keinerlei persönliche Angriffe gegen politische Gegner bekannt. Er war überzeugt, für seine Landsleute das Beste zu tun. Deshalb haben wir keine Veranlassung, Steine auf ihn zu werfen und ihn zur Unperson zu erklären.“³⁵

„Konrad Henlein war um eine solche friedliche Lösung des Sudetenproblems bemüht und setzte alle seine Möglichkeiten ein, um einen militärischen Konflikt zwischen Deutschland und der ČSR zu verhindern“, behauptet allen Ernstes der Historiker Alfred Schickel und fügt hinzu, daß es „fast ein halbes Jahrhundert nach seinem Ende an der Zeit (scheint), sich seiner Person und Politik unbefangen zu nähern“.³⁶

Eine solche „Annäherung“ kann auch folgende Form haben: „Henlein, der immer wieder als der Erzfeind der Tschechoslowakischen Republik dargestellt wird, (war) in Wirklichkeit alles andere als eine starke Führerpersönlichkeit. Sein Schicksal ist allerdings ein recht typisch sudetendeutsches – von der Unvernunft des (tschechischen – E.H.) Siegevölker in eine ursprünglich gar nicht gewollte Widerstandshaltung hineinmanövriert, schwer getroffen vom Verrat der reichsdeutschen Nationalsozialisten und schließlich allein mit der Gewißheit, auf kein Pardon hoffen zu können.“³⁷ Es handele sich doch um „einen unbekanntem, aber ehrlichen Mann“, der 1933 „über Nacht als parteipolitisch völlig Unbelasteter und Unerfahrener in die intrigenreiche politische Arena gedrängt“³⁸ worden sei. „Seinen Einsatz für die Sudetendeutschen“ habe er „mit seinem Familienglück und schließlich mit seinem frühen Tod bezahlen müssen“.³⁹

Diese entschuldigende Einstellung der sudetendeutschen Publizistik erstreckt sich auch auf Henleins Freunde und Mitarbeiter. So z.B. auf Tonal Sandner, der angeblich vor allem „ein schöpferischer Leibeserzieher war und seine Schaffenskraft in den Dienst seiner sudetendeutschen Heimat gestellt hat“.⁴⁰ Oder auf Benno Tins, dessen ganze Lebenstätigkeit „Gewicht und Wirkung (hatte). Anerkennung waren ihm der Dank und die Verehrung seiner Heimatfreunde, das Bundesverdienstkreuz und die Karl-Alberti-Medaille“.⁴¹ Und so könnte man fortfahren mit dem Zitieren feierlicher Tiraden über Josef Suchy, Fritz Köhler, Walter Brand, Walter Hergel etc.

Es ist eine alte Erfahrung, dass sich die Nachkommen schützend vor die Ehre ihrer Vorfahren stellen, mögen es die leiblichen oder die geistigen sein.

Prolog

Es war ein feierlicher, ernster, beinahe mystischer Akt. Die wenigen Burschen und Männer, die sich am 16. Januar 1919 im Rittersaal der Burg Schreckenstein/Střekov trafen, hatten ja auch Mystik und Romantik im Blut; sie brauchten sie, sie war ein untrennbarer Bestandteil ihres Lebensstils, der sich so sehr vom Leben ihrer Väter und ihrer älteren Brüder unterschied.

Versammelt hatten sich diejenigen, die den Boden für die „sudetendeutsche Einheitsbewegung“ vorbereiteten und deren künftige Ideologen und Funktionäre erzogen. Da war Karl Metzner, Realschullehrer in Leitmeritz/Litoměřice, der im Jahre 1907 die erste Organisation der „Wandervogel“-Bewegung in Böhmen gegründet hatte, eine Art deutsch-nationale Variante der Pfadfinder. Da war der strenge und asketische Johannes Stauda, der am Gymnasium in Eger/Cheb die Jugend in großdeutschem und chauvinistischem Geiste erzog. Da waren der ehemalige Frontsoldat Otto Kletzl und die vertrauten Freunde Walter Hergl und Heinrich Rutha. Wenige Jahre später würden sie den Kameradschaftsbund gründen, den Brutkasten des Führungskaders der Henlein-Bewegung, die im Jahre 1933 entstand.

Die Teilnehmer an der Zusammenkunft in Schreckenstein/Střekov verkörperten den Teil der jungen Generation von Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, der durch die Kriegsniederlage, den Zerfall der Monarchie und die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik aus der Bahn geworfen worden war. Über Nacht standen sie plötzlich als nationale Minderheit ohne die gewohnten Privilegien da. Das Lebensgefühl eines Teils dieser Generation hatte sich schon während des ersten Weltkrieges auf nationalistisch-romantischer Grundlage herausgebildet, gerade in den Organisationen des Wandervogels. Die ideologische Plattform dieser Bewegung war die Zeitschrift „Burschen heraus!“, die seit 1911 erschien. „Es ist bezeichnend, daß in dieser Zeitschrift während des Krieges wiederholt das Hakenkreuz auftaucht und daß immer wieder von der Erhaltung der Rasseneigenart die Rede ist“, konstatierte nach dem Münchner Diktat von 1938 Ferdinand Fischer, ein bekannter Nazi, der nach dem zweiten Weltkrieg als Mitbegründer des Witikobundes wieder in Erscheinung trat.¹

Die Versammlung von Schreckenstein/Střekov ging den Weg zu Ende, den der Wandervogel in programmatischer Hinsicht schon bei seinen Bundestagen in Krumau/Český Krumlov im August 1918 eingeschlagen hatte; hier wurden die Grundsteine der sog. Böhmerlandbewegung gelegt. In den „Schreckensteiner Leitsätzen“ fanden die Ausgangspositionen der erwähnten jungen Generation von Deutschen

ihren allgemeinen Ausdruck, die politisch aktiv sein wollten, aber die traditionellen Formen ablehnten. Den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie schrieb diese Generation den seit damals existierenden politischen Parteien und der parlamentarischen Demokratie zu. Die Tschechoslowakische Republik stellte für sie nur eine Form der nationalen Fremdherrschaft dar. Um so mehr, als die „Maßnahmen, die der junge Staat ... ergriff (Abschaffung von Adelstiteln, Bodenreform und in deren Rahmen die Verstaatlichung der Wälder), als Maßnahmen erschienen, die sich aus nationaler Feindseligkeit gegen die deutsche Bevölkerung richteten, weil deren Vermögenseliten bis zu einem gewissen Grade Vertreter der bisherigen Gesellschaftsordnung waren“.² Dominierend waren die Ideen des Großdeutschtums und der Volksgemeinschaft, das Führerprinzip und die Ablehnung überlebter gesellschaftlicher und politischer Formen. Kernpunkte der „Schreckensteiner Leitsätze“ waren folgende Thesen: „Wir wollen eine Erneuerung des Deutschtums. Unser Arbeitsgebiet ist das Böhmerland. Wir kennen in unserer Arbeit keine Parteien, sondern nur Deutsche. Im öffentlichen Leben sollen nicht Parteien, sondern Persönlichkeiten führen, ohne Rücksicht auf Stand und Alter ... Wir wollen alle Kräfte, sittliche und geistige, in den Dienst des Deutschtums stellen. Gleichgültig ist uns Weg und Art der Arbeit.“³

Die Formulierung der „Schreckensteiner Leitsätze“ wird Heinrich Rutha zugeschrieben, der später entscheidenden Einfluß auf das Denken und die praktische Tätigkeit von Konrad Henlein ausübte. „Aus heutiger Sicht mögen die Denksätze dieser Jugend verdächtig, ja, wie man so leichthin sagt, ‚vorfaschistisch‘ erscheinen. Der antiparlamentarische Akzent, der Persönlichkeits- und Führergedanke, die Hinwendung vom Verein zum ‚Bund‘, vom Individualismus zur Gemeinschaft ...“ – das seien die „Pferdefüße“ daran, räumte Walter Becher ein.⁴

Im historischen Zusammenhang betrachtet, fielen die „Schreckensteiner Leitsätze“ in die Zeit der organisatorischen Anfänge des Nationalsozialismus in Deutschland und bildeten eine Ergänzung zu den Ideen der sudetendeutschen Nazis. Für die Böhmerlandbewegung, deren organisatorische Basis weiterhin der Wandervogel war, stellte „Schreckenstein“ einen Meilenstein von großer Bedeutung dar. Die Gründung dieser Bewegung bedeutete einen Wendepunkt von der naiven Romantik zur Politik und weiter zur Identifikation mit den völkischen Ideen, eine Hinwendung zum Autoritäts- und Führerprinzip und zu einer systematischen Erziehungsarbeit mit Schwerpunkt auf der Ausbildung von „Führern“. Als Hauptfeinde galten der Marxismus und – die Tschechoslowakische Republik.

Die „völkische“ Bewegung

Die Aktivitäten der Böhmerlandbewegung lagen allerdings zwei bis drei Jahre lang vorwiegend auf kulturellem Gebiet, was eine erhebliche Einschränkung der ursprünglich proklamierten Vorhaben bedeutete. Die ziemlich umfangreiche propa-

gandistische und publizistische Tätigkeit (deren Rückgrat besonders der von Johannes Stauda geleitete Böhmerlandverlag in Eger/Cheb war) konnte jedoch die politischen Ambitionen einiger führender Persönlichkeiten nicht voll befriedigen. Namentlich die Gruppe um Heinrich Rutha – Walter Hergl, Ernst Tscherne, Benno Tins, Heribert Sturm, Hartwig Sturm, Kurt Oberdorfer, Karl Jäger, Josef Knabe, Arthur Vogt, Kurt Eckart und andere – wurde zum Keim einer „Widerstandsbewegung“ (gegen den Zustand, in dem sich die Böhmerlandbewegung befand), und Rutha selbst verkündete die Notwendigkeit einer zielgerichteten und strengeren Erziehung der Jugend.⁵ Der sog. „Rutha-Kreis“ (der Gleichgesinnten) wurde als „Avantgarde der neuen Richtung“⁶ oder auch als „Forum für den Übergang von der Böhmerlandbewegung zu Aktivitäten mit politischer Konzeption“ bezeichnet.

Rutha und seine Anhänger sahen das einzige Mittel, um die Einheit des „Sudenteutschums“ herzustellen und seine Führung zu übernehmen, in einem „Bund von Männerfreunden“ als zielstrebige geschaffene Elite.

Erwähnt sei auch die Studienreise in die Schweiz, die Mitglieder des „Rutha-Kreises“ im August 1925 unternahmen. Auf dieser Reise informierte der Student Benno Tins seinen Freund Henlein darüber, daß in Asch/Aš eine Stelle als Turnlehrer bei einem bedeutenden Turnverband frei sei. Er empfahl ihm, sich für diesen Posten zu bewerben – was Henlein im Herbst desselben Jahres erfolgreich tat. Hinter dieser Entscheidung Henleins stand jedoch wieder Rutha, der hoffte, seine Erziehungskonzeption in den Reihen des Deutschen Turnverbandes (DTV) realisieren zu können. Rutha wollte den DTV mit Hilfe des gefügigen und tüchtigen Henlein in einen Verband zur „nationalen“ (im Sinne von „völkisch“) Erziehung umwandeln, der auf dem Führerprinzip aufbaute und in Disziplin und äußerem Erscheinungsbild militaristische Formen anwendete.⁷

Die Bedeutung des Begriffs „völkisch“ für die großdeutsche Ideologie und Politik im Tschechischen zu erklären ist schon deshalb nicht einfach, weil es für dieses Wort in der tschechischen Sprache keinen adäquaten Ausdruck gibt. Häufig mit „national“ oder „patriotisch“ übersetzt, steht der Begriff in engem Zusammenhang mit dem deutschen Nationalismus am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war der Begriff „völkisch“ ein Synonym für die Ideologie und politische Bewegung der Deutschen, die außerhalb des deutschen Nationalstaates lebten, und zwar mit einem deutlich rassistischen Akzent. Hitler zufolge „erkennt die völkische Weltanschauung die Bedeutung der Menschheit in deren rassistischen Elementen. Sie sieht im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck und faßt als seinen Zweck die Erhaltung des rassistischen Daseins der Menschen auf. Sie glaubt somit keineswegs an eine Gleichheit der Rassen, sondern erkennt mit ihrer Verschiedenheit auch ihren höheren oder minderen Wert und fühlt sich durch diese Erkenntnis verpflichtet ... , den Sieg des Besseren, Stärkeren zu fördern, die Unterordnung des Schlechteren und Schwächeren zu ver-

langen“.⁸ Hitler sah in der NSDAP ein Instrument völkischer Weltanschauung.

Die sudetendeutschen Ideologen (zum Beispiel der ideologisch in der Böhmerlandbewegung wurzelnde Josef Suchy, der seinerzeit zur inneren Führung der Sudetendeutschen Partei gehörte und nach dem Krieg Mitgründer der Sudetendeutschen Landsmannschaft war) bezeichneten die „jungen völkischen Bewegungen“, zu denen sie sich zählten, als „Motoren der Weltgeschichte“. Als Stützen und entscheidende Bausteine dieser Bewegung betrachteten sie den italienischen Faschismus, die faschistischen Bewegungen in anderen Ländern und natürlich den deutschen Nationalsozialismus.⁹

Der Historiker Ronald M. Smelser konstatierte, daß „die völkische Ideologie im Hintergrund nicht kulturelle und soziale, sondern eher politische und potenziell revolutionäre Ziele“ verfolgte und daß mit dieser Ideologie jahrzehntelang „antidemokratische und antiliberalen, ja sogar antislawische Einstellungen“ verbreitet wurden. „Vor allem stellte der völkische Gedanke die Loyalität zum Volk über jede Loyalität zum jeweiligen Staat, in dem ein Volk lebte.“¹⁰ So Smelser mit besonderem Blick auf die „Sudetendeutschen“.

Im Jahre 1926 gründeten Heinrich Rutha, Walter Heinrich und Andere den „Arbeitskreis für Gesellschaftswissenschaften“. Mit diesem Schritt betonte die Gruppe noch stärker ihre Abkehr von der Böhmerlandbewegung (bzw. dem Wandervogel). Die Ziele und Prinzipien, die diese ehrgeizige Gruppe verfolgte, aber auch die Mittel und Methoden, die sie propagierte und einsetzte, fanden ihre theoretische Begründung in der Lehre des Wiener Professors Othmar Spann (1878-1950) über den sog. Ständestaat.

Die Konzeption von Othmar Spann als ideologische Grundlage

Rutha, Heinrich, Hergl und Andere waren sich trotz ihrer ursprünglich romantisch-verschwommenen Vorstellungen in einem Punkt sicher: Sie konnten nicht auf Dauer Teil eines großen Volkes sein und sich gleichzeitig damit abfinden, unter dem Joch eines anderen, kleinen, ihrer Auffassung nach minderwertigen Volkes zu stehen. Die dominierende Stellung, die sie verloren hatten, würden sie jedoch nicht mit Hilfe der alten politischen Parteien und Vereine mit ihren diskreditierten Funktionären und verknöcherten Arbeitsweisen wiedergewinnen. Sie suchten daher Antworten auf die Fragen, welche Form die von ihnen angestrebte Gesellschaftsordnung haben mußte, auf welche Weise diese zu erreichen sei und welche Stellung jeder von ihnen in dieser Ordnung einnehmen sollte. Mit anderen Worten: sie waren gezwungen, die Unsicherheit ihres Handelns zu überwinden, und suchten nach einem fertig ausgearbeiteten ideologischen Halt, einer systematischen theoretischen Grundlage. Dies alles fanden sie bei Spann. Jedoch erschien dieser nicht plötzlich wie ein „deus ex machina“. Nach dem Ersten Weltkrieg studierten relativ viele junge Sudetendeutsche an der Universität in Wien. Professor Spann

fühlten sie sich schon deshalb besonders verbunden, weil er vorher in Brünn/Brno gelehrt hatte. Die Ideen, die er ihnen nahe brachte, begeisterten und faszinierten sie. Spann genoß den Ruf eines Experten für Fragen des Deutschtums, seit er im März 1920 in Brünn/Brno seine Elementarvorlesung „Über die Grundlage des Deutschtums. Was ist deutsch?“ gehalten hatte und diese in einer Auflage von vielen tausend Exemplaren verbreitet worden war. Walter Brand, Spanns treuer Schüler, bezeichnete ihn als einen der „größten deutschen Denker dieses 20. Jahrhunderts, insbesondere seiner ersten Hälfte“. ¹¹ Eine viel größere Bedeutung für die Spann-Anhänger hatte jedoch seine Lehre über den Staat, die in dem 1921 erschienenen Buch „Der wahre Staat“ zusammengefaßt war.

Was war der Schwerpunkt von Spanns Lehre über den Staat, wovon ging diese Lehre aus und zu welchen Schlußfolgerungen führte sie? Spann, der stark von der Philosophie Platons und Fichtes beeinflusst war, entwarf die Grundlagen und einen konkreten Plan für einen *Ständestaat* als Modell gesellschaftlicher Herrschaft und Ordnung. Er lehnte nicht nur den Marxismus, sondern auch Liberalismus, Rationalismus und Individualismus grundsätzlich ab und wollte Klassen und Klassenkampf beseitigen. Spanns Kritik des Individualismus stellte gleichzeitig den Kern des philosophischen Teils seines Werkes dar – seiner Ausführungen über den „Universalismus“, in denen er Erklärungen darüber abgab, was das Primäre, die „ursprüngliche Realität“ sei, von der sich alles andere ableite. Spann kommt zu dem Schluß, das Primäre sei die Gesellschaft als Ganze, sie stelle die ursprüngliche und eigentliche Realität dar, während der Einzelne, das Individuum, nur als Teil des Ganzen existiere, also nur etwas Abgeleitetes sei. Alle Lebensbereiche und alle Menschen hätten in ihr ihren konkreten Platz, ihren konkreten Aufgaben- und Verantwortungsbereich. Die Gesellschaft bilde somit ein kompaktes und geschlossenes System, dem die Menschen nicht nach ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, sondern nach den von ihnen wahrgenommenen sozialen Aufgaben, also ihrer wirtschaftlichen Funktion eingegliedert seien. Auf diese Weise entstehe eine Gliederung der Gesellschaft in Stände (Bauernstand, Stand der freien Berufe usw.), die einer hierarchischen Ordnung unterliegen. Der oberste Stand sei der „Staatsstand“: dieser müsse von einer für Führungsaufgaben besonders qualifizierten Elite gebildet werden, und an seiner Spitze müsse ein sorgfältig ausgewählter Führer stehen.

In einem solchen Gesellschaftssystem ist kein Platz für politische Parteien, und die staatlichen Organe, die in einer demokratischen Gesellschaft als traditionelle Träger des politischen Willens durch freie Wahlen bestimmt werden, unterliegen maximaler Repression. Mit anderen Worten: Die Herrschaft kann „der Natur nach nur stufenweise von oben nach unten gehen. ... Die Besten sollen herrschen, Stimmen sollen nicht gezählt, sondern gewogen werden.“ ¹²

„Dieses ganze logisch durchdachte System“, stellte Karel Moudrý in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in seiner Analyse „Stavovský stát, jeho ideolo-

gie a organizace“ (Der Ständestaat, seine Ideologie und Organisation) fest, „dient dazu, möglichst schnell und vollkommen den Willen des höchsten Führers geltend zu machen, der zur Quelle sämtlichen Rechts und zur Triebkraft der Verwaltungstätigkeit wird.“¹³ Ein Vorbild des Staates war für Spann das katholische absolutistische mittelalterliche Reich. Wie der tschechische Historiker Václav Kural ausführt, sollte Spanns „wahrer Staat“ die Klassen und den Klassenkampf mit Hilfe einer aus dem Mittelalter entliehenen Krücke überwinden: der Einrichtung der Stände. Die zweite überlebte Krücke war das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Es sollte den Geist des vergangenen deutschen Ruhmes wiedererwecken und durch die Symbiose der großdeutschen und der österreichischen Idee als universeller und „wahrer“ Staat eine neue deutsche Hegemonie in Mitteleuropa errichten. Hegemonismus des deutschen Elements über die anderen mitteleuropäischen Nationen und Herrschaft eines totalitären deutschen Staates über die „zweitklassigen“ Völker stellten einen organischen Bestandteil des sog. Spannismus dar.¹⁴

Spanns Lehre läßt sich zwanglos der antidemokratischen ideologischen Strömung der sog. konservativen Revolution zuordnen, die die Ideale der großen Französischen Revolution – Individualismus, Liberalismus und Demokratie – ablehnte. In der „völkischen“ Auffassung bedeutete der „Spannismus“ dann eine Rückkehr zu den Idealen, die seinerzeit die Machtstellung Preußens begründeten (dies gilt besonders im Hinblick auf den militaristischen Geist). Spann „setzte in seiner Lehre Demokratie und Parlamentarismus gleich und kam zu einer negativen Beurteilung der Demokratie allgemein. Demokratie war für ihn eine Art ungesunde Kraft gesellschaftlicher Nivellierung und Gleichmacherei, die den Aufbau eines organischen Ständestaates behinderte.“¹⁵

Die jungen „Sudetendeutschen“, die mit dem romantischen Nationalismus der Böhmerlandbewegung unzufrieden waren, sahen in Spanns Lehre eine Alternative zur Demokratie ebenso wie zur linken revolutionären Bewegung. Dem sudetendeutschen Ideologen Ernst Nittner zufolge „gab sie die Antwort auf Fragen und Bedürfnisse der (sudetendeutschen – E.H.) Volksgruppe.“¹⁶

Spanns Lehre fand nicht nur bei den Sudetendeutschen Resonanz. Angesichts der bemerkenswerten Affinität zwischen Spanns Auffassungen vom Staat und der Praxis des faschistischen Regimes in Italien ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch Mussolini von Spann beeinflusst wurde. Jedenfalls erschien das Buch mit Spanns grundlegenden Vorstellungen einige Jahre, bevor in Italien per Gesetz die Vertretungsdemokratie abgeschafft und an Stelle von Gewerkschaften faschistische Syndikate und ein Führersystem installiert wurden.

Positiv zu den Bemühungen um einen Ständestaat äußerte sich auch Papst Pius XI. in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“ aus dem Jahre 1931. Die vom Papst vorgeschlagene „neue Gesellschaftsordnung“ verfolgte in erster Linie die Vernich-

tung des Sozialismus und Kommunismus und die Einführung des Ständestaates in Form eines erneuerten mittelalterlichen „Gottesstaates“.

Praktische Anwendung fanden die Ideen des Ständestaates außer in Italien auch in Österreich während der Regierungszeit von Kanzler Dollfuß – bereits unter aktiver Teilnahme von Sudetendeutschen! Anzumerken ist, daß die Christlichsoziale Partei in Österreich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges starken Einfluß hatte. Diese sehr konservative – ursprünglich monarchistische – Partei stützte sich auf die Landbevölkerung und verfügte über die bewaffneten Gruppen der „Heimwehr“. Zwischen der Heimwehr und der bewaffneten Organisation der sozialistischen Arbeiter, dem „Schutzbund“, kam es im Jahre 1927 in Wien zu blutigen Auseinandersetzungen, die mit der Niederlage der Arbeiter endeten. Dies ermöglichte den Versuch, einen reaktionären und konservativen Ständestaat mit einem klerikalfaschistischen Regime zu bilden. Generalsekretär der Heimwehr war damals Walter Heinrich, ein naher Freund und Mitarbeiter von Rutha, Henlein und Anderen, der auch als Assistent von Professor Spann tätig war. Kurz nach dem Sieg der Nazis in Deutschland führte Kanzler Dollfuß einen Staatsstreich durch, in dessen Verlauf die parlamentarische Verfassung abgeschafft und tatsächlich ein Ständestaat errichtet wurde. Dollfuß löste den Schutzbund auf, verbot außer der Kommunistischen Partei auch die Partei der österreichischen Nationalsozialisten und offenbarte damit seine Orientierung nach Italien. Ein Aufstand gegen den Ständestaat wurde blutig niedergeschlagen. Das klerikalfaschistische Dollfuß-Regime wurde im April 1934 durch eine sog. korporative Verfassung nach italienischem Vorbild kodifiziert. Diese Verfassung galt im wesentlichen bis zum Anschluß an das Deutsche Reich im Jahre 1938.

Interessanterweise beeinflusste der „Spannismus“ – ungeachtet der Tatsache, daß die Nazis diese Lehre seit Mitte der dreißiger Jahre grundsätzlich ablehnten und ihre Anhänger (wenigstens die exponierten) ausschlossen – seinerzeit auch die nazistische Bewegung in Deutschland. Spann, der eine deutsche Hegemonie in Europa anstrebte, hatte ursprünglich die Vorstellung, die theoretische Basis für den nationalsozialistischen Staat liefern zu können. Mit den Funktionären der NSDAP stand er angeblich schon seit den zwanziger Jahren in Verbindung. 1932 traf sich Spann in München mit Hitler. Dieser begeisterte sich zu der Zeit für den „Spannismus“, insbesondere für dessen ökonomische Thesen, und kündigte an, Spann werde die künftige Wirtschaftspolitik der Nazis konzipieren. Nach dem Sieg der Nazis in Deutschland kam es zu einem weiteren Treffen mit Hitler. Es schien, als sollten die Thesen Spanns institutionalisiert und in die Praxis umgesetzt werden. In der Führung der NSDAP wurde die Funktion eines „Sonderreferenten für ständestaatliche Konzepte“ geschaffen (diese Aufgabe wurde Dr. Max Frauendorffer übertragen). Es kam zur Gründung von Wirtschaftsverbänden in Form von Korporationen (Deut-

sche Arbeitsfront, Reichsverband der Bauern). In Düsseldorf entstand ein „Institut für Ständewesen“, an dessen Spitze der schon erwähnte Sudetendeutsche Walter Heinrich stand. Dieses Institut, das hauptsächlich von dem Industriellen Thyssen finanziert wurde, diente auch der theoretischen Schulung von Funktionären der Deutschen Arbeitsfront.¹⁷

Im Verlauf des Jahres 1934 stellte sich jedoch heraus, daß Spanns Modell für die NSDAP unannehmbar war. Der Grund für die Ablehnung war vermutlich eine Intervention von Seiten Alfred Rosenbergs und Heinrich Himmlers, die ihre eigenen, vom „Spannismus“ verschiedenen Konzeptionen und Ziele durchsetzten. Im Endeffekt wurde die Idee des Ständestaates vollständig verworfen. Dies geschah paradoxerweise zu einem Zeitpunkt, als Spanns Anhänger im Nachbarland Tschechoslowakei bereits die „völkische“ Bewegung bzw. die Partei beherrschten, deren Aufstieg durch die Ereignisse in Deutschland gefördert und beschleunigt wurde.

Die Entstehung des Kameradschaftsbundes (KB)

Kehren wir zurück in die Tschechoslowakei der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Der „Arbeitskreis für Gesellschaftswissenschaften“, den Rutha und Heinrich im Jahre 1926 gegründet hatten, wurde 1928 zum Kern des „Kameradschaftsbundes“ (KB), einer Gruppierung, die Spanns Ideen auf dem sudetendeutschen Versuchsfeld realisieren sollte. Zur Entstehung des KB sagte Heinrich: „Einige Menschen aus der jungen Generation, in tiefster Erkenntnis des geistigen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Chaos, in dem sich das Sudetendeutschtum befindet, schlossen sich zusammen, um innerhalb der allgemeinen Zerrissenheit einen Kern zu bilden, der radikal im Denken, aber nicht radikal im Reden am Neuaufbau unseres Stammeskörpers mitwirkt.“¹⁸ Die zwei Grundaufgaben dieses Kerns sah Heinrich erstens in der intensiven geistigen Vorbereitung und Ausbildung der Mitglieder – dies war die innere Front – und zweitens im Einsatz in allen Bereichen des öffentlichen Lebens – das war die äußere Front. Radikal konnte, seiner Auffassung zufolge, nur die innere Front sein.¹⁹

Der Kameradschaftsbund wurde nach Art einer Loge als Eliteorganisation aufgebaut, d.h. als halblegale Organisation mit begrenzter Mitgliederzahl, die sich zwar nicht formell, aber de facto konsequent in zwei Gruppen aufgliederte: den sog. inneren Kreis von Führerpersönlichkeiten und die breitere Gruppe von Jungen und jungen Männern, die erst noch auf die aktive politische Tätigkeit vorbereitet werden mußten. Als Garantie für die Kraft und Festigkeit des Kameradschaftsbundes galten vor allem die engen (bis hin zu intimen) persönlichen Beziehungen der Mitglieder des „inneren Kreises“, zu dem H. Rutha, W. Heinrich, W. Brand, W. Hergl, W. Sebekovsky, K. Henlein, R. Jahn, J. Suchy, F. Köllner, E. Kundt, H. Neuwirth, F. Zippelius, V. Aschenbrenner, K. Höss, B. Tins, F. Karmasin und andere gehörten. Den meisten dieser Namen begegnete man kurz nach dem Krieg

wieder – bei der Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Organisation, die in ihr wie ein Sauerteig wirkte, des Witikobundes.

Im Herbst 1928 fand eine Programmkonferenz des KB statt, deren Beschlüsse in einer Schrift mit dem Titel „Die erste Position“ zusammengefaßt wurden. Darin beschrieb Rutha auch die grundlegenden Methoden, mit denen der KB an der „äußeren Front“ Wirkungen erzielen wollte. Die konsequente Anwendung dieser Methoden brachte deutlichen Erfolg. Am Anfang stand die „Diversifikation“, die Unterscheidung der politischen und gesellschaftlichen Organisationen des „Sudetendeutschums“ nach ihrer Bedeutung und die Festlegung, in welcher Reihenfolge sie unter Kontrolle zu bringen waren. Dann folgte die Art der Infiltration der jeweiligen Organisation (durch wen, wie, wann), bei der die für die Arbeit des KB typische Methode des zweiten Mannes angewendet wurde. Diese Methode sah so aus, daß KB-Mitglieder in der jeweiligen Organisation nicht unmittelbar die führenden Positionen übernahmen, sondern als Berater oder Sekretäre des Organisationsführers fungierten. Auf diese Weise konnten sie die Mitglieder ebenso wie den Führer selbst beeinflussen, letzteren im Bedarfsfall aber auch ersetzen.

Der KB wendete diese Methoden zuerst – und mit größtem Erfolg – im Deutschen Turnverband an, namentlich durch Henlein und Brand. Einflußreiche Positionen gewann der KB im Deutschen Kulturverband (DKV), im Bund der Deutschen (BdD), im Deutschpolitischen Arbeitsamt (DPA),²⁰ aber auch in den deutschen Parteien – von den Nazis (Wilhelm Sebekovsky) bis zu den Sozialdemokraten (Rudolf Sandner) – besetzten KB-Leute wichtige Positionen. Der deutsche Historiker Eberhard Wolfgramm hat auf die engen „Arbeitsbeziehungen“ des KB zu den sudetendeutschen Industriellen und Agrariern hingewiesen, die dem KB vor allem finanzielle Unterstützung angedeihen ließen.²¹

Die erste KB-Gruppe wurde 1928 in Karlsbad/Karlovy Vary gegründet (ein paar Jahre später entstand in dieser Stadt auch die erste Gruppe der Sudetendeutschen Heimatfront). Die territorialen Schwerpunkte des KB lagen in Nord-Böhmen (Böhmisch-Leipa/Česká Lípa, Reichenberg/Liberec) und West-Böhmen (Karlsbad/Karlovy Vary, Asch/Aš, Graslitz/Kraslice). Im November 1930 wurde der „Kameradschaftsbund, Bund für volks- und sozialpolitische Bildung“ amtlich registriert, und in dieser „offiziellen“ Form existierte er bis zum Jahre 1934. In dieser ganzen Zeit hatte er maximal 300 Mitglieder. Bedeutenden Einfluß übte er auf die Studenten der deutschen Hochschulen in Prag aus. Dort wirkte in den Jahren 1932-33 Walter Brand, der im Auftrag von Walter Heinrich ein Seminar für die politische Bildung der Hochschüler im Geiste der Lehre von Othmar Spann durchführte.

Brand erzählte einmal eine interessante Episode aus seiner Prager Zeit und gab damit eine Antwort auf die Frage nach den Unterschieden zwischen dem KB und den sog. orthodoxen Nazis: „Einmal setzte sich ein Teilnehmer mit aller Leiden-

schaft dafür ein, die sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich anzugliedern ... Ich widersprach und ging zu einer Landkarte, die an der Wand hing, machte über die Mährische Senke hinweg mit der Hand eine Bewegung, die ganz Böhmen und Mähren bis zu den kleinen Karpaten umfaßte, und sagte: ‚Es geht nicht um die Lostrennung der sudetendeutschen Gebiete. Es geht vielmehr um die Erhaltung des ganzen Raumes, aber nicht im Wege einer gewaltsamen Okkupation, sondern durch politische und wirtschaftliche Einflußnahme, denn was sollen wir sonst mit den Tschechen machen? Sie müßten mehr oder weniger mit in den deutschen Einflußbereich einbezogen werden. Gelingt das, dann können sie keine Politik gegen uns machen und keineswegs mehr feindliche Außenposten gegen das Deutsche Reich sein.‘²²

Es war nämlich für den KB nicht wichtig, ob der tschechoslowakische Staat weiterexistieren würde oder ob es zu seinem Anschluß (oder wenigstens zum Anschluß des sog. Sudetenlandes) an das Reich kommen würde. Diese Tatsache wurde in dem theoretischen Blatt des KB „Die Junge Front“ sehr deutlich ausgesprochen: „Die einzige Aufgabe und unbedingte Pflicht der sudetendeutschen Politik ist ein eindeutiges nationalpolitisches Ziel. Es ist gleichgültig, ob dieses Ziel irredentisch oder staatsbejahend ist, ob es Selbstbestimmung, Selbstverwaltung oder nur Schulautonomie heißt, aber vorhanden muß es sein und von allen Sudetendeutschen als unbedingt zu erreichendes politisches Ziel anerkannt werden. Dann ist es auch möglich, die zur Verfügung stehenden Mittel des politischen Kampfes wirksam anzuwenden, in erster Linie die Auslandspropaganda. Bei der bekannten Mentalität der Tschechen ist eine Änderung ihrer Haltung ohne außenpolitischen Druck nicht zu erreichen.“²³

Die Tatsache, daß es für den KB gleichgültig war, ob das Ziel seiner Politik auf irredentistischem Wege (durch Lostrennung) erreicht wurde oder nicht, bestätigt nur, daß die deutsche Hegemonie in Mitteleuropa für den KB verschiedene Formen haben konnte, wenn nur die Forderung nach einer derartigen Hegemonie voll erfüllt wurde. Für die orthodoxen Nazis, deren Minimalforderung im Anschluß der tschechoslowakischen Grenzgebiete an das Reich bestand, war dies einer der Gründe, warum die Lehre des „Spannismus“ mit der nazistischen Ideologie nicht zu vereinbaren war.

Nicht nur der „Spannismus“ ...

Der vom Kameradschaftsbund verbreitete „Spannismus“ war jedoch keineswegs die einzige ideologische Richtung, die Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts erheblichen Einfluß unter den Sudetendeutschen erlangte, besonders in der Generation, die nach dem Ersten Weltkrieg heranwuchs. Sehr stark, in mancher Hinsicht sogar dominierend, war von Anfang an der Einfluß des Nationalsozialismus. Dieser fand sein Echo über die traditionelle Plattform der ent-

sprechenden Partei (der DNSAP) hinaus in den Jugendorganisationen, die ebenso wie der KB im Schoße einer von der Nachkriegsfrustration gekennzeichneten Bewegung entstanden. Weit stärker als im KB waren in diesen Organisationen der Einfluß von Antisemitismus und Irredentismus und die eindeutige Bindung an Deutschland. Im Vergleich zur DNSAP traten diese Organisationen viel radikaler auf, und sie entwickelten eine agile und breite destruktive Tätigkeit gegen die ČSR (die gleichzeitige Mitgliedschaft in der DNSAP und in diesen Organisationen war dabei nicht ausgeschlossen).

Bis 1933 war die bedeutendste Organisation dieser Art die „Bereitschaft zur Arbeit für Jugenderziehung und Volksbildung in der Tschechoslowakischen Republik“, kurz „Bereitschaft“ genannt, die ebenfalls in der „Wandervogelbewegung“ wurzelte. Die „Bereitschaft“ wurde im Jahre 1929 von dem später bekannt gewordenen Nazi Rudolf Haider gegründet und arbeitete in den ersten Jahren mit dem KB zusammen. Die Kooperation war so eng, daß die Vertreter von KB und „Bereitschaft“ (J. Suchy, W. Hergl, F. Fischer) Anfang 1930 sogar einen Zusammenschluss beider Organisationen anstrebten.²⁴

Dieser Plan wurde jedoch nicht verwirklicht. In den Jahren 1931/32 trat eine jähe Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den beiden Organisationen ein. Dies hing damit zusammen, daß der KB rasch eine wirksame Kontrolle über eine so einflußreiche Massenorganisation erlangte, wie sie der Deutsche Turnverband darstellte (Henlein übernahm 1931 dessen Vorsitz), und somit immer klarer wurde, daß der KB im politischen Leben der Sudetendeutschen eine viel wichtigere Rolle spielen würde als die „Bereitschaft“. In der darauffolgenden Zeit gehörte die „Bereitschaft“ zu den Gruppen, von denen der KB wegen angeblich unüberwindbarer ideologischer Differenzen angegriffen wurde. Den Hintergrund dieser Attacken bildeten eindeutig Machtkämpfe um die Führungsrolle. Im Jahre 1933 verschwand die „Bereitschaft“ von der politischen Bühne, nachdem einer ihrer Führer (Professor Patscheider) wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verhaftet worden war. Für seine Verhaftung wurde der KB verantwortlich gemacht: dieser habe die Konkurrenzorganisation auf diese Weise handlungsunfähig machen wollen.²⁵ Die meisten Mitglieder der „Bereitschaft“ schlossen sich später der nazistischen Organisation „Aufbruch-Kreis“ an, die 1933 entstand.

Im Aufbruch-Kreis (AK), der sich um die seit September 1933 erscheinende Zeitschrift „Aufbruch“ scharte, sammelten sich junge radikale Nazis und zunehmend auch der radikale Flügel der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF), die 1935 in Sudetendeutsche Partei (SdP) unbenannt wurde. Wie der KB versuchte auch der AK, verschiedene sudetendeutsche Organisationen zu unterwandern und unter seine Kontrolle zu bringen. Ähnliche Erfolge, wie sie der KB aufzuweisen hatte, konnte der AK dabei allerdings nicht erzielen. Im übrigen war der wichtigste Vertreter der nazistischen Ideologie und Politik in der ČSR bis zum Herbst 1933 die Mas-

senpartei DNSAP. Zu den führenden AK-Funktionären gehörten Rudolf Haider, Ferdinand Fischer, Otto Liebl, Albert Smagon, Friedrich Brehm, Rudolf Kasper und Anton Kreißl (und ebenso wie für die Mitglieder des KB gilt auch für sie, daß einige von ihnen nach dem Krieg als Mitgründer von Witikobund und Sudetendeutscher Landsmannschaft wieder in Erscheinung traten).

Die Streitigkeiten zwischen den beiden Gruppen des radikalen sudetendeutschen Nationalismus, die seit der Jahreswende 1931/32 schwelten, entwickelten sich in den Jahren 1935/36 zu einem hell auflodernden Feuer. Im Kern ging es um einen Machtkampf um den beherrschenden Einfluß unter den Sudetendeutschen – und um die damit verbundenen Pfründe –, auch wenn mit allem Nachdruck behauptet wurde, die Streitigkeiten seien ausschließlich ideologischer Natur. Tatsächlich existierten ideologische Unterschiede zwischen den Anhängern des KB und den sog. orthodoxen Nazis: man könnte sie mit dem Schlagwort „Spann gegen Rosenberg“ charakterisieren. Worin bestanden diese Unterschiede? Vor allem darin, daß die Spann-Anhänger nicht ausschließlich auf Deutschland orientiert waren, sondern auch an ihren Verbindungen mit Wien, Rom und dem Vatikan festhielten. Dies gilt besonders für die Jahre 1931-35. Abgesehen von den ideologischen Impulsen und der gegenseitigen Beeinflussung, die diese „Achse“ mit sich brachte, sah sich der KB damals noch nicht imstande, einen definitiven Standpunkt zur Entwicklung des Nazismus in Deutschland einzunehmen. Angesichts dieser Differenzen formulierte der KB eine eigene Programmatik, die von der These ausging, seine Arbeit müsse sich in erster Linie auf das Gebiet der Tschechoslowakei konzentrieren und könne später eventuell auf andere Länder Südosteuropas ausgedehnt werden. Dies entsprach der bereits erwähnten Tatsache, daß der Irredentismus und der Anschluß ans Reich für den KB – im Unterschied zu den orthodoxen Nazis – keine unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung seiner Ziele war.

Damit kommen wir zu einem weiteren ideologischen Widerspruch: Denn gerade in diesem Zusammenhang entwickelte der KB die Vorstellung eines „sudetendeutschen Stammes“. Diese Konzeption wurde von den orthodoxen Nazis als Ausdruck von Separatismus interpretiert und grundsätzlich abgelehnt, weil sie die Sudetendeutschen vom großdeutschen Reich wegführe (siehe Kapitel 2: „Vom eigenen Namen zur Konzeption der ‚Volksgruppe‘“). Ein weiterer ideologischer Streitpunkt war die Auffassung von „Führer“ und „Führerschaft“. Den Vorstellungen der Spann-Anhänger zufolge sollte eine sorgfältig vorbereitete Elite mit einem gewählten Führer an der Spitze das Volk führen. Die orthodoxen Nazis dagegen propagierten den Kult eines aus dem Volk spontan hervorgegangenen Führers, der im Kampf mit seinen Rivalen den Sieg davongetragen hat. Und während die KB-Anhänger als Intellektuelle über den Anderen zu stehen glaubten, schauten sie mit einer gewissen Verachtung auf die orthodoxen Nazis herab und betrachteten sie als Plebejer ohne solide theoretische Grundlage.

Die Radikalisierung des Nazismus

Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland hatte fundamentalen Einfluß auf die deutsche politische Szene in der Tschechoslowakei – und somit auf die innenpolitische Situation des Landes. Zusammen mit den noch nicht überwundenen tragischen Folgen der Wirtschaftskrise und der problematischen Nationalitätenpolitik der damaligen tschechoslowakischen Regierung führte dies zu einer sofortigen Radikalisierung der sudetendeutschen nazistischen und nationalistischen Kräfte.

Wie schnell sich diese Radikalisierung und der Aufstieg des Nazismus mit seiner klaren Orientierung auf die Lostrennung vollzog, läßt sich am Beispiel der Kommunalwahlergebnisse vom März 1933 in Eger/Cheb zeigen. Die deutsche Sozialdemokratie verlor sechs ihrer vorher dreizehn Mandate und kam auf sieben Sitze, während die DNSAP die Zahl ihrer Mandate von acht auf siebzehn erhöhen konnte.²⁶

Die staatsfeindliche Tätigkeit der sudetendeutschen Nazis nahm auf allen Gebieten zu, angefangen von feindseliger Propaganda bis hin zu Spionagetätigkeit für Deutschland. Mit großem Eifer „widmeten“ sich die auf das Hitler-Reich orientierten Sudetendeutschen den vor den Nazis Geflohenen, die immer zahlreicher Zuflucht in der ČSR suchten: Sie schickten Berichte über sie nach Deutschland, bewarfen sie in der Presse mit Schmutz, griffen sie physisch an.

Die eifrige Tätigkeit der Nazis rief den Widerstand der Öffentlichkeit hervor und zwang die Staatsorgane, sich intensiv damit zu beschäftigen. Von Tag zu Tag wurde die Forderung lauter, die DNSAP zu verbieten. Im nazistischen Lager herrschten Spannung und Unruhe. Der DNSAP-Führung wurde klar, daß ihrer Partei, die in den aufgewühlten Gewässern des Hitlerismus segelte, tatsächlich ein schwerer Angriff der Staatsmacht bevorstand. Ein Plan für die politische Rettung wurde entworfen, und Vorbereitungen wurden getroffen: Diese bestanden in der Formierung einer Ersatzorganisation, die die meisten Mitglieder auffangen konnte, falls es zur Auflösung der DNSAP kommen sollte. Für die neue Organisation brauchte man neue, politisch nicht kompromittierte Führer. Und hier bot es sich an, auf den Turnerführer Henlein zurückzugreifen, an dessen Einstellung und Zuverlässigkeit die Nazis keinen Zweifel hatten (trotz mancher Vorbehalte wegen seiner „spannistischen“ Tendenzen) und dessen diszipliniertes Turnverband sich bereits als Stütze des deutschen Nationalismus und als wichtiger Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens der Deutschen bewährt hatte.

Im Juli 1933 fand in Saaz/Žatec ein monströses Fest statt, bei dem Henlein als neuer sudetendeutscher Führer vorgestellt wurde. Walter Becher nannte dieses Fest ein „Schlüsselereignis der sudetendeutschen Zwischenkriegszeit“. Und die Ascher Zeitung konstatierte danach: „Der deutsche Turnverband hat sein Recht auf Führung bewiesen.“ Der DTV, so die Zeitung weiter, spreche ein „entscheidendes

Wort bei der Erziehung des sudetendeutschen Stammes“ und habe „seine Grundsätze von Führung und Gefolgschaft verwirklicht“. ²⁷ Unter den Ehrengästen befanden sich nicht zufällig fast alle Persönlichkeiten der nazistischen DNSAP ebenso wie auch der kleineren nationalistischen DNP: Rudolf Jung, Hans Knirsch, Rudolf Kasper, Othmar Kallina, Alfred Rosche und Gustav Peters. Im Rahmen des Festprogramms hielt der Hauptideologe des DTV, Walter Brand, eine Rede. Unausgesprochen an die Adresse der DNSAP-Funktionäre gerichtet, forderte Brand unverblümt die Anerkennung des Turnverbandes als einzig kompetente Organisation für die „völkische“ Erziehung der sudetendeutschen Jugend. ²⁸

Bei eben diesem Turnfest soll sich auch der DNSAP-Führer Hans Krebs unter Vermittlung des bekannten Nazis Karl Viererbl an Henlein gewandt und diesem vorgeschlagen haben, eine neue politische Bewegung zu gründen, die „Sudetendeutsche Volksfront“ heißen könne oder solle. „Es ist nur schwer vorstellbar“, so der Historiker Boris Čelovský, „daß Krebs ohne Zustimmung Berlins handelte. Henlein hatte nichts gegen diese Idee.“ ²⁹ Auch Brand schrieb nach dem Krieg: „Den nationalsozialistischen Abgeordneten schwebte die Gründung einer ‚Sudetendeutschen Volksfront‘ vor, die sämtliche nichtmarxistische Parteien des Sudetendeutschums umfassen und unter Führung Henleins stehen sollte. Damit wäre den zwei von der Gefahr der Auflösung bedrohten Parteien, nämlich der DNSAP und der DNP, die Möglichkeit gegeben gewesen, in dieser neuen Formation aufzugehen und dadurch die Masse ihrer Anhänger vor den zu erwartenden Verfolgungen zu schützen.“ ³⁰

Die Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“

Der Mord an dem deutschen Emigranten Professor Theodor Lessing, der am 30. August 1933 in Marienbad/Mariánské Lázně von DNSAP-Anhängern begangen wurde, beschleunigte nicht nur die Entscheidungen der Staatsmacht, weitere Schritte gegen die sudetendeutschen Nazis zu unternehmen, sondern auch die Umgruppierung der Kräfte im nazistischen und nationalistischen Lager. Über die drohende Auflösung der Partei beriet die Führung der DNSAP am 2. September 1933 in Aussig/Ústí nad Labem. Es wurde beschlossen, daß Jung der erregten Öffentlichkeit gegenüber „in aller Schärfe“ die Beschuldigung zurückweisen sollte, die Nationalsozialisten seien um eine einheitliche Front nur bemüht, „um sich hinter deren Rücken gegen die politische Verfolgung der Partei besser decken zu können“. ³¹

Während sich die führenden DNSAP- und DNP-Funktionäre mit den Vertretern der anderen politischen Parteien über die Gründung einer „Sudetendeutschen Volksfront“ nicht einigen konnten, führten sie umso intensivere Geheimverhandlungen mit Henlein. Der KB witterte eine neue Chance zur Stärkung seines Einflusses und beteiligte sich gleichzeitig an der Ausarbeitung einer Konzeption für die

„Volksfront“, freilich aus der Sicht seiner eigenen Ideologie und Ziele. „Zu einer solchen Vereinigung und Konzentrierung der sudetendeutschen politischen Kräfte würden zweifellos sehr viele Menschen stoßen – besonders auch aus den Kreisen der Jugend – die heute von der Fruchtlosigkeit der bisherigen Politik enttäuscht sind“, schrieb damals W. Brand. „Voraussetzung ist, daß eine Persönlichkeit gefunden wird, die über allen Gegensätzen steht und in sich schon sichtbar die sudetendeutsche Einheit verkörpert ... Darin ... liegt unseres Erachtens der Schlüssel-punkt der ganzen Frage nach der ‚Sudetendeutschen Volksfront‘: ob diese Persönlichkeit gefunden und gerufen wird und ob jene Politiker, die heute den Gedanken der ‚Sudetendeutschen Volksfront‘ vertreten, bereit sind, sich einem solchen Führer in vollem Vertrauen ... und in voller Bereitschaft unterzuordnen.“³²

Die Frage, ob man mit Hilfe der „Sudetendeutschen Volksfront“ sofort in die große Politik eintreten sollte, wurde im KB ausführlich debattiert und analysiert. Im August 1933 waren Henlein, Rutha und Brand am Mácha-See. Nach langen Diskussionen kamen sie angeblich zu dem Schluß, daß die Zeit für den Einstieg in die „große Politik“ noch nicht gekommen sei. Der KB und somit auch Henlein bräuchten noch etwa fünf Jahre intensiver Vorbereitung auf die politische Tätigkeit. Mit dieser Entscheidung war auch Henlein einverstanden. Mitte September fand ein weiteres Gespräch zwischen Henlein und Vertretern von DNSAP und DNP statt, bei dem Henlein wieder überzeugt wurde, sich für die „Volksfront“ einzusetzen. Zu einem Abkommen kam es jedoch auch dieses Mal nicht. Henlein informierte seine Freunde vom KB über das Gespräch. Dabei erklärte er, er sei zu einer politischen Tätigkeit nur bereit, wenn die Vereinigung der nichtmarxistischen deutschen Parteien gelingen würde, da eine eventuelle Vereinigung von DNSAP und DNP allein von den Tschechen als eine Deckorganisation betrachtet werden würde. „Ich ziehe mich vollständig wieder aus dem politischen Geschäft zurück und werde mich ganz der Arbeit im Turnverband widmen“, erklärte Henlein pathetisch.³³ Um so größer war dann die Überraschung, die er seinen Freunden bereitete.

Walter Brand schildert in seinen Erinnerungen, wie er Ende September (es war am 28.9.) 1933 unerwartet von Henlein aus Prag nach Asch/Aš gerufen wurde. In Henleins Wohnung traf er auf einige bekannte Nazis; er erinnerte sich an Karl Viererbl, Ferdinand Fischer und Max Karg. Angeblich teilte Henlein dem erstaunten Brand unverblümt mit: „Walter, ich habe mich entschlossen, selbst eine neue politische Bewegung ins Leben zu rufen. Die beiden Parteien DNSAP und DNP werden in den nächsten Tagen verboten. Dann steht das nationale Sudetendeutschtum ohne politische Führung da, und es besteht die Gefahr, daß ein politisches Chaos mit unabsehbaren Folgen entstehen kann. Ich muß wissen, ob Ihr ... mitmacht oder nicht. Wenn ihr nicht mitmacht, werde ich es allein versuchen. Mein Entschluß ist unumstößlich!“³⁴

Der überraschte Brand versprach Unterstützung, obwohl Henlein den Erklärungen, die er noch kurz vorher gegenüber seinen Freunden vom KB abgegeben hatte, diametral zuwider handelte. Brand wußte nicht, daß Henlein schon am Vortage mit dem gleichen Anliegen an Benno Tins und Emil Richter herangetreten war (die beiden KB-Mitglieder lebten in Asch/Aš). Diese rieten „Konrad zwar nicht direkt ab, gaben aber zu bedenken, daß sein Erziehungswerk (im DTV – E.H.) auf dem Spiele stehe“.³⁵ Brand zufolge bat ihn Henlein auch um einen Entwurf für den Gründungsaufruf der neuen Bewegung. Während Brand behauptet, er sei der Autor dieses Aufrufs gewesen (von Henlein habe er nur einige Vorschläge erhalten), schrieb W. Becher, neben Brand habe auch Benno Tins am Text dieses Aufrufs mitgearbeitet.³⁶ Tins selbst erklärte: „Auch zu einer Unterredung zwischen Konrad und Kallina ... bereits am nächsten Tage (28.9. – E.H.) wurde ich zugezogen. Kallina hatte bereits ein Konzept des Aufrufs bei sich, den Konrad erlassen sollte. Die Schlußredaktion des Konzepts und die eigentliche Gründung der SHF wurde ... in Eger vorgenommen. Ich fuhr mit Konrad im Zuge um 3 Uhr nachmittags nach Eger. Auf dem Bahnhofe wartete Kallina. Die Sitzung fand in dem kleinen Extrazimmer im ‚Ewigen Licht‘ statt.“³⁷ Bereits am Morgen dieses Tages hatte die von Tins redigierte Ascher Zeitung berichtet, die Verhandlungen zwischen den sudetendeutschen Parteien seien offenbar gescheitert: „Die alte, in den Parteien verhaftete Führergeneration fand den Weg zueinander nicht, abgesehen von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, die sich der Forderung nach einem vorbehaltlosen Zusammenschlusse unterworfen hätten ... Nun ist der Teil des Sudetendeutschtums, der es wirklich ehrlich meint mit einer Vertretung der sudetendeutschen Interessen, ... vor die Forderung gestellt: Schluß mit den Verhandlungen! Die nächste Zeit schon wird zeigen müssen, ob der Wille der jungen Generation, endlich Ordnung und Zielrichtung in die sudetendeutsche Politik zu bringen, stark genug ist.“³⁸

Während des Gesprächs, das am 29. September 1933 in der Weinstube „Das ewige Licht“ in Eger/Cheb stattfand (heute befindet sich hier das auf Initiative und mit Unterstützung der Sudetendeutschen Landsmannschaft errichtete Balthasar-Neumann-Haus), verabschiedeten die etwa fünfzehn Teilnehmer – unter ihnen Vertreter von DNSAP und DNP – einen Aufruf, der am nächsten Tage unter dem Titel: „An alle Sudetendeutschen!“ veröffentlicht wurde. Darin wurde die Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“ (SHF) bekannt gegeben. Das Dokument war von eher bescheidenem Umfang, aber voll von hochfliegenden Phrasen: von der Überwindung des Parteienwesens und des Klassenkampfes zugunsten der „Volksgemeinschaft“ war darin die Rede sowie von einer einheitlichen politischen Führung des „sudetendeutschen Stammes“ und vom Aufbau der Sudetendeutschen Heimatfront auf ständischer Grundlage.

Am darauf folgenden Tage wurde der Aufruf in einigen deutschen Zeitungen ver-

öffentlich. Die Ascher Zeitung, die unbeirrt Henlein unterstützte, schob einen umfangreichen Kommentar nach – pathetisch, ultimativ und irreführend. Unter anderem stand darin: „Die von weitesten Kreisen des Sudetendeutschtums anerkannte Führerpersönlichkeit Henleins mußte dem Drängen der Stunde und der Berufung, welche sein Verantwortungsbewußtsein für das Wohl und Wehe unserer Heimat an ihn stellte, gehorchen ... Es geht heute ums Ganze. Die schaffenden Kräfte der jungen Generation stehen geschlossen und völlig einsatzbereit hinter Henlein. Die anderen müssen erkennen lernen, daß die Schaffung der ‚Sudetendeutschen Heimatfront‘ einen Ausgangspunkt bieten will, von dem aus die ganze lichterloh brennende *sudetendeutsche Frage* neu aufgerollt werden soll und wird. Mit den unfruchtbaren Schlagworten aus den Parteiprogrammen wird aufgeräumt. Das Programm ist Sudetendeutschtum.“³⁹ (Hervorhebung von mir – E.H.)

Das renommierte deutschsprachige „Prager Tagblatt“ beurteilte die Sache nüchtern und überwiegend mißtrauisch. Es machte darauf aufmerksam, daß an der Spitze der neuen Bewegung politische Zöglinge von Professor Spann standen, die schon „seit Monaten Propaganda gegen die Demokratie und für den ständischen Aufbau des Staates auf christlicher Grundlage (machen), also für die Idee der Heimwehr-Dollfuß-Diktatur, deren Grundgedanken auch Henlein in seinem Aufruf an das sudetendeutsche Volk besonders betont“.⁴⁰ Besondere Beachtung aber verdient die Tatsache, daß die Zeitung die Verwandtschaft zwischen Henlein und der nazistischen Bewegung aufzeigte: „Auch ein Turnlehrer müßte wissen, wie groß das tschechische Mißtrauen gegen die Loyalitätsbeteuerungen ist, wenn nicht im vorhinein jene Gruppen ausgeschlossen werden, die sich vor nicht allzu langer Zeit noch für das Braune Heer vom Hakenkreuz und den Gefreiten auf dem Kanzlersessel begeistert haben. ... Glaubt die Gruppe Henlein, die mit den Nationalsozialisten die ‚Volksfront‘-Idee aus der Taufe gehoben hat, wirklich, daß eine Firma-Änderung genügt? Glauben diese Herren, die mit Krebs und Jung verhandelt haben, daß man nicht die Erwägungen kennt, die ‚für den Fall einer Auflösung der DNSAP‘ angestellt wurden?“⁴¹

Stimmen, die darauf hinwiesen, daß die SHF in ihren Grundideen mit der traditionellen nationalsozialistischen Bewegung übereinstimmte und in dieser am stärksten verwurzelt war, wurden später durch den bekannten Politiker der DNSAP, Senator Franz Jesser, ergänzt. In seinen Erinnerungen schrieb dieser: „Ich halte es jedoch für sehr wahrscheinlich, daß Krebs und die Parteisekretäre mit Henlein übereinkamen, daß sie im Falle der Auflösung der Partei mit der Organisation der DNSAP direkt in seine Gruppe übertreten würden. In manchen Parteikreisen war jedenfalls die Meinung vorhanden, daß die Henlein-Bewegung die Auffangorganisation der beiden nationalen Parteien und in weiterer Folge aller deutschen Parteien außer den deutschen Sozialdemokraten wäre.“⁴² Noch zutreffender aber war seine Feststellung: „Das Erbe der aufgelösten nationalen Parteien übernahm die Sude-

tendeutsche Heimatfront.⁴³

Täuschungsmanöver

Zwei große Aufgaben standen in den ersten Tagen und Wochen der SHF vor Henlein und seinem Stab: Sie mußten so schnell wie möglich ihre Organisationsstrukturen aufbauen, gleichzeitig aber auch eine agile Öffentlichkeitsarbeit betreiben und vehement der Behauptung entgegenreten, die SHF sei eine Auffangorganisation für DNSAP und DNP, verfolge eine pronazistische Politik und stehe dem tschechoslowakischen Staat feindlich gegenüber.

Unmittelbar nach der Gründungsversammlung trafen zwei enge Freunde von Henlein in Asch/Aš ein, die dieser im Unterschied zu Brand und Tins nicht angesprochen und um Unterstützung bei den ersten Schritten gebeten hatte: Rutha und Sebekovsky. (Vermutlich befürchtete Henlein, daß insbesondere Rutha seine Entscheidung, doch gleich in die Politik einzutreten, nicht akzeptieren werde.) Nach etlichen kritischen Äußerungen, Vorwürfen und Streitigkeiten entschieden sich die beiden ebenfalls, aktiv in der SHF mitzuarbeiten. Auf der Liste der SHF-Mitglieder standen somit gleich nach der Gründung folgende Namen: Nr. 1 Konrad Henlein, Nr. 2 Heinrich Rutha, Nr. 3 Walter Brand, Nr. 4 Wilhelm Sebekovsky.

Gezielte Propagandalügen, mit denen etwaige Angriffe schon im Vorhinein entkräftet werden sollten, enthielt die Presseerklärung der SHF, die am 4. Oktober 1933 in der Presse verbreitet wurde. Deren Inhalt läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen: Die Gründung der SHF geschah auf persönliche Initiative von Konrad Henlein; die veröffentlichte Satzung steht im Widerspruch zu den Ansichten der politischen Parteien, insbesondere der DNSAP; mit aller Entschiedenheit wird dementiert, daß die SHF eine Deckorganisation der DNSAP ist.

Die erste Ortsgruppe der SHF wurde am 4. Oktober 1933 in Karlsbad/Karlovy Vary gegründet – von Karl Hermann Frank (in Asch/Aš entstand erst am 22. November 1933 eine SHF-Gruppe). Der Hauptsitz der Bewegung befand sich zunächst in einem Haus am Marktplatz von Eger/Cheb. Für die Einrichtung brauchte man vor allem Geld. Henlein behauptete gegenüber seinen Freunden, für die Finanzierung habe er u.a. die Sparbücher seiner Kinder verwendet. Auch das war gelogen, wie W. Brand später erfuhr: Das Geld kam von Krebs, also von der DNSAP.⁴⁴

Am 8. Oktober veranstaltete Henlein in Prag die erste Pressekonferenz. Obwohl die Polizei die Konferenz als nicht angemeldet bald auflöste, gelang es Henlein, die propagandistischen Grundthesen der SHF vorzutragen und zu erläutern. Er wies die Gerüchte zurück, die neue Bewegung sei ein Tarnmanöver oder ein Sammelbecken für die Mitglieder der inzwischen aufgelösten politischen Parteien; die SHF stehe entschieden auf dem Boden des Staates, und da sie sich zum tschechoslowakischen Staat bekenne, befürworte sie auch die Grundideen der Demokratie (!); die

Bewegung trete gegen Klassenkampf und für soziale Gerechtigkeit und christlich-deutsche Weltanschauung ein. Jemand stellte die Frage, ob die christlich-deutsche Weltanschauung die Einführung des Arierparagraphen in die SHF bedeute. Trotz seiner jahrelangen Tätigkeit im Turnverband, der den sog. Arierparagraphen in seiner Satzung hatte, antwortete Henlein heuchlerisch: „Für die Sudetendeutschen darf die Judenfrage als Rassenfrage nicht bestehen. Jeder Jude, der sich zum Deutschtum bekennt, ist uns willkommen.“⁴⁵ (An dieser Stelle sei daran erinnert, daß der sog. Arierparagraph am 1. Mai 1938 ausdrücklich in das Statut der SdP eingefügt wurde. Insbesondere sei auch an die Folgen der Pogromnacht im November 1938 im sog. Sudetenland und an die zügellose antisemitische Hetze erinnert, die nach dem Münchner Diktat in der sudetendeutschen Presse betrieben wurde!)

Zu Henleins Exposé bemerkte wachsam das Prager Montagsblatt: „Unklarheit und Widersprüche kennzeichnen auch die Aufrufe Konrad Henleins. Die Vergangenheit der Männer, die dieser Bewegung nahestehen, und das, was sie schrieben, ist grundverschieden von den Auffassungen, die sie heute vertreten. Jahrelang wurde im Deutschen Turnverband gegen Demokratie und Individualismus gekämpft, für den Kollektivismus und einen Ständestaat, dessen Merkmale faschistisch sind, geworben ... Ist es möglich, daß nun plötzlich ‚kehrt Euch‘ kommandiert wird und alles diesem Befehl folgt?“⁴⁶

Unter ständiger aufmerksamer Beobachtung durch die tschechoslowakischen Behörden, die allerdings in keiner Weise aktiv dagegen vorgingen, wuchs die SHF zahlenmäßig und politisch stark an. Im Juni 1934 hatte sie schon an die 85.000 Mitglieder in 515 Organisationen und war somit zur stärksten deutschen Partei in der ČSR geworden.

Die verbalen Loyalitätsbekundungen erreichten im Jahr 1934 ihren Höhepunkt. Am 21. Oktober 1934 hielt Henlein bei einer Versammlung der SHF in Böhmischem-Leipa/Česká Lípa eine lange Rede. Zuvor hatte er in einem Interview mit der den Agrariern nahe stehenden Zeitung „Večer“ (Abend) erklärt: „Ich sage klar, daß ich niemals etwas mit dem Hitlerismus gemeinsam hatte und habe. Der deutsche Nationalsozialismus endet für uns an den Grenzen, ebenso wie dort die SHF endet. Wir sind keine Fortsetzung der Krebs-Partei, und es sei endlich einmal offen erklärt, daß wir Krebs und alle Führer, die desertiert sind, aus ganzer Seele verachten.“⁴⁷ (Krebs, Jung und einige andere Funktionäre der DNSAP hatten sich nach der Auflösung ihrer Partei nach Deutschland abgesetzt.) Die Rede, die Henlein in Böhmischem-Leipa/Česká Lípa vortrug, war von H. Neuwirth und K. H. Frank verfaßt worden. Nach Diskussionen in der Führung wurde aus dem ursprünglich vorbereiteten Text eine offen antisemitische Passage über das Verhältnis der Henlein-Anhänger zu den Juden gestrichen, Thesen über den Unterschied zwischen SHF und Nationalsozialismus (der angeblich an der Grenze seine natürlichen Bedin-

gungen verliert und sich nicht übertragen läßt) dagegen – gegen den Willen von Frank – nicht. Darüber hinaus bekannte sich Henlein in seiner Rede zur Staatsform der Republik und erklärte, die SHF habe kein Interesse an irgendwelchen Grenzrevisionen. Zum Programm der SHF erklärte Henlein wolkig, das Ziel seiner Bewegung sei die Formierung einer nach Ständen organisierten „Volksgemeinschaft“.

Derartige Loyalitätserklärungen gegenüber der Tschechoslowakischen Republik stellten immer taktische Manöver dar, die der Verschleierung des wirklichen Charakters und der wahren Ziele der SHF dienten. Die Parlamentswahlen rückten näher. Es war notwendig, der Organisation ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, besonders als sich die Beschwerden der tschechischen Bevölkerung in den Grenzgebieten mehrten, Hinweise auf staatsfeindliches Verhalten der SHF laut wurden und öffentlich die Frage gestellt wurde, ob sie nicht verboten werden sollte. Henlein taktierte nicht ohne Erfolg: So bemerkte Anfang 1935 der Präsident der Tschechoslowakei, Tomáš Garrigue Masaryk, Henlein erscheine ihm als „ein Oberlehrertyp“, der ängstlich auf seinen guten Ruf bedacht sei, und irgendein Beweismaterial gegen ihn sei ihm nicht bekannt.⁴⁸

Vor den Wahlen im Jahre 1935 intensivierte die SHF ihre organisatorische und propagandistische Tätigkeit so stark, daß Beschwerden der tschechischen Bevölkerung in den Grenzgebieten über die staatsfeindliche Agitation der Henlein-Anhänger die Diskussion über ein Verbot der SHF erneut aufflammen ließen. In dem Bemühen, Henleins Lager zu spalten, hoben die tschechoslowakischen Behörden Anfang Mai 1935 das Verbot der DNP auf. Die ehemaligen DNP-Funktionäre nutzten die Möglichkeit einer Neukonstituierung ihrer Partei jedoch nicht. Ein wirksames Vorgehen gegen die Henlein-Anhänger wurde durch den Einfluß der tschechischen Agrarier und ihre ausgesprochen partnerschaftlichen Beziehungen zur SHF erheblich beeinträchtigt. Um keinen formalen Vorwand für das Verbot der SHF zu geben, beschloß deren Führung in der Richtlinie Nr. 97 vom 2. Mai 1935 die Umbenennung der „Front“ in Sudetendeutsche Partei (SdP).

Aus den ersten und gleichzeitig letzten Parlamentswahlen, an denen sie teilnahm, ging die SdP als stärkste politische Partei hervor. Am 19. Mai 1935 gewann sie 1.249.947 Stimmen und erhielt damit 44 Mandate im Abgeordnetenhaus. Fast 70 Prozent der Deutschen in der Tschechoslowakei gaben ihr ihre Stimme; die Henleinleute bewiesen also, daß sie die deutsche Minderheit in der ČSR unter Kontrolle hatten. Das zeigte sich auch an der Zahl der Mitglieder: im Januar 1935 hatte die Organisation (damals noch SHF) 107.785 Mitglieder, neun Monate später betrug die Zahl der SdP-Mitglieder 384.392, und im Dezember 1936 war sie auf fast eine halbe Million angewachsen.

Wer finanzierte die Sudetendeutsche Partei

Geld ist der Lebenssaft jeder politischen Partei. Die Sudetendeutsche Partei und ih-

re Vorgängerin Sudetendeutsche Heimatfront bezogen es aus verschiedenen Quellen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Anfänge der Henlein-Bewegung von alten sudetendeutschen Nazis finanziert wurden, konkret von Hans Krebs. Als die SHF dann stärker wurde, flossen ihr aus verschiedenen Quellen Tausende, Hunderttausende und Millionen zu. Grundsätzlich lassen sich bei den Finanzierungsquellen der Henlein-Bewegung zwei Gruppen unterscheiden: einheimische und ausländische, wobei die einheimischen überwogen.

In der ČSR hatte die SdP, wie jede andere politische Partei, legale Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge. Eine weitere, formal ebenfalls legale Quelle bedeutender Summen waren Sammlungen für die sog. Sudetendeutsche Volkshilfe. Durch diese Sammlungen war es möglich, auch große Summen zu beschaffen, vor allem von sudetendeutschen Industriellen (im Jahre 1936 z.B. brachte die „Volkshilfe“ mehr als 14 Millionen Kronen ein). Das Geld, das auf diesem Wege einging, stellte für die SdP ein wichtiges Mittel zur Mitgliederwerbung dar: Arbeitslose konnten eine Unterstützung von der „Volkshilfe“ bekommen – allerdings nur, wenn sie die Beitrittserklärung zur SdP unterzeichneten.

Dauerhafte finanzielle Unterstützung wurde der Sudetendeutschen Partei von der Kreditanstalt der Deutschen angeboten, dem größten deutschen Finanzinstitut in der damaligen ČSR. Dies war Ausdruck des Interesses der sudetendeutschen Unternehmer an der Stärkung der SdP. Denn die schien mit ihren Losungen der „Volksgemeinschaft“ die Probleme der Unternehmer mit den potenziell revoltierenden Arbeitern zu lösen. Repräsentanten des sudetendeutschen Kapitals nahmen im übrigen auch bedeutende Positionen in der SdP ein. So war z.B. der Vizepräsident des Tschechoslowakischen Verbandes der Industriellen und Vorsitzende des Deutschen Hauptverbandes der Industrie, Alfred Rosche, Mitglied der SdP-Führung und seit 1935 auch Abgeordneter dieser Partei. Gustav Peters war ebenfalls Funktionär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie und Mitglied der SdP-Führung, und auch der Wirtschaftssekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie, Karl Janovsky, spielte eine wichtige Rolle in der SdP.

Eine bedeutende Geldquelle der SdP waren großzügige und vor der Öffentlichkeit sorgfältig verheimlichte „Spenden“ von einer ganzen Reihe sudetendeutscher Unternehmer, in deren Kreisen die Unterstützung der SdP eine Prestigeangelegenheit war. Die Höhe dieser Geldgeschenke und die Identität der Spender werden wohl für immer geheim bleiben, doch war die freigebige Hand einiger von ihnen (Liebig, Richter, Kunert u.a.) seinerzeit ein offenes Geheimnis.

Eine brennende Frage für die Henlein-Partei war die finanzielle Unterstützung aus Deutschland. Die dortigen Quellen, die zur Zeit der SdP-Gründung nicht besonders ergiebig gewesen waren, flossen von Jahr zu Jahr üppiger. In den ersten Jahren kam das Geld vor allem von Institutionen, deren Zweck darin bestand, die deutschen Minderheiten außerhalb des Deutschen Reiches im Sinne der großdeut-

schen Politik zu beeinflussen. An erster Stelle sind hier der Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) und der Volksdeutsche Rat (VR) zu nennen. „Mir ist bekannt, daß der VDA die Sudetendeutsche Partei bzw. Henlein finanziell unterstützt hat. Die Höhe der Summen kann ich jedoch nicht angeben, weil Henlein das Geld kassierte“, sagte K. H. Frank nach dem Krieg.⁴⁹ Im Mai und Juni 1934 z.B. stellte der VDA – unter Vermittlung der deutschen Botschaft in Prag – über 70.000 Kronen für den Aufbau der SHF zur Verfügung.⁵⁰

Im Laufe der Entwicklung beteiligten sich an der Finanzierung der Henlein-Bewegung auch verschiedene Reichsministerien: das Innen- und das Propagandaministerium, vor allem aber das Außenhandelsministerium. Letzteres war u.a. dafür verantwortlich, daß vor den Wahlen von 1935 auf verschiedenen Umwegen 300.000 Reichsmark in den Wahlfonds der SdP flossen. Bis zum August 1938 stellte dann Ribbentrops Auswärtiges Amt der SdP monatlich 15.000 Mark zur Verfügung.

Die staatliche Deutsche Stiftung, deren Hauptaufgabe in der Unterstützung der Kultur der deutschen Minderheiten bestand, finanzierte die deutschen Theater in der ČSR, die mit der SdP zusammenarbeiteten – konkret waren dies die Theater in Eger/Cheb und in Teplitz/Teplice; beide bekamen im Jahre 1935 je 25.000 Mark.⁵¹

Eine bedeutende inoffizielle und vor der Öffentlichkeit geheim gehaltene Möglichkeit zur Finanzierung der SdP stellte die Übernahme von Bürgschaften für deren finanzielle Verpflichtungen im Reich dar, sei es für Warenlieferungen oder für geleistete Dienste. Das wichtigste Beispiel hierfür dürfte die Unterstützung des Reiches bei der Gründung der Tageszeitung „Die Zeit“ gewesen sein. Die deutsche Firma Hissa (Film-Vertrieb GmbH) übernahm im Jahre 1935 eine Bürgschaft für den Kauf einer ganzen Druckerei, die dann in den Räumen des Prager SdP-Sekretariats (in der Hybernská Nr. 4) eingerichtet wurde. Als einmalige Anlaufhilfe erhielt „Die Zeit“ 250.000 Mark aus Deutschland, danach wurde sie aus derselben Quelle regelmäßig mit 10.000 Mark monatlich unterstützt.⁵²

Die Mittel, die ihr von ihren einheimischen Anhängern und aus Deutschland zufließen, verschafften der SdP erhebliche Vorteile gegenüber den anderen politischen Parteien in der ČSR und ermöglichten ihr so ihre antitschechoslowakische Tätigkeit.

Die Krise in der SdP

Der Wahlsieg der SdP ließ ein bis dahin nur leicht durchschimmerndes Problem aufbrechen, dessen Zuspitzung zeitweise die schiere Existenz der SdP bedrohte. Mit großer Macht drängte der Konflikt zwischen den KB-Schülern und den sog. orthodoxen Nazis, die sich in dem informellen „Aufbruch-Kreis“ (AK) organisiert hatten, an die Oberfläche. Zwar wurde der Konflikt besonders von Seiten des AK

ideologisch begründet, doch handelte es sich im wesentlichen um einen Machtkampf um den politischen Einfluß, nicht zuletzt, weil dieser mit materiellen Vorteilen verbunden war. Hans Krebs sagte nach dem Krieg: „Es ist aber später zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, da viele alte Nationalsozialisten in den Hintergrund gedrängt, ja sogar wirtschaftlich und persönlich unmöglich gemacht worden waren und die neuen, meist sehr jungen SdP-Amtswalter in einem Maße rücksichtslos vorgingen, wie dies in der alten DNSAP nie geduldet worden wäre.“⁵³

Während die KB-Zöglinge die Führung der SdP übernahmen, hatten die ehemaligen Mitglieder der DNSAP nicht unbedeutende Positionen auf Orts- und Bezirksebene, also in der „Peripherie“, inne. Dies verstärkte den allgemeinen Widerspruch zwischen KB und AK und sorgte für permanente Spannungen in der SdP. Beide Seiten trugen den Konkurrenzkampf mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln aus, einschließlich Denunziation, anonymer Briefe und persönlicher Beleidigungen und Angriffe. Kurz nach den Wahlen von 1935 erschien z.B. eine Broschüre, geschrieben und herausgegeben von „Jemand“, mit dem Titel „Was ist der KB? Der Kameradschaftsbund. Entlarvung einer Clique“. Darin wurden der Einfluß von W. Brand und H. Rutha in der SdP kritisiert und verschiedene ideologische Positionen des KB angegriffen.

Als sich die Auseinandersetzungen im Jahre 1936 zuspitzten, geriet die Partei in eine ernste Krise. In diesem Jahre war nämlich das dreijährige Betätigungsverbot für die ehemaligen Abgeordneten der DNSAP abgelaufen, und diese sehnten sich geradezu nach Funktionen. Henlein bemühte sich zunächst, die Opposition durch Ausschluß ihrer Mitglieder aus der SdP und Stärkung der KB-Anhänger in der Parteiführung auszuschalten. Dann versuchte er, offenbar unter dem Einfluß seiner Berater, zu lavieren. Er suchte nach Kompromissen und bot einigen Mitgliedern der Opposition hohe Funktionen an. Durch Kompromisse ließ sich die Opposition, die sich einer starken Unterstützung im Reich – besonders in Kreisen um den Chef des Sicherheitsdienstes, Heydrich – erfreute, nicht zufriedenstellen, und ihre unerfüllten Ambitionen bedrohten zuletzt sogar Henleins Stellung.

Von den Angriffen der Opposition, die sich gegen bestimmte Personen richteten, war in erster Linie Walter Brand betroffen. In ihm sahen die Orthodoxen die Schlüsselfigur, über die der KB seinen Einfluß in der SdP durchsetzte. Ihm wurde auch die Hauptschuld daran zugeschrieben, daß Henlein seine Versprechungen aus dem Jahre 1933 nicht gehalten und den bewährten alten Nazis keine einflußreichen Funktionen übertragen hatte. Henlein stellte sich zunächst vor seinen großen Berater, aber die Auseinandersetzung entwickelte sich insgesamt zum Nachteil der KB-Anhänger. Im Juli 1936 mußte Brand alle politischen Ämter abgeben, und kurz darauf reiste er als Auslandskorrespondent der „Zeit“ nach Großbritannien.

Die Anhänger des KB zogen sich zurück, und die Opposition nahm ihre Plätze ein. Der Konflikt setzte sich jedoch fort, und Henlein, defätistisch und vorsichtig,

rechnete nicht mehr mit seinen Beratern von gestern. Zu einer drastischen Maßnahme griff die frühere Opposition im Herbst 1937 – dem Jahr ihres Triumphes: Sie spielte der tschechoslowakischen Polizei kompromittierendes Material über Heinrich Rutha zu, und dieser wurde, zusammen mit einigen weiteren jungen Mitgliedern der SdP, wegen Homosexualität und Verführung Minderjähriger verhaftet (Ruthas ebenso wie Brands Homosexualität war ein offenes Geheimnis). Unter Hinweis auf das „moralische Profil“ von Rutha und anderen wurde erneut die Akzeptabilität der Ideologie des KB und der mit ihm verbundenen Personen, inklusive Henlein, in Frage gestellt. Die Opposition initiierte sogar eine Personaldiskussion mit der Begründung, man brauche einen neuen Führer. Die deutsche Vertretung in Prag bat in ihren Berichten nach Berlin um Intervention des Reiches, um das zerstrittene Lager der Irredentisten zur Ruhe zu bringen. Am 5. November 1937 beging Rutha in der Untersuchungshaft Selbstmord. Henlein lehnte es ab, am Begräbnis des Mannes teilzunehmen, der noch kurz vorher sein bester Freund und Berater gewesen war.⁵⁴ Um seinen angeschlagenen Ruf wieder aufzupolieren, schrieb er einen langen Brief an Hitler. Dieser trug die Überschrift „Bericht für den Führer und Reichskanzler über aktuelle Fragen der deutschen Politik in der Tschechoslowakischen Republik“ und diente vor allem seiner Verteidigung und seinem persönlichen Bekenntnis zum Nazismus. (Siehe Dokumentenanhang S. 79ff) Henlein schrieb u.a.: „Das Sudetendeutschtum ist heute nationalsozialistisch ausgerichtet und in einer umfassenden, einheitlichen, führungsmäßig aufgebauten, nationalsozialistischen Partei organisiert ... Das Sudetendeutschtum ist sich der besonderen politischen Aufgabe gegenüber dem antideutschen Auftrag und der vom Westen und vom bolschewistischen Osten her bestimmten Politik der Tschechoslowakei bewußt und will Faktor der nationalsozialistischen Reichspolitik sein ... Die SdP muß ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung und als politischem Prinzip tarnen. Als Partei im demokratisch-parlamentarischen System der Tschechoslowakei muß sie sich nach außen, in mündlichen und schriftlichen Äußerungen, in Kundgebungen und in der Presse, im Parlament, in ihrem eigenen Aufbau und bei der Organisation des Sudetendeutschtums der demokratischen Terminologie und demokratisch-parlamentarischer Methoden bedienen. Sie kann deshalb nichteingeweihten reichsdeutschen Kreisen als zwiespältig und unverläßlich erscheinen ... Die Zwiespältigkeit im äußeren Bild der SdP wird vertieft durch den Umstand, daß sie innerlich nichts mehr ersehnt als die Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich, daß sie aber nach außen hin für die Erhaltung der Tschechoslowakei und die Integrität ihrer Grenzen eintreten und versuchen muß, ein real erscheinendes innerpolitisches Ziel für ihren politischen Kampf herauszustellen.“⁵⁵

Der Streit der verschiedenen Gruppen innerhalb der SdP bedrohte die Handlungsfähigkeit der Partei. Dies paßte nicht in die Pläne der Nazis, die Tschecho-

slowakei zu liquidieren. Auf direkte Intervention Hitlers beruhigte sich die Situation Ende Februar 1938. Die Auseinandersetzungen endeten vorläufig mit einem Kompromiß: Henlein und bedeutende Persönlichkeiten aus dem KB (mit Ausnahme von Brand) blieben auf einflußreichen Posten, aber auch die aus dem AK stammenden Mitglieder bekamen Zugang zu wichtigen Funktionen.

Der Konflikt zwischen KB und AK hatte jedoch später noch weitere Folgen. Im Jahr 1939 wurden die ehemaligen führenden KB-Leute aus allen Parteiämtern entfernt, und einige von ihnen wurden aufgrund von Beschuldigungen wegen Homosexualität verhaftet (betonen wir diese Tatsache, sie wirft ein Licht auf die in sudetendeutschen Kreisen beliebte Darstellung des KB als fast antinazistische Organisation!). Insgesamt wurden 36 Männer vor Gericht gestellt, die bis dahin einflußreiche Mitglieder der SdP und – seit dem 1.11.1938 – der NSDAP gewesen waren. Zwanzig von ihnen wurden verurteilt, sechs amnestiert (unter ihnen der spätere Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Becher). Die Übrigen wurden entlassen. Die härtesten Strafen wurden gegen Walter Brand und Josef Suchy verhängt, die bei ihren Rivalen vom AK als besonders fähig und gefährlich galten. Die beiden landeten, ebenso wie eine ganze Reihe unbequem gewordener Nazis, im Konzentrationslager – Suchy vorübergehend, Brand bis zum Ende des Krieges. Die Tatsache ihrer Haft verwenden Ideologen der Landsmannschaft als „Beweis“ des Widerstandes der Betroffenen gegen das nazistische Regime. So z.B. anlässlich des 50. Jahrestages der offiziellen Gründung des Witikobundes, der – wie wir noch sehen werden – die Traditionen des KB ebenso wie die des AK nahtlos fortsetzt und in der Sudetendeutschen Landsmannschaft dieselbe Rolle spielt wie seinerzeit der KB in der damaligen SHF bzw. SdP. Der Nestor des sudetendeutschen Nazismus, Siegfried Zoglmann (ein ehemaliges DNSAP-Mitglied, später Führer der Hitlerjugend im Protektorat, SS-Offizier, seit Jahrzehnten bedeutender Aktivist von Witikobund und Landsmannschaft), wies in seiner Rede die „propagandistische Lüge“ zurück, der Witikobund rekrutiere sich aus den Reihen ehemaliger DNSAP- bzw. NSDAP-Mitglieder. Das genaue Gegenteil sei zutreffend, erklärte Zoglmann. „Sowohl Dr. Walter Becher als auch Dr. Walter Brand, die beiden Gründerväter, wurden als Gegner des Nationalsozialismus in Konzentrationslagern inhaftiert.“⁵⁶

Nach dem „Anschluß“ der Grenzgebiete orientierte die Sudetendeutschen Partei auf die Übernahme in die NSDAP (offiziell ab 1. November 1938). Noch vor dem Münchner Diktat spielten sich die folgenden bemerkenswerten Ereignisse ab: Im März 1938 traten mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei alle anderen noch existierenden deutschen Parteien (d.h. die Bund der Landwirte, die Deutsche Gewerbetarbeitspartei und die Christlichsoziale Volkspartei) der SdP bei. Am 23./24. April 1938 fand in Karlsbad/Karlovy Vary ein Parteitag der SdP statt. Hier sprach Henlein die sog. Karlsbader Forderungen aus. Sie richteten sich an die tschecho-

slowakische Regierung, waren aber Bestandteil der von Hitler diktierten Taktik, die Forderungen an den tschechoslowakischen Staat ständig zu steigern. Bei diesem Parteitag sprach jedoch nicht nur Henlein, sondern es kamen auch andere SdP-Funktionäre zu Wort. So z.B. Wilhelm Sebekovsky (nach dem Krieg ebenfalls Mitgründer des Witikobundes), der bei dieser Gelegenheit Thesen über einen angeblichen positiven historischen Einfluß des Deutschtums auf das tschechische Volk äußerte (Thesen, so möchte ich hinzufügen, die auch der aktuellen Publizistik der Sudetendeutschen Landsmannschaft entnommen sein könnten). Er erklärte: „Die leidenschaftliche Beharrlichkeit, mit der man sich aus dem Einflußkreis deutscher Kultur und deutscher Lebensanschauung zu lösen versuchte, dieser ganze unorganische und gewaltsame ‚Emanzipations‘-Prozeß konnte natürlich auf die Dauer zu nichts anderem führen als zu einer wesentlich negativen, einseitig polemischen Haltung des Mißtrauens und der Gegnerschaft gegen das Deutschtum, obgleich dessen natürliche und geschichtlich gegebene geistige Vorrangstellung den Tschechen den Zutritt zur abendländischen Kulturwelt überhaupt erst ermöglicht hatte.“⁵⁷

Henlein nannte seine Rede heuchlerisch: „Wir wollen nur als Freie unter Freien leben.“ Den acht eigentlichen „Karlsbader Forderungen“ war die Forderung an den tschechoslowakischen Staat und seine Vertreter vorangestellt, eine „dreifache Revision“ vorzunehmen: „1. Revision des [tschechischen] Geschichtsmythos, 2. Revision der Auffassung vom Bollwerk gegen das Deutschtum, 3. Revision der außenpolitischen Stellung“ (der ČSR). Dann folgten die eigentlichen Karlsbader Forderungen:

1. Herstellung der vollen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volke im Staate.

2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staate.

3. Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.

4. Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt.

5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben.

6. Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden.

7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte.

8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.“⁵⁸

„Die deutsche Weltanschauung“ wurde mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt, und Henlein erklärte, „die seelische und geistige Wiedergeburt des deutschen

Volkes⁵⁹ habe sich im Nationalsozialismus vollzogen. Er fuhr fort: „... die nationalsozialistische Weltanschauung weiterhin unter Strafsanktionen stellen zu wollen, wäre daher ebenso sinnlos und fruchtlos, wie den Sudetendeutschen zu verbieten, sich als Deutsche zu fühlen.“⁶⁰

Die historische Mission der Sudetendeutschen Partei, die sich in den Intentionen der großdeutschen nazistischen Politik erfüllte, endete mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei – des letzten demokratischen Staates in Mitteleuropa – und mit einer Tragödie für das tschechische und im Endeffekt auch für das deutsche Volk. Der bereits zitierte Franz Jesser zog in seinen Erinnerungen lakonisch die Schlußfolgerung: „Wir Sudetendeutschen haben auf Hitlers Karte gesetzt und sind dabei zugrunde gegangen.“⁶¹

Die Wühlätigkeit der sudetendeutschen Irredenta

Die antitschechoslowakische Wühlätigkeit, die von staatsfeindlicher Propaganda bis zu subversiven und terroristischen Aktionen reichte, war ein organischer Bestandteil der gesamten Tätigkeit der sudetendeutschen Irredenta (Befürworter des Anschlusses, von lat. terra irredenta = unerlöstes Land). Diese Tätigkeit begann mit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) und erreichte ihren Höhepunkt im September 1938. Die Arten, Formen und Mittel dieser Tätigkeit wurden durch die politische Lage sowohl in der ČSR als auch in Deutschland und Österreich beeinflusst.

Nicht lange nach dem erfolglosen Sezessionsversuch von 1918 gründeten jene sudetendeutschen Nationalisten, die aus der ČSR nach Österreich geflohen waren, den sog. *Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer*. Das geschah 1919 in Wien, und der erste Vorsitzende dieses Vereins wurde Dr. Philip von Langenhahn. Der Hilfsverein war militant ausgerichtet und bereitete sich auf einen neuen Putsch gegen die Tschechoslowakei vor, der im Herbst 1919 stattfinden sollte. Zu diesem Zweck pflegte er lebhafte Kontakte mit den nationalistischen sudetendeutschen Führern, die in der ČSR geblieben waren. In der ČSR gründete er illegale Zellen, und auf österreichischem Gebiet stellte er eigene militärische Einheiten (sog. Sudeutsche Bataillone) auf. Nach dem Abschluß der Friedensverträge zwischen der ČSR und Österreich bzw. Deutschland ließ der Hilfsverein seine Putschvorbereitungen jedoch fallen und orientierte vor allem auf Wühlpropaganda und Spionage.

Die Tätigkeit des Hilfsvereins wurde stark von DNSAP- und DNP-Politikern beeinflusst. So erklärte zum Beispiel der DNP-Vorsitzende Rudolf Lodgman von Auen 1924, der Hilfsverein müsse sich auf die aktive antitschechoslowakische Tätigkeit konzentrieren und dabei mit den Nazis zusammenarbeiten, die sich im Aufschwung befanden. Vor allem müsse er seine unrealistischen Pläne einer Koordinierung der Politik der deutschen politischen Parteien in der ČSR aufgeben und sich voll auf die Aufgaben konzentrieren, für die der Hilfsverein gegründet worden war: Propagierung der Ziele des deutschen Nationalismus im Ausland und Spionagetätigkeit gegen die ČSR.¹ Letztere stellte im übrigen eine Leidenschaft Lodgmans dar. Selbst auf dem Boden des tschechoslowakischen Parlaments erklärte er feierlich: „Es ist die Pflicht eines jeden Deutschen, in der Tschechoslowakischen Republik Spionage zu üben!“²

Der Hilfsverein hatte auch viele Zweigstellen in Deutschland, insbesondere in Orten entlang der tschechoslowakischen Staatsgrenze. 1925 vereinigten sich die Organisationen in Deutschland und Österreich im *Sudetendeutschen Heimatbund*

(SHB). Dieser hatte seine Zentrale in Wien und gliederte sich in Landesverbände, Gauen und Ortsgruppen. Er pflegte enge Verbindungen zu den Organisationen in Deutschland, die die deutschen Minderheiten beeinflussten, vor allem zum *Verband für das Deutschtum im Ausland (VDA)*. Die SHB-Monatsschrift „Sudetendeutsches Echo“ veröffentlichte im Oktober 1925 eine Erklärung, die von der fiktiven Existenz eines „sudetendeutschen Staates“ ausging, der sich angeblich im Kriegszustand mit der Tschechoslowakei befände.³ Die Erklärung enthielt eine Passage, wonach alle Tschechen, die nach der Gründung der ČSR in das Grenzgebiet gekommen waren, als Ausländer und Feinde zu betrachten seien, mit denen unter veränderten politischen Verhältnissen entsprechend umzugehen sein werde. Jeder Tscheche – so die Erklärung – müsse im Grenzgebiet das Gefühl haben, sich in einem Land zu befinden, wo er nicht willkommen sei und wo überall Gefahren auf ihn lauerten.⁴

Der SHB bildete eigene bewaffnete Truppen, die im Falle eines Krieges mit der Tschechoslowakei eingesetzt werden sollten. Es handelte sich um eine sog. *Sudetendeutsche Legion*, deren Hauptstützpunkte in Bayern lagen.

Die Tätigkeit des SHB wurde von allen bekannten DNSAP- und DNP-Politikern sehr aktiv unterstützt: Knirsch, Jung, Krebs, Lodgman von Auen, Kallina etc. Weit in die Zukunft blickend, erklärte auf einer SHB-Versammlung am 25. Oktober 1930 in Dresden Othmar Kallina (1889-1945), der bei der Geburt der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) dabei gewesen war, in Anwesenheit weiterer nationalistischer sudetendeutscher Politiker, die Sudetendeutschen seien einem zwölfjährigen Vasallentum unterworfen gewesen. Niemals, so Kallina weiter, werde der Kampf für die Selbstbestimmung aufgegeben werden. Der Weg zur Erreichung nationaler Anerkennung und Selbstanerkennung verlaufe über den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich. Nach diesem Anschluß werde für die Sudetendeutschen ein großes Aufatmen und dann die Stunde der Freiheit kommen.⁵

Nach dem Beginn der Wirtschaftskrise und unter dem Einfluß der Nazis in Deutschland verschob sich der Schwerpunkt der sudetendeutschen Irredenta von Österreich nach Deutschland. 1932 wurde die SHB-Zentrale von Wien nach Berlin verlegt. Im demselben Jahr griffen die tschechoslowakischen Behörden gegen die nazistische sudetendeutsche Organisation „*Volkssport*“ ein. Diese Sturmtruppe der jungen sudetendeutschen Nazis, bei deren Aufbau ab Mai 1929 die SA als Vorbild diente, wurde als „*Armee des Hakenkreuzes*“ bezeichnet. Offiziell stand an der Spitze des „*Volkssports*“ der DNSAP-Abgeordnete Leo Schubert, doch hinter der Gründung der Organisation steckte Hans Krebs. Organisationsleiter des „*Volkssport*“ war Paul Illing, der nach dem Krieg als Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Erscheinung trat.

Schon im August 1929 nahmen 300 Mitglieder des „*Volkssport*“ am NSDAP-

Parteitag in Nürnberg teil, wo sie unter dem Transparent „Sudetenland treu zu Hitler“ marschierten. Die militärische Ausbildung der „Volkssport“-Mitglieder erfolgte in SA-Einrichtungen in Deutschland. Die staatsfeindliche Tätigkeit der Organisation war so offensichtlich, daß sich die tschechoslowakischen Behörden zu energischem Eingreifen veranlaßt sahen: Der „Volkssport“ wurde aufgelöst, einige Vorstandsmitglieder verhaftet. Das Beweismaterial stammte zum größten Teil vom tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienst. Dessen Chef, František Moravec, bezeichnete den „Volkssport“ als militärische Geheimorganisation mit subversivem Charakter und beschuldigte seine Führer der Organisierung feindlicher Umtriebe gegen die Tschechoslowakische Republik in den Jahren 1930-1932, der Teilnahme an einer Verschwörung mit Vertretern einer fremden Macht sowie der Werbung, Ausbildung und Organisierung bewaffneter Einheiten zum Zwecke eines Umsturzes.⁶

Der Prozeß gegen den „Volkssport“ war, wie Moravec hinzufügte, eine politische Sensation, denn zum ersten Mal in der Geschichte der Tschechoslowakei saß eine politische Partei (die DNSAP) auf der Anklagebank.⁷

Ab Anfang 1933 konnte der SHB einen starken Aufschwung verzeichnen. Er wurde zur zentralen Agentur der Sudetendeutschen im Deutschen Reich. Die Schlüsselpositionen im SHB hatten die sudetendeutschen Naziführer inne, die nach der Auflösung der DNSAP im Herbst 1933 nach Deutschland geflohen waren (vor allem Hans Krebs). Auch Konrad Henlein pflegte Kontakte zu den Spitzen des SHB. Den Informationen des tschechoslowakischen Konsulats in Leipzig (das einen Informanten in der SHB-Führung hatte) zufolge betrachteten die Führer der sudetendeutschen Irredenta im Ausland Henlein als „ihren Mann“ und seine Bewegung als Parallelaktion zu ihrer irredentistischen Bewegung.⁸

Der Einfluß des SHB wurde jedoch geschwächt, als die NSDAP und die SS in die Leitung der sudetendeutschen Irredenta eintraten. 1934 entstand die *Auslandsorganisation der NSDAP (AO)*, die Nazis mit deutscher Staatsangehörigkeit in Nachbarländer einschleuste und eine subversive Tätigkeit gegen diese Länder entwickelte. Die AO-Sektion für die ČSR (die Landesleitung für die Tschechoslowakei) hatte ihren Sitz in Waldsassen (Bayern). Als Sonderamt der NSDAP/AO wurde im September 1936 die *Sudetendeutsche Kanzlei* eingerichtet; diese stand in engem Kontakt nicht nur zur NSDAP, sondern auch zu SS, SA und Gestapo.

Als weitere Institution zur Unterstützung antitschechoslowakischer Aktivitäten gründeten die Nazis in Deutschland die *Sudetendeutsche Kontrollstelle* mit Zweigstellen in Dresden und Passau. Alle Sudetendeutschen, die aus der ČSR flohen, mußten diese Kontrollstelle passieren, an deren Spitze der erfahrene Geheimdienststoffizier Major Krichbaum stand. Sie wurden dort nach politischen und rassistischen Kriterien überprüft, und die Informationen, die die Kontrollstelle dabei

von den Flüchtlingen erhielt, wurden an den Sicherheitsdienst (SD) weitergegeben.

Ende 1936 begann die SS (bzw. der SD), sich intensiv auf dem bis dahin weitgehend ignorierten Gebiet der Leitung und Ausnutzung der deutschen Minderheiten für die Ziele der nazistischen Expansionspolitik zu betätigen. Das Jahr 1936 kann als Meilenstein in der Entwicklung der nazistischen Außenpolitik bezeichnet werden: Am 7. März besetzten die Nazis das Rheinland. Sie griffen in den Spanischen Bürgerkrieg ein und mischten sich immer dreister in die inneren Angelegenheiten der ČSR ein. Heydrichs SD griff kräftig in die Auseinandersetzungen innerhalb der Sudetendeutschen Partei (SdP) ein, zugunsten der orthodoxen Nazis, d.h. des Aufbruch-Kreises. Aus diesem Milieu gewann der SD Mitarbeiter, und mit dem Sieg der „Orthodoxen“ über den „Kameradschaftsbund“ verstärkte sich sein Einfluß in der SdP-Führung.

Der SD interessierte sich vor allem für die sudetendeutschen Hochschüler, die die tschechische Sprache beherrschten. Aus dieser Perspektive stellten die Prager Vereinigungen der deutschen Hochschüler ein sehr wichtiges Rekrutierungsfeld für SD-Mitarbeiter dar; dies galt vor allem für die Korporation („Freischar“) *Ramphold Gorenz*. (Der Name hatte eine symbolische Bedeutung: der Deutsche Ramphold Gorenz kämpfte im 15. Jahrhundert gegen die Hussiten.) Die genannte Korporation war bereits 1926 von dem bekannten sudetendeutschen Nazi Ferdinand Fischer gegründet worden. Fischer wurde nach dem 15. März 1939 Mitarbeiter der Gestapo in Prag und gehörte dem engeren Freundeskreis von Karl Hermann Frank an. Selbstverständlich war er nach dem Krieg Mitglied im Witikobund. „Ramphold Gorenz“ war eigentlich der akademische Zweig des Aufbruch-Kreises. Zu ihren Führern gehörte neben Fischer auch Rudolf Meckel.

Als Mitglied der Korporation „Ramphold Gorenz“ ist Rudolf Lodgman von Auen jr. (geb. 1912) zu nennen, der in Prag Medizin studierte und einen „Sturm“ nazistischer Studenten anführte. Gleichzeitig wirkte er als SD-Agent. Lodgman von Auen jr. war ab November 1938 Mitglied der NSDAP (Nr. 6762497) und Inhaber der „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“. Am 16. März 1939 wurden in Prag zwanzig Mitglieder von „Ramphold Gorenz“ feierlich von Hitler, Himmler und Heydrich empfangen und zur Belohnung für ihre Dienste sofort in den SD übernommen.

Auch aus anderen Prager Vereinigungen (sudeten)deutscher Hochschüler rekrutierten die nazistischen Geheimdienste ihre Mitarbeiter. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die *Freischar Egerland*. Zu deren Mitgliedern zählte z.B. Dr. Herbert Böhrsch, der spätere SD-Chef in der Slowakei. Böhrsch gehörte in den dreißiger Jahren zu dem illustren Kreis von Personen, die von SdP-Funktionären (in diesem Fall Dr. Josef Suchy, Mitglied der zentralen SdP-Führung) auf eine subversive Tätigkeit gegen die Tschechoslowakei vorbereitet wurden. Von der

Infiltration der Henleinbewegung durch den SD zeugt auch die Tatsache, daß nach dem Münchner Diktat mindestens 65 SdP-Funktionäre in den SD übernommen wurden.⁹

Ein wichtiger Helfer des SD (aber auch anderer nazistischer Geheimdienste) war der spezielle sudetendeutsche Nachrichtendienst „*Brass-Agentur*“, dessen Name auf seinen Gründer und Chef Dr. Ernst Brass (1913-1974) zurückging. Dieser gehörte zu dem kleinen Kreis der Gründungsmitglieder der SHF und diente u.a. dem bekannten SdP-Politiker Ernst Kundt als persönlicher Sekretär. Die „*Brass-Agentur*“ war als besondere Abteilung des legalen deutschen Prager Zeitungsdienstes getarnt, und sie entwickelte schon lange vor dem 15. März 1939 eine rege Spionagetätigkeit. Zu ihren Mitarbeitern zählten u.a. der bekannte nazistische Journalist Max Karg, K. H. Franks künftiger Schwager Dr. Blaschek sowie Dr. Richard Schneider, Georg Schneider und Karl Ansorge. Zu Beginn der nazistischen Okkupation bildete die „*Brass-Agentur*“ den ersten Stützpunkt des SD in Prag, bis dieser seine eigenen Strukturen entwickelt hatte.¹⁰

Während der SD als erstes das politische Milieu unter seine Kontrolle brachte, das in Opposition zum Kameradschaftsbund und dessen alleinigem Führer Henlein stand, interessierte sich der militärische Geheimdienst („*Abwehr*“) unter Admiral Canaris primär für die Spann-Anhänger (auch Henlein wurde angeblich ein Agent der *Abwehr*). Die Orientierung auf die KB-Mitglieder, die einige Jahre lang de facto die SdP geführt hatten, beruhte angeblich darauf, daß man der deutschen Minderheit für den Fall eines Krieges mit der Tschechoslowakei eine einheitliche und sichere Führung geben wollte.

Spionage

Bei ihrer Spionagetätigkeit zugunsten der nazistischen Geheimdienste bedienten sich die SdP-Anhänger (und letzten Endes die Partei selbst) – wie üblich – legaler und illegaler Mittel.

Auf legalem Wege wurden in großem Umfang Informationen gesammelt, die nützlich erschienen. Diese zentral geleitete und systematisch durchgeführte Erhebung statistisch auswertbarer Daten bezog sich auf alle fundamentalen Bestandteile des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der ČSR einschließlich militärischer Angelegenheiten, Infrastruktur und politischer Gegner. Als Quelle derartiger Informationen dienten Presse, Rundfunk, sonstige Publikationen, öffentliche Versammlungen von Parteien und anderen Organisationen usw. Diese Informationen, ergänzt durch eigene Spitzelberichte, dienten vor allem der antitschechoslowakischen Propaganda. Eine wichtige Rolle bei dieser Tätigkeit spielten die sog. Pressewarte der SdP, die auch als „*Nachrichtendienstoffiziere der Bewegung*“ bezeichnet wurden.

Neben der „legalen“ nachrichtendienstlichen Tätigkeit entwickelte die SdP eine

umfangreiche und agile geheime Spionagetätigkeit. Ab 1935 (Wahljahr) baute die SdP hierfür einen speziellen Apparat auf, der von der zentralen Leitung bis zu den Ortsgruppen reichte. Dieser Apparat wurde durch die sog. Statistische Abteilung (interne Bezeichnung: „Wehrpolitisches Amt“) geleitet, an deren Spitze Fritz Köllner stand. Im Sommer 1937 berichtete die tschechoslowakische Spionageabwehr: „Aus verschiedenen Meldungen und Nachrichten ist zu schließen, daß bei der SdP ein Geheimdienst eingerichtet wurde, der ähnliche Aufgaben zu erfüllen hat wie die entsprechende NSDAP-Gliederung in Deutschland, also nachrichtendienstliche. Es ist auch bewiesen, daß dieser Dienst organisiert ist.“¹¹

Der Geheimdienst der SdP sammelte Informationen über die Armee, die Polizei, die Gendarmerie, die Zollbeamten und die Grenzbefestigungen der Tschechoslowakei; die Henlein-Leute verfolgten Kommunisten und Sozialdemokraten, Tschechen im Grenzgebiet und Emigranten aus Deutschland. Sie infiltrierten auch andere deutsche Parteien in der ČSR. Alle wesentlichen Informationen wurden nach Deutschland geschickt.

Zweiter Bestandteil der Spionagetätigkeit der Henlein-Anhänger war ihre direkte persönliche Anbindung an die nazistischen Geheimdienste – SD, Abwehr und Gestapo. Ab 1934 registrierte die tschechoslowakische Spionageabwehr eine stetige starke Zunahme der Spionagetätigkeit der Henlein-Leute zugunsten dieser Geheimdienste. 1935 konstatierte ein militärisches Fachgutachten zu einem Spionagefall, daß der reichsdeutsche Nachrichtendienst auf dem Gebiet der Tschechoslowakei eine ganze Reihe von Mitarbeitern angeworben hatte. Die meisten von ihnen kamen aus den Reihen der ehemaligen DNSAP-Mitglieder, die mittlerweile zum großen Teil in die SHF eingetreten waren. Diese Personen arbeiteten sowohl aus Überzeugung als auch für Geld für die Nazis. Sie lieferten Nachrichten aller Art für die Gestapo und zugleich für die Reichswehr. Diese Agenten organisierten auch auf dem Gebiet der ČSR einen sog. Abwehrdienst.¹²

Im Jahr 1937 wurden in der ČSR einige hundert Personen wegen Spionage für Deutschland verurteilt. Allein im Zeitraum vom 26. Oktober bis zum 10. November 1937 wurden 24 Nazi-Spione bestraft. Auch Dr. Josef Suchy, damals Mitglied der zentralen SdP-Führung, wurde der Verbindungen mit dem nazistischen Geheimdienst und der Organisation von Spionage- und Freischärlergruppen überführt. Im Auftrag des nazistischen Geheimdienstes organisierte Dr. Suchy junge, als politisch zuverlässig geltende Sudetendeutsche und bereitete sie auf eine subversive Tätigkeit gegen die ČSR vor. Einer der Teilnehmer an Suchys „Diversionskursen“ war der schon genannte H. Böhrsch. Nach dem Krieg trafen sich Suchy, Böhrsch und andere sudetendeutsche „Geheimdienstler“ im Witikobund und in der Sudetendeutschen Landsmannschaft wieder.

Wie aus den Unterlagen der Staatsanwaltschaft Pilsen/Plzeň über Verfahren wegen des Vorwurfs des „militärischen Verrats“ im Jahre 1938 hervorgeht, war ein

gewisser Alois Grillmeier derjenige, der wegen der am längsten andauernden Spionagetätigkeit und sonstiger subversiver Aktivitäten gegen die ČSR angeklagt wurde (zumindest im Zuständigkeitsbereich der genannten Staatsanwaltschaft). Der ehemalige Major der k.u.k. Armee aus Oberlohma/Horní Lomany bei Eger/Cheb fungierte im Auftrag Henleins als Führer der „Frontkämpfer“ in der SdP und gründete u.a. die illegale bewaffnete Organisation „Sudetendeutsche Irredenta“ (SUDI).¹³

1935 wurde die Zeitschrift „Aufbruch“ amtlich eingestellt, weil ihr Herausgeber Otto Knahl, bis 1933 Mitglied der DNSAP, danach der SHF bzw. SdP, wegen Spionage für Deutschland verhaftet wurde.

Generell ist – mit den Worten des tschechischen Historikers Jaroslav Koutek – festzustellen, daß „die Henlein-Partei eine bedeutende Spionageagentur Nazi-deutschlands in der Tschechoslowakei darstellte. Ihre Tätigkeit war für die ČSR umso gefährlicher, als es sich um eine starke Partei handelte, deren Mitglieder massenhaft Spionage- und Wühltätigkeit betrieben.“¹⁴

Antitschechoslowakische Propaganda

Als weiteren Bestandteil ihrer subversiven Tätigkeit betrieb die sudetendeutsche Irredenta antitschechoslowakische Propaganda, und zwar sowohl auf dem Gebiet der ČSR als auch im Ausland. Die antitschechoslowakische Propaganda im Inland, die mit Hilfe illegaler Mittel durchgeführt wurde, war untrennbar mit der Nazi-Propaganda als solcher verbunden. Nazistische Druckschriften, die die Henlein-Leute für die ideologische Beeinflussung der deutschen Minderheit und die Schulung ihrer Anhänger verwendeten, wurden in großem Umfang illegal in die ČSR transportiert oder auf tschechoslowakischem Territorium hergestellt. Ein wichtiges Mittel der Henlein-Propaganda war auch die anonyme „Flüsterpropaganda“, die unter der Bevölkerung einen großen Widerhall fand.

In der Auslandspropaganda der Henlein-Leute spielte Großbritannien eine besondere Rolle. Nach Einschätzung Henleins und seiner Umgebung lag dort der Schlüssel für die erfolgreiche Gewinnung von Hilfe aus dem Ausland. Die Beeinflussung von Politikern und Journalisten sowie auch der breiten Öffentlichkeit in Großbritannien war den Henlein-Leuten den Einsatz vieler Kräfte und Mittel wert. Dabei waren sie, wie die Ereignisse vom Herbst 1938 zeigen sollten, durchaus erfolgreich. Ihre Bemühungen, das „sudetendeutsche Problem“ zu internationalisieren (sog. Auslandsaktion), begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1935.

Im Juli und Dezember 1935 besuchte Henlein Großbritannien, um hier Verbindungen zu politisch einflußreichen britischen Kreisen zu knüpfen, die er für die Unterstützung seiner Politik gewinnen wollte. Bei seinem Besuch im Dezember hielt er einen Vortrag, in dem er die Grundthesen der sudetendeutschen Propaganda formulierte: Die Sudetendeutschen seien 1918 widerrechtlich und gegen ihren Willen in die ČSR eingegliedert worden; die Minderheitenpolitik der tsche-

choslowakischen Regierung sei absolut inakzeptabel, wobei das Problem der Minderheiten (selbstverständlich nur der deutschen) als bedeutendste Frage gerade in Mitteleuropa dargestellt wird.

Henlein hatte bei seinen Reisen durch Großbritannien einen diskreten und zuverlässigen Begleiter: Graham Christie, Oberst des britischen Geheimdienstes „IS“. Christie spielte hinter den Kulissen eine sehr wichtige Rolle dafür, daß Henlein und seine Mitarbeiter von britischen Politikern akzeptiert wurden. In ständiger fester Verbindung mit Christie stand sowohl der außenpolitische Experte der SdP, Heinrich Rutha, als auch (vor allem ab 1937) Walter Brand, der ab April 1937 als Korrespondent der SdP-Tageszeitung „Die Zeit“ und Henleins Beauftragter in Großbritannien tätig war.

Obwohl seine Entsendung ins Ausland im Zusammenhang mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen von seinen Gegnern angestoßen worden war, spielte Brand bei der Herstellung der Konstellation, die schließlich nach „München“ führte, eine bedeutende und unübersehbare Rolle. Nach vielen Jahren noch erinnerten sich die Mitglieder des Witikobundes, daß ihr erster Vorsitzender „der sudetendeutschen Frage eine europäische Dimension gegeben hat“.¹⁵

Im Juli 1936 bereitete Rutha, in Zusammenarbeit mit Christie, für Henlein einen weiteren Besuch in Großbritannien vor. Im Laufe dieser Reise vermittelte Henlein einflußreichen Persönlichkeiten ein mystifiziertes Bild von den Verhältnissen in der ČSR und forderte sie auf, ihren Einfluß auf Präsident Beneš zugunsten der Sudetendeutschen geltend zu machen. Henlein pries dabei den „demokratischen Charakter und die Loyalität“ der Sudetendeutschen Partei. Er drohte, die ČSR könne zu einem „neuen Spanien“ werden, und kritisierte das tschechoslowakisch-französisch-sowjetische Bündnis als eine „Gefahr für den Weltfrieden“. Mit seinen Thesen machte Henlein auch den Staatssekretär im Außenministerium, Robert Vansittart, bekannt. Dieser übermittelte den Inhalt seines Gesprächs mit Henlein dem französischen Außenminister Delbos – zusammen mit der Bemerkung, daß „Henlein Recht“ habe, und der Empfehlung von Zugeständnissen gegenüber seinen Leuten.¹⁶

Vansittart, der wie gesagt in Verbindung mit Rutha und Brand stand, entschied sich auch dafür, die tschechoslowakische Regierung direkt zum Nachgeben zu drängen. Laut eigener Aussagen hoffte der Staatssekretär im britischen Außenministerium, durch Zugeständnisse zugunsten der Sudetendeutschen Partei verhindern zu können, daß sich diese mit Hitler verbinden (!). Im Geist dieser Auffassung wurde auch die britische Öffentlichkeit beeinflußt, so daß Henlein nach seiner Rückkehr von einer weiteren Reise nach Großbritannien im Oktober 1937 (also noch fast ein Jahr vor dem Münchner Diktat) auf dem SdP-Parteitag in Teplitz/Teplice mit großer Genugtuung erklären konnte, die Sympathien Großbritanniens, die vor drei Jahren noch auf Seiten der ČSR gewesen waren, gälten nun-

mehr den Sudetendeutschen.¹⁷

Während Großbritannien, aber auch Frankreich (auch hier wirkte 1938 W. Brand) zum Adressaten sudetendeutscher Propaganda wurden, diente Berlin ihnen als Koordinierungszentrum. Henleins Emissäre, vor allem Brand, pendelten im Viereck Prag-Berlin-London-Paris und schufen, als Ergänzung der außenpolitischen Offensive des „Dritten Reiches“, die internationalen sowie die inneren politischen und organisatorischen Voraussetzungen für die nazistische Aggression.

Im Mai 1938, kurz vor den Kommunalwahlen, war Henlein wieder in Großbritannien. Diesmal traf er außer mit Vansittart auch mit Winston Churchill und anderen Politikern zusammen. Schon vor seiner Reise konnte die deutsche Botschaft in London „eine bedeutende Verschiebung im britischen politischen Denken“ konstatieren.¹⁸

Die Vorbereitungen und der Verlauf der Kommunalwahlen in der ČSR am 22. und 29. Mai und am 12. Juni 1938 waren schon von offenen Konflikten zwischen den Henlein-Leuten und der tschechoslowakischen Staatsmacht geprägt, so daß die Regierung am 20. Mai 1938 die Teilmobilisierung anordnete. Bei den Wahlen entfielen über 80% der in den Grenzgebieten abgegebenen Stimmen auf die SdP.

Der Wahlkampf brachte eine Zuspitzung eines weiteren bedeutsamen Aspektes der Henleinschen Propaganda mit sich: die rasante und systematische Beeinflussung der deutschen Bevölkerung in der ČSR. Diese Beeinflussung bildete einen untrennbaren Bestandteil der psychologischen Kriegsvorbereitungen der Nazis (die Zerschlagung der ČSR war der erste Fall, bei dem die Nazis diese Art der Aggression erprobten). Die ideologische und psychologische Beeinflussung der Bevölkerung erfolgte kontinuierlich und auf vielfachem Wege. In den letzten Monaten vor „München“ nahm sie den Charakter echter Erpressung und skrupellosen Psychoterrors an, verbunden mit „richtigem“ Terror. Die wirksamsten Instrumente des Psychoterrors waren Drohungen (bis hin zur Ankündigung der physischen Liquidierung) und der gesellschaftliche und ökonomische Boykott derjenigen, die noch außerhalb der SdP standen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der „Volksgenosse“ Fabrikant, der Arbeit nur denjenigen gab, die das Beitrittsformular der SdP ausfüllten.

Terror- und Diversionsakte. Das Sudetendeutsche Freikorps

Im August/September 1938 erreichten die Vorbereitungen der Nazis auf eine gewaltsame „Lösung der sudetendeutschen Frage“ ihren Höhepunkt.

Vom 5. bis 12. September 1938 fand in Nürnberg der „Reichsparteitag“ statt, an dem auch die SdP-Führer einschließlich Henlein teilnahmen. Ein wesentlicher Teil von Hitlers Schlußrede bestand hauptsächlich aus Angriffen gegen die Tschechoslowakei. Hitler erklärte u.a.: „Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos, noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.“¹⁹

Unmittelbar nach der Rede Hitlers provozierten die Henlein-Leute im ganzen tschechoslowakisch-deutschen Grenzgebiet Unruhen. „Die SdP sorgte dafür, daß möglichst viele Sudetendeutsche organisiert die Hitler-Rede aus Lautsprechern verfolgten. Sie konnte im Grenzgebiet gut empfangen werden, für diese Hörer war extra der starke Breslauer Sender gebaut worden.“²⁰ Es kam zu zahlreichen Terrorangriffen gegen tschechoslowakische Gendarmen, Soldaten und auch Zivilpersonen mit dem Ziel, massive Gegenmaßnahmen der tschechoslowakischen Staatsmacht auszulösen und damit ein militärisches Eingreifen aus Deutschland zu „rechtfertigen“. Die größte Welle von Unruhen im Grenzgebiet war am 13. September zu verzeichnen: Aus etwa 70 Orten wurden bewaffnete Zwischenfälle gemeldet.

Am folgenden Tage kam in Eger/Cheb die oberste Leitung der SdP zusammen (allerdings ohne Henlein, der sich, wie es seine Art war, bereits mit seiner Familie nach Deutschland abgesetzt hatte) und erklärte die Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung für gescheitert. Nachmittags, kurz nachdem die SdP-Führer nach Asch/Aš abgefahren waren, wo sich Henleins persönliche Kanzlei befand, eröffneten die Henlein-Leute aus dem Gebäude der SdP-Leitung in Eger/Cheb heraus das Feuer gegen tschechische Polizisten. Sie erschossen sechs Personen, darunter drei deutsche Zivilisten.

In den am meisten durch die Unruhen betroffenen Gebieten wurde das Standrecht verhängt, und die tschechoslowakischen Streitkräfte wurden in Bereitschaft versetzt. Aus Angst vor Verhaftung floh die ganze SdP-Führung am Morgen des 15. September nach Deutschland. Dieser Schritt hinterließ bei der sudetendeutschen Bevölkerung einen äußerst negativen Eindruck, man sprach sogar von Verrat. Am 15. März 1938 veröffentlichte Henlein von deutschem Gebiet aus seinen berüchtigten Aufruf „Heim ins Reich!“

Am 16. September wurde die Sudetendeutsche Partei amtlich aufgelöst. Die Flucht der SdP-Führer und das energische Vorgehen der tschechoslowakischen Regierung paralyisierten die Tätigkeit der SdP auf dem gesamten Gebiet der ČSR. Die Henlein-Aktivisten, die in der ČSR geblieben waren, gingen zur konspirativen Tätigkeit über. Der Hauptanstoß terroristischer und subversiver Aktionen sollte jetzt aus Deutschland kommen.

Zwischen dem 12. und dem 17. September 1938 wurden im Grenzgebiet 27 Personen getötet, davon elf Sudetendeutsche. Der deutsche Botschafter in Prag schickte am 17. September ein Telegramm an das Auswärtige Amt in Berlin. Darin teilte er u.a. mit: „1. Stimmung sudetendeutscher Bevölkerung infolge Abreise fast sämtlicher Parteifunktionäre außerordentlich niedergeschlagen. In Asch, Eger und Gegend Karlsbad herrschte gestern und heute völlige Ruhe ... In Selb befindliche SdP-Führung angab, daß sich Konrad Henlein bis heute morgen auf einem Schloß in der Nähe von Selb aufhielt. Gregory [Freiherr von Gregory: Gesandtschafts-

mitglied – E.H.) sprach mit Sebekovsky [SdP – E.H.], der sich über Vertrauenskrise bei sudetendeutscher Bevölkerung durchaus im Klaren ist. Sebekovsky mitteilte, Besuch K. H. Franks bei Führer und Reichskanzler habe Zweck verfolgt, Genehmigung zur Aufstellung sudetendeutscher Legion zu erwirken, um durch neue Aktivität Stimmung deutscher Bevölkerung innerhalb Tschechoslowakei zu heben.“²¹

Am gleichen Tag, dem 17. September 1938, wurde offiziell das *Sudetendeutsche Freikorps (SdF)* gegründet, und zwar nach einem Plan, der am Tag vorher zwischen Hitler und K. H. Frank erörtert worden war. Die Bildung dieses bewaffneten paramilitärischen Korps diene zwei Zielen: Erstens sollte es das verletzte Selbstbewußtsein der Henlein-Leute heben und zur Rückgewinnung des Vertrauens zu ihrer Führung beitragen, und zweitens sollte es ein wirksames Erpressungsinstrument gegen die tschechoslowakische Regierung bilden. Kommandant des SdF wurde Henlein, sein Stellvertreter K. H. Frank.

Der 17. September 1938 ist ein sehr wichtiges Datum – nicht nur aus der Sicht der tschechisch-deutschen Beziehungen, sondern auch aus der Sicht der internationalen Beziehungen überhaupt. In ihrer Note vom 28. Februar 1944 teilte die tschechoslowakische Regierung auf Anfrage des britischen Außenministeriums der britischen, sowjetischen, amerikanischen und chinesischen Botschaft mit, daß sich die Tschechoslowakei seit eben diesem 17. September 1938 – dem Tage, an dem das SdF gebildet wurde – mit Deutschland im Kriegszustand befinde. Mit dessen Angriffen über die Grenze hinweg begann nämlich die Aggression Deutschlands gegen die ČSR. Diese Tatsache sei als Antwort auf die zuweilen geäußerte Behauptung hervorgehoben, zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland habe es keinen Kriegszustand gegeben. Das Gegenteil ist der Fall. Dies wird u.a. dadurch bestätigt, daß die Tschechoslowakei zu den Signatarstaaten der „Deklaration der Vereinten Nationen“ (Washington, 1.1.1942) gehörte. Die Staaten, die sich damals als „Vereinte Nationen“ bezeichneten, befanden sich alle im Kriegszustand mit Deutschland. Auf Grund dieses Kriegszustands wurden auch 1945 die tschechoslowakischen Reparationsansprüche anerkannt.

Am 18. September 1938 gab Henlein sein „Kommando des Sudetendeutschen Freikorps Nr. 1“ heraus. In dessen Einleitung hieß es: „Konrad Henlein hat, um den waffenfähigen Sudetendeutschen, welche von den tschechischen Machthabern verfolgt über die Grenze flüchten mußten, Gelegenheit zu geben, für die Freiheit unserer Heimat zu kämpfen, angeordnet, daß das ‚Sudetendeutsche Freikorps‘ errichtet wird. Der Eintritt in das Freikorps ist freiwillig.“ Ferner ließ Henlein seinen Treuen sagen: „Die oberste Altersgrenze für die Mannschaft wird für den Waffen dienst mit dem 50. Lebensjahre festgesetzt. Für Offiziere und Unteroffiziere besteht keine Altersgrenze. Ebenso können Freiwillige über 50 Jahre auf eigenes Verlangen zu Hilfsdiensten ohne Waffen im Freikorps Verwendung finden. Jeder der Mel-

denden muß zwei Bürgen stellen, die für seine ehrenhafte Gesinnung und mann-
hafte Haltung eintreten.“²²

Zur Zusammenarbeit mit den Reichsstellen führte das Kommando aus: „Das Kommando hat das Einvernehmen mit der politischen Leitung, mit der Wehrmacht, mit der Obersten Stabsführung der SA, mit dem NSKK aufgenommen. Wehrmacht, SA und NSKK werden durch Verbindungsoffiziere bzw. Beauftragte ihrer Führung in ständiger Fühlung mit dem Kommando des Freikorps bleiben.“²³ Verbindungsoffizier zur Wehrmacht wurde der ehemalige Sonderbeauftragte der Wehrmacht beim Reichsjugendführer, Oberstleutnant Koechling, Beauftragter für die SA beim SdF-Stab SA-Gruppenführer Max Jüttner und Verbindungsoffizier zur SS SS-Oberführer Gottlob Berger.

Vor der Alliierten Untersuchungskommission in Nürnberg erklärte Berger am 22.11.1945, er sei als SS-Verbindungsoffizier „für den ganzen Verbindungsdienst zwischen Reichsführer SS Himmler und Henlein verantwortlich“ gewesen und seine Hauptaufgabe habe darin bestanden, „Sudetendeutsche auszuwählen, die für die Mitgliedschaft in der SS oder VT (Verfügungstruppe) in Betracht kamen“. Laut Berger war auch Admiral Canaris, Führer der OKW-Abwehr, „fast jeden zweiten Tag in Donndorf und besprach sich mit Henlein“.²⁴ Einer weiteren denkwürdigen Aussage von Berger zufolge sollten die Freikorps-Gruppen „nur aus Flüchtlingen aus dem Sudetenland, die die Grenze überschritten hatten, zusammengesetzt sein, aber in Wirklichkeit enthielten sie auch Reichsdeutsche mit früherem Dienst in der S.A. u. im N.S.K.K. Diese Deutschen bildeten das Rückgrat des Freikorps.“²⁵

Zum Eintritt in das Freikorps enthielt das Kommando folgende Bestimmungen: „Die Anmeldung zum Freikorps erfolgt bei den von den politischen Leitungen bzw. vom NSV eingerichteten Flüchtlingssammelstellen. Die Erfassung der Freiwilligen, ihre einstweilige Einteilung sowie deren Ausrüstung, Verpflegung und Be-
quartierung haben die SA-Gliederungen im Grenzbereiche übernommen. Demzufolge sind waffenfähige Flüchtlinge bis zum obengenannten Alter, welche sich freiwillig melden, durch die örtlichen SA-Dienststellen im Einvernehmen mit der Politischen Leitung der Zentralsammelstelle im Standartenbereiche der SA zu überweisen.“²⁶ Die SdF-Angehörigen legten einen Eid ab, in dem sie Hitler Treue bis in den Tod schworen.

Im Abschnitt „Bekleidung und Ausrüstung“ lautete das Kommando: „Die Bekleidung des ‚Sudetendeutschen Freikorps‘ wird bestehen aus: 1. Schwarzer Tellermütze mit weißem Vorstoß mit Hakenkreuz aus weißem Metall, am Band schwarz-rot-schwarze Kokarde, 2. Grauer Rock (Bluse) im SA- (SS-) Schnitt, schwarz-rot-schwarzer Spiegel, 3. Schwarze Stiefelhose und Marschstiefel, 4. Graues oder braunes Hemd mit schwarzem Binder, 5. Schwarze Koppel mit Schulterriemen, Pistolen- bzw. Patronentasche, 6. Graue Windjacke, 7. Hakenkreuzbinde am linken Oberarm (ist jedoch nur außer Gefecht zu tragen).“²⁷ Die Bewaffnung sollte „wo-

möglich ... bestehen aus Stutzen (Karabinern), Maschinenpistolen, Maschinengewehren und Handgranaten, im Notfalle auch sonstige Pistolen mit ausreichender Durchschlagskraft“.²⁸

Seiner Organisationsstruktur nach bestand das SdF aus Gruppen, Bataillonen, Kompanien, Zügen und Scharen. Eine Schar hatte bis zu fünfzehn Mitglieder, drei bis fünf Scharen bildeten einen Zug, drei bis fünf Züge eine Kompanie und drei bis sechs Kompanien ein Bataillon. Oberste Organisationseinheit war die Gruppe mit ca. sechs Bataillonen. Es gab zuerst vier Gruppen, später wurde ihre Anzahl auf sechs erhöht (1. Gruppe – Wien, 2. Gruppe – Linz, 3. Gruppe – Bayreuth, 4. Gruppe – Dresden, 5. Gruppe – Hirschberg, 6. Gruppe – Breslau).

Zur Illustration eine Übersicht über die 3. Gruppe – Bayreuth (Stand 21.9.1938): Kommandant war Willi Brandner, Henleins Nachfolger in der „Ascher Turnschule“ (er wurde 1944 als Polizeichef und SS-Brigadeführer in Kroatien getötet), Stabschef Rudolf Dienl, Organisationsführer Toni Sandner, Adjutant Hans Tassar, Ordonnanzführer Bruno Schmidt, Standesführer Franz Hönig, Verwaltungsführer Alois Kaiser, Hauptarzt Dr. Walter Günther. Die Gruppe hatte folgende Bataillone: 1. Bataillon Selb (Kommandant Bachmann) mit Kompanien Selb I (Patscheider), Selb II (Meindl), Hohenberg I (Hetzl), Hohenberg II (Liebscher), Schirnding (Blohm) und Arzberg (Zuber); 2. Bataillon Waldsassen (Umann) mit Kompanien Waldsassen I (Schmeidnitzer), Waldsassen II (Bielek), Waldsassen III (Dr. Habel), Neualbenreuth (Dr. Gatscher); 3. Bataillon Tirschenreuth (Major Thurner) mit Kompanien Mährling (Turba), Griesbach (Hiltscher), Bärnau I (Dr. Nadler), Bärnau II (Ing. May), Bärnau III (Pfeil); 4. Bataillon Vohenstrauß (Riess) mit Kompanien Waidhaus I (Reiss), Waidhaus II (Sporer), Esslarn (Sorger), Stadlern (Wagner); 5. Bataillon Furth im Wald (Gruber) mit Kompanien Waldmünchen (Dr. Rothe), Furth I (Hager), Furth II (Kellner), Rittsteig (Grassl), Lam I (Hacker), Lam II (Purkon); 6. Bataillon Zwiesel (Graf) mit Kompanien Bayerisch Eisenstein (Tauscher), Zwiesel (Seemann), Frauenau (Pösch).

Bestandteil des SdF war das Sudetendeutsche Fliegerkorps, gegründet am 19. September 1938 in Alt-Lönnowitz bei Falkenberg. Das Korps hatte vierundvierzig Männer, darunter zwei Piloten. Achtundzwanzig weitere Piloten wurden vorbereitet.

Einen besonderen und sehr wichtigen Teil der subversiven Tätigkeit des SdF bildete seine nachrichtendienstliche Tätigkeit (Spionage), die auf zwei Ebenen entwickelt wurde: Erstens für eigene Bedürfnisse des SdF bei der Vorbereitung und Auswertung seiner terroristischen Aktionen und Sabotageakte; zweitens für die nazistischen Geheimdienste im Rahmen der allgemeinen Vorbereitungen der Aggression gegen die Tschechoslowakei. Für den Nachrichtendienst des SdF war Richard Lammel (Mitglied der SdP-Hauptleitung) verantwortlich.

Lammel, dessen Spionagezentrale sich im bayerischen Selb (Franz-Heinrich-Str.

21) befand, gab am 19. September 1938 den Befehl „zur Einrichtung des Nachrichtendienstes des Sudetendeutschen Freikorps“ heraus. Dieser Befehl konkretisierte die Spionagetätigkeit des SdF folgendermaßen: „Zweck und Aufgabe: 1. Möglichst von Selb aus die Verbindung mit den Organisationsstellen in der Č.S.R. aufzunehmen. 2. Die Aussagen und Meldungen der Flüchtlinge und Boten zu sammeln, zur Kontrolle und zur Verwertung an die Dienststellen des Reiches und der Presse. Durchführung: Dazu wird errichtet: a) Errichtung einer ‚Zentralstelle‘ in Selb, b) Je eine ‚Dienststelle‘ in Hof, Waldsassen und Dresden, c) Weitere Dienststellen werden noch errichtet.

Die Leitung einer ‚Zentralstelle‘ in Selb übernimmt als Stabschef Dr. Walter Brand. Die Dienststelle in Hof die Kameraden Rudolf Sandner und Dr. Ernst Tscherny. Die Dienststelle in Waldsassen die Kameraden Rudolf Sandner und Anton Langhans. Die Dienststelle in Dresden Kamerad Ing. Wolfgang Richter. Die Verbindung der ‚Zentraldienststelle‘ zur NSDAP, den Gliederungen der NSDAP und zu den Reichsstellen übernimmt und leitet Dr. Fritz Köllner. Die Pressestelle leitet Kamerad Dr. Wilhelm Sebekovsky.²⁹

Die Spionagetätigkeit wurde auch bei jeder Gruppe organisiert. Laut Henleins Kommando Nr. 6 vom 20. September 1938 war „bei jeder Gruppe ... eine Nachrichtenstelle einzurichten, welche von einem Nachrichtenoffizier verantwortlich geführt wird und welcher sich einen Stab aus hierzu besonders geeigneten Kameraden schafft. Die Aufgabe der Nachrichtenstelle ist die Erkundung von militärischen und politisch wichtigen Umständen, Tatsachen und Geschehnissen im sudetendeutschen und im tschechischen Gebiet und die Überbringung solcher verlässlicher Nachrichten an das Kommando des Freikorps.“³⁰

Die ersten größeren Aktionen über die tschechoslowakische Grenze eröffnete das SdF in der Nacht vom 19. September. Tausende SdF-Mitglieder überfielen entlang der ganzen Grenze Zollämter, beschossen tschechoslowakische Grenzstreifen und attackierten auf dem Gebiet der ČSR Tschechen und deutsche Antifaschisten, die noch im Grenzgebiet geblieben waren.

Die Intensität der SdF-Aktionen steigerte sich zunehmend und fand ihren Höhepunkt in der Besetzung einiger Territorien im Grenzgebiet. So besetzte das SdF z. B. in der Nacht vom 21. September den ganzen Ascher Zipfel (Westböhmen). Dabei wurde es sogar von zwei Kompanien der Waffen-SS unterstützt. Hitlerische Streitkräfte operierten somit schon vor dem Münchner Diktat auf tschechoslowakischem Gebiet!

Am 1. Oktober 1938 um 20 Uhr wurde die Tätigkeit des Sudetendeutschen Freikorps, das zu diesem Zeitpunkt 40.884 Mitglieder hatte, beendet. Am Vortag gab der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht eine besondere Anordnung heraus, mit der „das Freikorps Henlein in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei unterstellt wird. Es steht demnach

dem O.K.H. als Truppe für den Einmarsch nicht unmittelbar zur Verfügung, sondern ist wie die übrigen Polizeikräfte im Benehmen mit Reichsführer SS für polizeiliche Aufgaben nachzuziehen.“³¹

Henlein reagierte auf diese Tatsache mit dem Appell: „Kameraden! Es ist die Polizei des Dritten Reiches, mit der ihr unsere Heimat zu schützen haben werdet. Steht zu ihr in aufrichtiger Kameradschaft. Beweist, daß ihr Nationalsozialisten seid!“³²

Am 10. Oktober 1938 wurde das SdF endgültig aufgelöst. Laut Schlußbericht des Oberstleutnants Koechling führte das SdF insgesamt 164 gelungene und 75 erfolglose Aktionen durch, dabei wurden 52 SdF-Mitglieder getötet und 65 verletzt. Vom 18. bis zum 30. September wurden von SdF-Mitgliedern 110 Tschechen und deutsche Antifaschisten ermordet, 50 verletzt und 2029 nach Deutschland verschleppt.³³

Mit den Aktionen des Sudetendeutschen Freikorps gegen die Tschechoslowakei, den letzten demokratischen Staat in Mitteleuropa, erreichte die langjährige konsequente subversive Tätigkeit der sudetendeutschen Irredenta ihren Höhepunkt. In der heutigen Geschichtsschreibung der Sudetendeutschen Landsmannschaft werden Existenz und Wirken des Freikorps aus begrifflichen Gründen bagatellisiert oder völlig verschwiegen. Unter dem Titel „Polemische Abstempelung der Sudetendeutschen“ kann man z. B. lesen: „Das Henlein-Freikorps verübte Terrorakte.“ Bekannt wurden lediglich zwei bewaffnete Grenzverletzungen. Einen Einsatz des mehrere tausend Mitglieder umfassenden Freikorps gab es nicht, obwohl aufgrund der Verfolgungen durch die ČSR-Staatsmacht aus dem deutschen Gebiet ca. 20.000 Sudetendeutsche geflüchtet waren.“³⁴

Muß man sich streiten, ob es sich um Unwissenheit oder um eine bewußte Lüge handelt?

Schlußbemerkungen

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Aufbau von Organisationen der (sudeten)deutschen Umsiedler und Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei in Angriff genommen. Die große Mehrzahl der Initiatoren und Hauptakteure dieses Aufbaus waren ehemalige aktive Nazis: Mitglieder und Funktionäre der Sudetendeutschen Partei und der NSDAP.

Niemand kann leugnen, daß diese Personen entscheidenden Einfluß auf die Ideologie und Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft nahmen, deren Organisationssystem einschließlich sog. Schwesterorganisationen im wesentlichen in den Jahren 1945-1951 geschaffen wurde. Ein nicht wegzudenkender Faktor dabei war der Witikobund. Innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft spielt er eine ähnliche Rolle wie seinerzeit der Kameradschaftsbund in der Sudetendeutschen Partei. Grundvoraussetzung für die Gründung des Witikobundes war die „endgültige Versöhnung“ der ehemaligen Rivalen aus Kameradschaftsbund und Aufbruch-Kreis, die 1947/48 erfolgte (und bewies, daß die früheren Auseinandersetzungen wirklich keinen grundsätzlichen Charakter gehabt hatten). Seit Anfang der fünfziger Jahre bis heute hat der Witikobund entscheidenden Einfluß auf die Tätigkeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft, wobei diese „völkische Elite“ offen an die Traditionen der antitschechoslowakischen irredentistischen Bewegung der dreißiger Jahre anknüpft.

„Der Witikobund wäre ohne die früher in der Heimat bestandenen Gemeinschaften des ‚Kameradschaftsbundes‘, des ‚Aufbruch‘ und der ‚Bereitschaft‘ nicht denkbar ... Die Geschichte dieser Organisationen in der Heimat stellt die ‚Vorgeschichte‘ unseres heutigen Bundes dar,“ schrieb der Mitgründer der Sudetendeutschen Heimatfront, des Witikobundes und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Brand.¹ Ein anderer führender „Witikone“, Konstantin Höss, erklärte: „Die Herkunft des Kernes der Mitgliedschaft ist eindeutig: es sind Menschen der Jugendbewegung, der Schutzverbände, der Turnerschaft, der Freischaren und Gilden unter der Studentenschaft, der Generation, die 1933 und 1935 der Sudetendeutschen Partei zum allumfassenden Durchbruch verhalfen, ... sowie Angehörige der nationalen Parteien und Gewerkschaften des Sudetendeutschtums schon vor 1933. Selbstverständlich waren sie überwiegend auch während des Dritten Reiches an verschiedenen Stellen tätig.“²

Das Anknüpfen an die Henlein-Bewegung ist nicht nur auf ideologischem und politischem Gebiet leicht nachweisbar, sondern auch im personellen und organisatorischen Bereich. Eine enge Verbindung besteht auch in Bezug auf den Begriffs-

apparat, der die politische Terminologie der Sudetendeutschen Landsmannschaft bestimmt. Während der Witikobund offen an Kameradschaftsbund und Aufbruch-Kreis anknüpft, gilt der Sudetendeutsche Rat als eine Fortsetzung des Deutschpolitischen Arbeitsamtes, das Sudetendeutsche Sozial- und Bildungswerk als Nachfolger der „Schutzvereine“ (z.B. Bund der Deutschen) und so weiter.

„Den Jüngeren im Sudetendeutschen Haus an der Hochstraße in München sind meist nicht einmal die Wurzeln jener Wortschöpfungen bekannt, die sie dort erlernten. So zum Beispiel der Begriff ‚sudetendeutsche Volksgruppe‘ oder, wie es in Bayern heißt, ‚sudetendeutscher Stamm‘. Dies sind Kampfbegriffe aus der rhetorischen Rüstkammer des ‚Volkstumskampfes‘, dem Adolf Hitler zu weltweiter Bekanntheit verholfen hat,“ schreibt die Historikerin Eva Hahn.³

Es ist sehr wichtig, die historischen Wurzeln der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu kennen, wenn man deren Charakter und Aufgaben verstehen will. Auch wenn die Sudetendeutsche Landsmannschaft für viele eher eine Randerscheinung darstellt, ist ihr jahrelanger negativer Einfluß auf die deutsch-tschechischen Beziehungen nicht zu übersehen.

Eva Hahn schrieb auch: „Doch vielleicht sollte sich die Landsmannschaft auch einmal fragen, wie sie es denn selbst mit der Aufarbeitung, der Aufklärung der Vergangenheit hält. Wer ‚die historische Wahrheit‘ so gern und laut im Munde führt, darf sich nicht scheuen, einmal in die eigenen Ecken zu leuchten. So ist zum Beispiel auf seltsame Weise in Vergessenheit geraten, warum die Sudetendeutschen denn in der tschechischen Öffentlichkeit als ‚Verräter‘ und ‚Totengräber‘ der ersten Tschechoslowakischen Republik galten.“⁴

Das gilt umso mehr, wenn sudetendeutsche Politiker erklären, daß ihre „Volksgruppe derzeit im fünften Volkstumskampf ihrer Geschichte steht“ – nach der mittelalterlichen Kolonisierung der tschechischen Grenzgebiete, der nationalen Welle des 19. Jahrhunderts, der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und der Vertreibung aus der Tschechoslowakei.⁵ Ziel dieses „Volkstumskampfes“ ist „die bedingungslose Rückgabe des Sudetenlandes“!⁶

DOKUMENTENANHANG

Alle Dokumente stammen aus dem Buch:

Acta occupationis Bohemiae et Moraviae
Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947
Dokumentensammlung,
zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen
von Václav Král

Academia
Verlag der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften,
Prag 1964

Aus dem Aufruf Konrad Henleins zur Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront, Oktober 1933

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Mitte September dieses Jahres traten einzelne Parteiführer an mich mit der Frage heran, ob ich nicht bereit wäre, mich an die Spitze einer großen sudetendeutschen Partei zu stellen, die durch den Zusammenschluß mehrerer bestehender Parteien gebildet werden sollte. Grund zu einem solchen Zusammenschluß sei die bisherige Erfolgslosigkeit der negativistischen Politik, sodaß unbedingt eine neue Grundlage der sudetendeutschen Politik gefunden werden müsse. Eine Einigung mehrerer Parteien aber sei nur dann möglich, wenn an die Spitze dieser neuen Bewegung ein Mann träte, dem aus den weitesten Kreisen des Sudetendeutschtums Vertrauen entgegengebracht werde. Diesen Mann glaubte man in mir zu sehen. Nach langem Weigern erklärte ich mich zur Übernahme dieser Führung bereit, wenn diese in Frage kommenden Parteien sich zu einer „Sudetendeutschen Volksfront“ zusammenschließen würden, wobei die bisherigen Parteiorganisationen aufzulösen wären und dem Führer der Sudetendeutschen Volksfront solche Vollmachten erteilt werden müßten, daß tatsächlich eine einheitliche Politik auf vollständig neuer und ständischer Grundlage gewährleistet werden könne. Als in Anbetracht kommende Parteien werden genannt: die Deutsche national-sozialistische Arbeiterpartei, die Deutsche Nationalpartei, die Gewerbetypenpartei und die Rosche-Gruppe.* Ich betonte jedoch von vorne herein, daß unbedingt die Möglichkeit gegeben sein müsse, vor allem den Bund der Landwirte als Bauernpartei und die Christlichsozialen in diese neue Kombination einzubeziehen.

Um mich über die Lage der Dinge näher zu unterrichten, nahm ich dann an einer Reihe von Verhandlungen teil, aus denen ich allerdings bald die Hoffnungslosigkeit dieses Versuches erkennen mußte. Ich beschloß daher, mich von politischer Tätigkeit wie bisher fern zu halten.

Angesichts des Eindrucks, den das Scheitern dieser Verhandlungen zur Bildung einer „Sudetendeutschen Volksfront“ unter der sudetendeutschen Bevölkerung hervorrief, weil man sich davon eine Überwindung der bisherigen Zersplitterung unserer politischen Kräfte und eine positive Nationalpolitik erhofft hatte, angesichts des immer größer werdenden Durcheinanders infolge des Fehlens jeglichen großen politischen Zieles und angesichts der ungeheuer großen Gefahr einer vollständigen Chaotisierung unseres sudetendeutschen öffentlichen Lebens entschloß ich mich – persönlich durchaus nicht leichten Herzens – zu meinem Aufrufe für die Bildung der Sudetendeutschen Heimatfront.

Was sind wir und was wollen wir?

Ich stehe an der Spitze einer vollständig neuen Bewegung, die nichts hat als das

Vertrauen, das weite Kreise der sudetendeutschen Öffentlichkeit mir entgegenbringen.

Unserer sudetendeutschen Heimat, der wir uns aus tiefstem Herzen verbunden fühlen, gilt unsere Arbeit.

Wir sind keine Partei im üblichen Sinne, wenn wir auch im organisatorischen Aufbau einer Partei gleichen, sondern wir sind und bleiben eine Bewegung, die zum Unterschiede von der bisherigen Art des Parteiwesens das sudetendeutsche Volk in seiner Gesamtheit zu einer einheitlichen politischen Willensbildung bringen will.

Wir sind eine Bewegung, die über alle Parteien, Organisationen, Verbände und Vereine hinweg die Idee lebendig halten muß, daß wir Sudetendeutschen eines brauchen, um Volk, Heimatboden und Arbeitsplatz zu schützen und um wieder aufwärts zu kommen, einig zu sein.

Fünfzehn Jahre sudetendeutscher Politik liegen hinter uns. In diesen fünfzehn Jahren haben sich die Sudetendeutschen gegenseitig befehdet, verleumdet, verraten und bis aufs Messer bekämpft. Fünfzehn Jahre sudetendeutscher Politik war fünfzehn Jahre Brüderkrieg, während welchem uns der einige Wille des tschechischen Volkes Stellung um Stellung zurückwarf.

Aber nicht nur die sudetendeutsche Politik war uneinig und uneinheitlich, sondern das gesamte sudetendeutsche Leben blieb unorganisiert und uneinig.

Verbände, Organisationen u. a. m. waren nicht einheitlich ausgerichtet, in ihren Arbeitsbereichen gegenseitig klar und eindeutig abgegrenzt, sondern einzelne Belange unseres Volkes waren durch mehrere Organisationen vertreten, die sich übergrenzten, wenn nicht sogar bekämpften, jedenfalls aber nicht einig waren und dadurch nicht vertreten wurden.

Aus diesem Durcheinander in Politik und Organisationen, aus dem Uneinheitlichen des gesamten sudetendeutschen Lebens entstand unsere Lage.

Das Ergebnis ist erschütternd. Politisch und wirtschaftlich stehen wir vor Trümmern.

Eine harte, mühevoll, zähe Arbeit liegt vor uns. Wir gleichen einer Freiwilligen-Armee, die nach einer verlorenen Schlacht sich entschlossen und tapfer vor die Heimat stellt.

Wir marschieren vorwärts trotz aller Nörgler und Schwätzer, trotz aller Feigheit und Verleumdung. [...]

Konrad Henlein

* Eine von dem Abgeordneten Alfred Rosche geführte politische Gruppe, die eine Sprecherin der Industrie- und Handelskreise war.

Schreiben des führenden ČSSD*-Politikers Jaromír Nečas an den Präsidenten der ČSR, T.G. Masaryk, vom 9. April 1935

Ich halte es für einen Fehler und Irrtum, die Heimatfront in Schutz zu nehmen, u.zw. aus folgenden Gründen:

1. Die staatliche Unzuverlässigkeit der Heimatfront steht außer allem Zweifel. Alle Versammlungen der SHF sind voll ehemaliger Hakenkreuzler und Deutschnationaler. Die formellen Loyalitätsäußerungen werden von bissigem und hämischem Lächeln begleitet. Das ist eine Tatsache, im ganzen deutschen Bereich der Republik wohl bekannt.

2. Aus den von der SHF herausgegebenen Zeitungen ebenso wie aus den Erklärungen der Führer der Heimatfront kann man sich überzeugen, daß es sich um eine Ideologie rein faschistischer, hitlerischer Färbung handelt. Die Verschleierung, soweit sie von der SHF überhaupt für notwendig erachtet wird, ist ganz primitiv und durchsichtig.

3. In den deutschen Gebieten der Republik wird die derzeitige zögernde und unschlüssige Haltung der SHF gegenüber als unsere Schwäche gedeutet und nicht als Ausdruck von Demokratie und des Bestrebens, die demokratischen Rechte zu wahren. Gerade in dem deutschen Gebiet unserer Republik schädigt uns nichts so wie die Ansicht, daß sich die Regierung schwach fühle. Durch den der SHF gewährten Schutz vernichten wir den deutschen Aktivismus, einen aufrichtigen Aktivismus, der jahrelang dem beherrschenden Verhältnis zu unserem Staat die größten Opfer brachte und deswegen zum Gegenstand der heftigsten Angriffe wurde, besonders in der letzten Zeit der wirtschaftlichen Krise. Wenn die Heimatfront nicht aufgelöst wird, wird der ihr gewährte Schutz zur Radikalisierung der übrigen deutschen Parteien führen, besonders des Bundes der Landwirte, der Deutschen Christlichsozialen Partei und der Deutschen Gewerbetypen. [...]

Die Deutschen verstehen es nicht gut, politisch im Untergrund zu arbeiten, ihnen war seit jeher jede Art von Untergrundarbeit fremd, sie entspricht nicht ihrer Veranlagung und Tradition. Daher fürchten auch die radikalsten Männer der SHF die Auflösung und machen auffallende und verzweifelnde Anstrengungen, um die Auflösung zu verhindern; sie wissen, daß ein solcher energischer Schritt der Mehrheit des deutschen Volkes imponieren und den anderen deutschen Parteien einen bedeutenden Teil der indifferenten Deutschen zuführen würde, die heute durch unsere zaghafte Politik, durch die als Folge der ausländischen Ereignisse begriffliche Erregung und durch die verzweifelnde Wirtschaftslage in den deutschen Gebieten unserer Republik in die Arme der SHF getrieben werden. [...]

Unschlüssigkeit in der Frage der SHF in der gegenwärtigen Zeit und ein Bestreben, die Auflösung dieser gefährlichen Bewegung zu vermeiden, würde die Demokratie in dem deutschen Gebiet für lange Zeit begraben. Es wäre der größte politi-

sche Fehler, der seit der Entstehung unserer Republik bei uns begangen wurde. Da nun in parlamentarischen und politischen Kreisen allgemein die Ansicht herrscht, daß Sie, Herr Präsident, darauf hinwirken, daß die SHF nicht aufgelöst werde, erachte ich es als meine Pflicht, Sie auf alle angeführten Umstände aufmerksam zu machen. Das gebietet mir meine Liebe und Ergebenheit zu Ihrer Person, die Sorge um das Schicksal der Demokratie und der Republik. Der SHF geht es nur um Zeitgewinn, den ihr das derzeitige Manövrieren ermöglichen würde.

Ing. Jaromír Nečas

* ČSSD = Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei

Actae ..., Dokument Nr. 26, S. 78

Brief von Konrad Henlein an den Außenminister des Deutschen Reiches, Konstantin von Neurath, und „Bericht für den Führer und Reichskanzler“ vom 19. November 1937

Hochgeehrter Herr Reichsminister!

Ich lege Ihnen die Durchschrift eines Berichtes für den Führer und Reichskanzler vor, den ich Herrn Staatssekretär Dr. Lammers zur persönlichen Weiterleitung an den Führer übergeben habe.

Ich fühlte mich verpflichtet, über eine Reihe brennend gewordener politischer Fragen in der Tschechoslowakei eine zusammenfassende Darstellung ausarbeiten zu lassen und sie der Reichsführung zur Kenntnis zu bringen. Ich bitte auch Sie, hochgeehrter Herr Reichsminister, den Bericht entgegenzunehmen und mich in meinem Bestreben, eine grundsätzliche Beratung zu erreichen, zu unterstützen.

Heil Hitler!

Ihr ergebener Konrad Henlein

**BERICHT FÜR DEN FÜHRER UND REICHSKANZLER
ÜBER AKTUELLE FRAGEN DER DEUTSCHEN POLITIK IN DER
TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK**

Geheim!

Die *bekanntesten Vorfälle in Teplitz-Schönau*, wo Abgeordnete der SdP (= Sudeten-deutsche Partei) von der tschechischen Polizei insultiert und abgeführt wurden, die Maßnahmen, die daraufhin von der tschechischen Regierung gegen das Sudeten-deutschtum ergriffen wurden, der scharfe Eingriff, der gegen die Teplitz-Schönauer Vorfälle und gegen diese Maßnahmen der Regierung seitens der SdP erhoben

wurde, die Behandlung der Teplitz-Schönauer Vorfälle durch Rundfunk und Presse im Reich und der Widerhall der Ereignisse in der Weltöffentlichkeit sind *Anlaß, die sudetendeutsche Frage in ihrer Aktualität aufzuzeigen.*

Um die Vorfälle in Teplitz-Schönau in ihrer symptomatischen und aktuellen Bedeutung verständlich machen zu können, ist es notwendig darzustellen 1) jene *Entwicklung auf der tschechischen Seite*, die in Verfolg des antideutschen Wesens und Auftrages der Tschechoslowakei auf die politische Entmachtung und substanzmäßige Vernichtung des Sudetendeutchtums hinausläuft und 2) jene *Entwicklung auf der sudetendeutschen Seite*, die in der allgemeinen Erkenntnis gipfelt, daß eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakei praktisch unmöglich und eine Lösung der sudetendeutschen Frage nur vom Reiche her denkbar ist.

Die grundsätzlich und praktisch antideutsche Konzeption der Tschechoslowakei und die wesenhaft deutschfeindliche Einstellung des tschechischen Volkes ist bedingt

1) durch die Vorkriegsentwicklung des tschechischen Volkes und seiner darauf abgestellten politischen Erziehung,

2) durch die deutschfeindliche Arbeit seiner Führer Masaryk und Benesch während des Krieges,

3) durch die Bestimmung der Tschechoslowakei im Vertragswerk von Versailles – S. Germain als wichtige Position und Operationsbasis der Westmächte mitten im deutschen Lebensraum,

4) durch Abschluß des Sowjetbündnisses,

5) durch seine Verbündung mit jenen überstaatlichen Mächten und Kreisen, die gegen das Reich und den Nationalsozialismus stehen: politischer Katholizismus und Vatikan, Judentum und Freimaurerei, Bolschewismus und Emigrantentum.

Durch den unerbittlichen Kampf der SdP um die Rechte des Sudetendeutchtums, durch ihren Kampf gegen die Lüge vom tschechischen Nationalstaate, durch ihre planmäßige Propaganda im In- und Auslande und in diesem Zusammenhange besonders durch Verbreitung der Kenntnisse von den lügenhaften Mémoires Benesch's ist vor aller Welt der antideutsche Charakter und Auftrag der Tschechoslowakei und sein Wesen als französischer Vasallenstaat festgestellt worden. [...]

Wir nehmen die Teplitz-Schönauer Vorfälle auch zum Anlaß der Feststellung, daß heute selbst die breite Masse des Sudetendeutchtums nicht mehr an einen Ausgleich mit dem tschechischen Volke im tschechischen Staate glaubt. Diese Tatsache ist eine politische Realität, ebenso wie der Vernichtungswille auf tschechischer Seite. *Bezeichnend für die Entwicklung der Dinge sind nachstehende Äußerungen aus letzter Zeit:*

Der Vorsitzende der zweitgrößten tschechischen Partei, der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Hampel erklärte, daß „weder das tschechische, noch das sudetendeutsche Schicksal im tschechoslowakischen Staate entschieden wird“.

Der Leiter der Kanzlei des Präsidenten, Sektionschef Dr. Josef Schiessl, erklärte am 8.11.1937 einer Abordnung sudetendeutscher Rechtsanwälte, daß „die Konsequenz der heutigen politischen Situation Kampf bis zum äußersten zwischen den beiden Lagern“ sei. „Die beiden Lager stehen sich Stirn an Stirn gegenüber, der Kampf geht Zahn um Zahn.“ „Der heldische Geist der deutschen Jugend aber müsse restlos gebrochen werden.“

Die Erziehung und politische Meinungsbildung bei den Tschechen, die systematische Hetzarbeit gegen das Reich und den Nationalsozialismus haben das Ergebnis gezeigt, daß auch der einfache Mann im tschechischen Lager an keine Verständigung mit dem Sudetendeutschtum glaubt. Jeder Tscheche aber, der im sudetendeutschen Gebiete angesiedelt wurde und dort Dienst macht, betrachtet sich nicht als Vertreter des demokratischen Prinzips seines demokratischen Staates, sondern als Repräsentant des tschechischen Volkes und Exekutivorgan des tschechischen Deutschenhasses und Vernichtungswillens. Er sieht in jedem Amtswalter, ja in jedem Mitglied der SdP den Repräsentanten des Nationalsozialismus und ein Exekutivorgan der Reichspolitik.

II.

Die tschechischen Machthaber, aber auch das tschechische Volk sind in ihrer Politik von der Erkenntnis bestimmt, daß seit der Machtergreifung des Führers auch die mitteleuropäische politische Entwicklung in ein neues Stadium getreten ist. Einwandfreie Informationen beweisen, daß Benesch entschlossen ist, die sudetendeutsche Frage im Sinne der Sendung des tschechischen Volkes und Staates durch restlose Vernichtung des Sudetendeutschtums zu lösen. Die vorstehende Darstellung der Politik der Tschechoslowakei gegen das Sudetendeutschtum zeigt keineswegs bereits alle im Plane Benesch vorbedachten Möglichkeiten auf.

Die verantwortliche Führung der SdP ist der Auffassung, daß auch die sudetendeutsche Frage in ein Stadium getreten ist, das es notwendig macht, die Grundlagen ihrer Politik einer grundsätzlichen Prüfung zu unterziehen und ihre künftige politische Haltung in Einklang zu bringen mit der Politik des Reiches und seiner Faktoren. Im Nachstehenden werden vor dem Hintergrund der im ersten Kapitel gegebenen Lageschilderung bestimmte aktuelle Fragen der sudetendeutschen Volksgruppen-, bzw. SdP-Politik aufgerollt.

1. Die Sudetendeutsche Volksgruppe ist weder „Minderheit“ im Sinne der „Minderheiten“ des Vertragswerkes von Versailles – S. Germain, noch „Volksgruppe“ im Sinne etwa der deutschen Volksgruppe in Ungarn oder Rumänien.

a) Das Sudetendeutschtum macht in der *Tschechoslowakei*, die 6 Nationalitäten aufweist, 1/4 der Gesamtbevölkerung aus und steht unter diesen Nationalitäten hinsichtlich seiner kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leistungen und Fähigkeiten an erster Stelle.

b) Das Sudetendeutschtum siedelt in Böhmen, Mähren und Schlesien in breiter Anlehnung und in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Muttervolk im Reich.

c) Das Sudetendeutschtum ist heute nationalsozialistisch ausgerichtet und in einer umfassenden einheitlichen, führungsmäßig aufgebauten, nationalsozialistischen Partei organisiert.

d) Das Sudetendeutschtum ist sich der besonderen politischen Aufgabe gegenüber dem antideutschen Auftrag und der vom Westen und vom bolschewistischen Osten her bestimmten Politik der Tschechoslowakei bewußt und will Faktor der nationalsozialistischen Reichspolitik sein.

2. Die bisherige Politik der SdP hat für die *Neuordnung Europas im Sinne des Nationalsozialismus* und der Politik des Reiches folgendes beigetragen:

a) Die SdP, die heute mehr als 600 000 organisierter Mitglieder aufweist, die bei den Wahlen vom 19.5.35 schon über 70 Prozent der sudetendeutschen Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, also der legitimierte Sprecher des Sudetendeutschtums ist, ist in ihrem Kampfe zum eindeutigen Beweis für die Ungerechtigkeit des Versailler Vertragswerkes geworden.

b) Die SdP hat allein durch die Tatsache ihres Auftretens als die stärkste und dabei im Widerspruch mit dem Regierungssystem stehende Partei der Tschechoslowakei und durch ihre planmäßige Propaganda im In- und Ausland die Fiktion vom tschechischen Nationalstaate zerstört; durch ihr Auftreten die Behauptungen von der nationalpolitischen, sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Konsolidierung des Tschechenstaates widerlegt und den politischen und militärischen Bündniswert der Tschechoslowakei wesentlich geschwächt.

c) Die SdP hat – entgegen der Haltung der sudetendeutschen Splitterparteien – das Sudetendeutschtum *gegen* die antideutsche Außenpolitik der Tschechoslowakei zum Einsatz gebracht. Sie hat die einseitige Bündnispolitik mit Frankreich ebenso wie mit Rußland bekämpft und so der Prager Regierung die durch den Aktivismus von 1926* geschaffene Möglichkeit genommen, das Sudetendeutschtum gegen die Reichspolitik auszuspielen.

d) Die SdP hat aber vor allem durch ihren innerstaatlichen Kampf und durch ihre Propaganda die interessierten Staaten auf die Tschechoslowakei als bolschewistisch verseuchten Staat und als bolschewistische Operationsbasis in Mitteleuropa hingewiesen, andererseits aber dafür gesorgt, daß im Sudetendeutschtum und damit in einem Randstück der deutschen Welt der bolschewistische Spaltpilz in seiner Entfaltungsmöglichkeit niedergehalten wird. Die SdP stellt heute die drittgrößte antibolschewistische Kampfpartei Europas dar.

e) Die SdP bannt durch ihre politische Erziehungs- und Organisationsarbeit die Gefahr einer „Vertschechoslowakisierung“ d.h. „Verschweizerung“ des Sudeten-

deutschtums und hat die Volksgruppe und ihre Lebensbereiche nationalsozialistisch ausgerichtet. Gegenüber der „demokratischen“ Weltmeinung hat die SdP den Beweis erbracht, daß die nationalsozialistische Ordnung von Führung und Gefolgschaft dem inneren Lebensgesetz des deutschen Volkes entspricht, denn sie wurde im Sudetendeutschum nicht nur freiwillig, sondern gegen den Druck des tschechischen Staates geschaffen.

3. Die SdP muß ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung und als politischem Prinzip tarnen. Als Partei im demokratisch-parlamentarischen System der Tschechoslowakei muß sie sich nach außen, in mündlichen und schriftlichen Äußerungen, in Kundgebungen und in der Presse, im Parlament, in ihrem eigenen Aufbau und bei der Organisation des Sudetendeutschums der demokratischen Terminologie und demokratisch-parlamentarischer Methoden bedienen. Sie kann deshalb nichteingeweihten reichsdeutschen Kreisen als zwiespältig und unverlässlich erscheinen. Diese Zwiespältigkeit ist aber solange nicht zu vermeiden als:

die Notwendigkeit einer legalen Partei besteht und der Bestand einer solchen in der Tschechoslowakei das Bekenntnis zur Demokratie voraussetzt.

Die Zwiespältigkeit im äußeren Bild der SdP wird vertieft durch den Umstand, daß sie innerlich nichts mehr ersehnt als die Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich, daß sie aber nach außen hin

für die Erhaltung der Tschechoslowakei und die Integrität seiner Grenzen eintreten und

versuchen muß, ein real erscheinendes innerpolitisches Ziel für ihren politischen Kampf herauszustellen.

Trotzdem sich die Führung der SdP schon auf Grund der reichen geschichtlichen Erfahrung des Sudetendeutschums von vornherein klar war, daß eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakei nicht möglich ist, mußte auf der ersten politischen Großkundgebung der SdP in Böhmisches Leipa 1934 die *Verständigung* als realpolitisches Ziel aufgestellt werden und 1937 die sogenannten „Volksschutzgesetze“ in Richtung der Forderung einer sudetendeutschen *Autonomie* eingebracht werden. Nur so war es möglich, die Tschechen vor der Welt ins Unrecht zu setzen und die Aufrollung der sudetendeutschen Frage vor den Garantiemächten des Minderheitenschutzvertrages von S. Germain, vor allem aber gegenüber England, propagandistisch einzuleiten. In der gleichen Richtung lag die Einbringung der „*Sudetendeutschen Beschwerde*“ über den „Machnik-Erlaß“ an den Völkerbund, durch die der Beweis für das Versagen des Völkerbundes in der Regelung des Minderheitenproblems provoziert werden sollte.**

Die SdP ist sich aber heute darüber klar, daß es im Hinblick auf die im ersten Teil unserer Darstellung aufgezeigte Entwicklung immer schwerer wird, ein inner-

politisches Ziel herauszustellen, das als realpolitisches Ziel auch nur mit dem Scheine der Verwirklichbarkeit vor ernsthaften ausländischen Betrachtern, geschweige denn vor der sudetendeutschen Anhängerschaft vertreten werden kann. Es ist *realpolitisch sinnlos geworden, für eine Autonomie des sudetendeutschen Gebietes einzutreten, weil gerade dieses Gebiet zum Betonwall und Festungsgürtel des tschechoslowakischen Staates gemacht worden ist.*

Selbstverständlich muß, wenn dieser Betonwall in den deutschen Gebieten als Tatsache der weiteren Öffentlichkeit in Europa bekannt ist, auch die weitere propagandistische Vertretung des Autonomie-Zieles für die Partei dadurch immer schwieriger werden.

Es könnte nach dieser Feststellung scheinen, als ob es richtiger gewesen wäre – wie dies auch bestimmte reichsdeutsche Kreise äußerten – wenn die SdP die Politik des sogenannten *Ausgleichs* vom 18.2.1937 unterstützt hätte. Es muß festgestellt werden:

daß dieser Ausgleich unter dem Drucke der SdP-Entwicklung im sudetendeutschen Lager zustandekam,

daß er von vornherein nur ohne und gegen die SdP gedacht war,

daß die Versprechungen auf der tschechischen Seite von vornherein nicht ernst gemeint waren, was inzwischen erwiesen ist und durch die sudetendeutschen Ausgleichspartner selbst bestätigt wurde,

daß mit dem Ausgleich das Prager Regime vor der Welt den Beweis für seine aktive und gerechte Minderheitenpolitik und die innere Konsolidierung des Staates führen wollte,

daß sich der Ausgleich an den inneren Schweinehund und den Opportunismus im Sudetendeutschtum richtete, um dadurch zu einer neuerlichen Auffüllung der Kader der sudetendeutschen Restparteien, des BdL, der deutschen katholisch-klerikalen Partei und der deutschen Sozialdemokratie zu kommen, die sich als willfähige Werkzeuge gegen das Reich und den Nationalsozialismus erwiesen hatten und ständig aufs Neue erweisen.

Der Ausgleich war ein Angriff auf die innere Widerstandsfähigkeit des Sudetendeutschtums, er wurde unterstützt durch jene Argumentation auch bestimmter reichsdeutscher Kreise, die dem Sudetendeutschtum rät, mit Rücksicht auf die kommende baldige Lösung der sudetendeutschen Frage vom Reich her, reine Opportunitätspolitik zu machen, eine Entwicklung, die zu einer vollständigen Ver lumpung der sudetendeutschen Volksgruppe oder zu einer schweren moralischen Verwirrung in den festgefügteten Kadern des völkischmilitanten Sudetendeutschtums führen müßte.

4. Wie bereits dargestellt wurde, wird es für die SdP immer schwerer, ein innerpolitisches Ziel als Kampf- und Arbeitsziel der Bewegung herauszustellen, das auch nur den Anschein der Verwirklichbarkeit in sich trägt.

Die Entwicklung bringt mit sich:

daß jene Auffassung im Sudetendeutschtum verstärkt wird, die davon ausgeht, daß es unter den angeführten Voraussetzungen immer sinnloser wird, die Mühen der Kleinarbeit, die Schwierigkeiten der innersudetendeutschen Aufbauarbeit und die Gefahren des politischen Alltagskampfes auf sich zu nehmen, und daß jene Kreise in ihrer Haltung gestärkt werden, die die Auffassung durchzusetzen versuchen, daß die Zeit illegaler Arbeit gekommen ist.

Diese Entwicklung wird vom Reiche her gefördert, wie an zwei Beispielen aufgezeigt wird:

a) dadurch, daß in den breiten Massen der Bevölkerung des Reiches die Anteilnahme an dem Schicksal der Sudetendeutschen allgemein geworden ist, wird vor allem das Sudetendeutschtum in den Grenzbezirken in den vielfachen verwandtschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen in dem Glauben bestärkt, daß das Gesamtdeutschtum hinter dem Sudetendeutschtum in seinem Daseinskampfe steht. Darüber hinaus wird dabei allgemein und unverwunden die Auffassung vertreten, daß die militärische Liquidation der Tschechoslowakei nur eine Frage von Monaten ist. Da diese Auffassung aber auch von niederen und höheren Amtswaltern der Partei, der Kampfverbände, des Reiches gegenüber Sudetendeutschen ohne Ansehung ihrer Stellung in der SdP oder der Volksgruppe offen geäußert wird, berufen sich bereits breite Kreise der Mitgliedschaft der SdP auf reichsdeutsche „Gewährsmänner“. Man darf dabei nicht die Tatsache unterschätzen, daß für den Sudetendeutschen in seiner Gläubigkeit dem Reich gegenüber jeder letzte Zollbeamte oder letzte SA- oder SS-Mann als Repräsentant des Reiches und des Führerwillens erscheint.

b) Die Kommentierung der Teplitz-Schönauer Vorfälle in der Presse und im Rundfunk hat ebenfalls dem Sudetendeutschen seine Auffassung von der bestimmten Anteilnahme des Reiches an dem Schicksal des Sudetendeutschtums bestätigt, darüber hinaus aber auch die Vorstellung erweckt, daß der Pressekampagne seitens des Reiches bestimmte Tathandlungen gegen die Tschechoslowakei folgen würden. Wir bemerken in dem Zusammenhange, daß uns die Abstimmung der Presse- und Rundfunkaktion in Form und Inhalt auf die politische Linie der SdP zu fehlen schien und weisen darauf hin, daß der plötzliche Abbruch der Pressekampagne einerseits die Aktion entwertete und andererseits jener tschechischen Argumentation recht gab, daß das Sudetendeutschtum nur gelegentliches Objekt der nationalsozialistischen Propaganda sei, mit der die seriöse Außenpolitik des Reiches nichts zu tun habe. Diese Auffassung wurde ja planmäßig und mit Erfolg von seiten tschechischer Kreise bei den Prager Legationen vorgetragen.

5. Voraussetzung für jegliche sudetendeutsche Politik ist: Die Einheit der politischen Kampfbewegung in Form der SdP und die Unterordnung des gesamten sudetendeutschen Verbändewesens (Erziehungsverbände, Schutzvereine, berufsständ-

dige Organisationen, Gewerkschaften usw.) unter die politische Führung der Volksgruppe.

Die Einheit der Volksgruppe ist *nur* durch die SdP und nur unter der Führung Konrad Henleins sicherzustellen.

Die Prager Regierung ist sich klar darüber, daß eine einheitliche sudetendeutsche Volksführung ihre innerpolitischen Absichten und ihre außenpolitische Propaganda entschieden erschwert. Sie erkennt vor allem die SdP als Träger des militanten Geistes des Sudetendeutschtums und als Bollwerk des aktiven Widerstandes. Mit der Ausbreitung der staatlichen Machtposition auf allen Lebensgebieten und der immer stärker fortschreitenden staatlichen Beeinflussung alles Lebens im Staate wird auch in der Tschechoslowakei der bisherige Parteipluralismus, also das Koalitionssystem, umgebildet werden müssen. Es wird deshalb in tschechischen Links- und Rechtskreisen die Schaffung *einer* Staatspartei als allein berechtigter politischer Willensträgerin der Gesamtbevölkerung erwogen. Benesch versucht daher planmäßig die SdP zu zerschlagen oder aber zu verkleinern.

a) Planmäßig werden die deutschen Regierungsparteien und jede neue Parteigründung im sudetendeutschen Lager materiell und politisch unterstützt, wie auch jede Oppositionsregung in der SdP gefördert. Nacheinander erfuhren diese Unterstützung: die „Arbeiterpartei“ eines gewissen Kopatschek, die „Arbeiterpartei“ des ehemaligen Abgeordneten der DNSAP Simm, die kleine Gruppe des aus der SdP ausgeschlossenen Zientek und andere Parteigründungen oder Absichten, die von der SdP inzwischen erledigt wurden.

b) Die Regierung duldet ganz offensichtlich jede „radiale“ Tendenz im Sudetendeutschum außerhalb der SdP und auch jene Gruppenbildungen Einzelner innerhalb der SdP, die in ihrer Agitation mit einem besonderen nationalsozialistischen Vorzeichen auftreten und damit die Mentalität des Sudetendeutschtums ausnützen wollen, weil sie annimmt,

daß das Führungsgefüge in der SdP gestört,

daß die Führung der SdP durch innerparteiliche Auseinandersetzungen in ihrer Aktionsfähigkeit nach außen geschwächt wird und

daß dadurch die SdP gezwungen wird, von sich aus radikalere Tendenzen zu vertreten. Radikalere Tendenzen aber würden wiederum die Regierung in die Lage versetzen, Maßnahmen gegen das Sudetendeutschum vor dem Ausland und gemäßigten Anschauungen gegenüber zu rechtfertigen.

c) Weiters unterstützt die Regierung durch unmittelbaren behördlichen Druck oder durch Förderung des Opportunismus bestimmter sudetendeutscher Kreise alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die sudetendeutschen Erziehungsverbände, die Schutzvereine, die berufsständischen Organisationen, die Gewerkschaften und andere Gliederungen in die Hand der Gegner der SdP-Führung zu spielen, um

so Positionen gegen die SdP auszubauen oder zumindest den Einfluß der SdP im Sudetendeutschtum zu schmälern oder aber

um diese Verbände unter Bezug auf ihren satzungsmäßigen, angeblich „unpolitischen“ Charakter überhaupt aus der politischen Front herauszuziehen und aus der großen politischen Auseinandersetzung mit dem tschechischen Gegner herauszuhalten (Empfang der Führer der Volkstumsverbände durch Benesch 1936).

Diese Absichten der tschechischen Regierung werden durch folgende Tatsachen unterstützt:

Oppositionelle Elemente in und außerhalb der SdP behaupten offen oder lassen in planmäßiger Flüsterpropaganda durchblicken, daß sie „Beziehungen“ zu Reichsstellen haben oder daß sie beauftragt seien, im Sudetendeutschtum und vor allem gegenüber der SdP eine weltanschauliche oder politische Funktion auszuüben – Feststellungen, durch die sie sich auch in ihrer oppositionellen Tätigkeit gegen die SdP zu legitimieren versuchen.

Die SdP-Führung ist solchen Methoden gegenüber machtlos, weil sie mit Rücksicht auf den heiklen und vertraulichen Charakter der Angelegenheit, aber auch aus Verantwortung für das Reich mit Gegenargumenten nicht ankämpfen kann, ohne der tschechischen Regierung die Möglichkeit des Zugriffes auf alle Beteiligten in die Hand zu geben.

In dem Zusammenhange sei festgestellt, daß der Einschmelzungsprozeß der mehr als 1,2 Millionen Anhänger und mehr als 600.000 organisierten Mitglieder, die aus den verschiedensten Parteilagern in 4 Kampf- und Aufbaujahren zusammengebracht wurden, keinesfalls so abgeschlossen ist, daß nicht etwa kritische Stellen des Reiches Mängel in der nationalsozialistischen Haltung einzelner Parteimitglieder aufzeigen könnten. Dieser Erkenntnis gegenüber steht aber die unbestreitbare Tatsache, daß die Einleitung dieses Einschmelzungsprozesses unter der Parole „Einheit des ganzen Sudetendeutschtums unter Führung Konrad Henleins“ notwendig war und daß die Führung und Amtswalterschaft der SdP das nationalsozialistische Ergebnis dieses Einschmelzungsprozesses verbürgt.

III.

Die Darstellung der Lage und politischen Problematik des Sudetendeutschtums und der SdP geschah um aufzuzeigen:

1. Die Aktualität der sudetendeutschen Frage.
2. Die Notwendigkeit der Herauslösung der sudetendeutschen Frage als aktuelle politische aus dem sogenannten volksdeutschen Fragenbereich oder dem Fragenbereich der deutschen Volksgruppen in Europa.
3. Die dringende Notwendigkeit einer grundsätzlichen Beratung zwischen Reichsführung und Volksgruppenführung über die Fortführung der Politik der

SdP.

Der vorliegende Bericht wird laufend durch Spezialberichte ergänzt.

* Im Jahre 1926 wurden die Vertreter zweier deutscher Parteien – des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen – zu Ministern ernannt. Später waren auch die deutschen Sozialdemokraten in der Regierung vertreten. Diese in der Regierung vertretenen Parteien gelten hier als aktivistisch.

** Der Machnik-Erlaß war eine Durchführungsverordnung zu dem Gesetz über den Schutz des Staates.

Actae ..., Dokument Nr. 83, S. 140

Aufzeichnung des deutschen Auswärtigen Amtes, Berlin, vom 28.3.1938 zur Vorbereitung eines Ultimatums der SdP an die tschechoslowakische Regierung

Geheim!

Aufzeichnung

Die sudetendeutsche Partei könnte unter anderem an die Tschechoslowakische Regierung folgende Forderungen stellen:

1. Einstellung des Baues von Tschechisierungsschulen und Unterlassung aller anderen Tschechisierungsbestrebungen im sudetendeutschen Gebiet;
2. Schaffung der Möglichkeit für das freie Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung;
3. Entwicklung der Selbstverwaltung im sudetendeutschen Siedlungsgebiet derart, daß dort nur noch deutsche staatliche und Selbstverwaltungsbeamte tätig sind;
4. Versetzung deutscher Beamten und deutschen Beamtennachwuchses in das sudetendeutsche Siedlungsgebiet;
5. Abhaltung von Staats- und Gemeindewahlen;
6. Abschaffung der Staatspolizei im Grenzgebiet.

Die vorstehenden Punkte stellen lediglich Teilforderungen für das grundsätzliche Verlangen nach home rule im sudetendeutschen Gebiet dar. Diese Forderung wäre elastisch zu halten und schrittweise im Verlauf der Aussprache mit der Tschechoslowakischen Regierung zu präzisieren. Von der Erfüllung dieser allgemeinen Forderung wäre die Zustimmung der sudetendeutschen Partei zu einem Eintritt in die Tschechoslowakische Regierung abhängig zu machen.

Berlin, den 28. März 1938.

I. *Sofortforderungen*: Zweck: Beruhigung des Sudetendeutschtums

1. Gemeindewahlen – politische Wahlen – Wahlen in die sozialen Institutionen

(= Umschaltung der Massenstimmung in eine positive Aktion.)

2. Weitgehendste Amnestie.

3. Regierungsverordnung: „Zugehörigkeit zur SdP darf nicht zum Anlaß politischer Verfolgung und wirtschaftlich-sozialer Benachteiligung genommen werden.“

„Die aus der Mitgliedschaft zur seinerzeitigen DNSAP und DNP entstandenen Benachteiligungen sind sofort aufzuheben bzw. wiedergutzumachen.“

II. Forderungen, die erfüllt werden müssen, *bevor* die SdP in konkrete Verhandlungen mit der Regierung tritt.

1. Rückversetzung der Staatsbeamten deutscher Nationalität aus dem tschechischen Gebiet und der Slowakei in das deutsche Siedlungsgebiet.

2. Neubesetzung von Staatsbeamtenstellen im deutschen Siedlungsgebiet nur mit Deutschen. Neueinstellungen bei Ämtern und öffentlichen Institutionen im gemischtsprachigen Gebiet und in den Zentralen solange nur mit Deutschen, solange nicht dem Bevölkerungsschlüssel entsprochen ist.

3. Abbau des Polizeistaatssystems und Rückführung der Ortspolizeigewalt in die Kompetenz der Selbstverwaltungskörper (= Gemeinden).

III. Forderungen, die im Laufe von Verhandlungen der SdP mit der Regierung vereinbart werden müssen:

1. Die von der SdP bereits eingebrachten „Volksschutzgesetze“.

2. Revision des Staatsverteidigungsgesetzes in seinen, sich gegen das Sudetendeutschum von vornherein auswirkenden Teilen.

3. Wiederherstellung der vollen Kommunalselfverwaltung.

4. Deutsche Sprache gleichberechtigte Staatssprache.

5. Klarstellung der künftigen Außenpolitik.

Actae ..., Dokument Nr. 99, S. 162

Aus der Vortragsnotiz im Auswärtigen Amt, Berlin, März 1938.

Geheime Kommandosache Chefsache Nur durch Offizier
Vortragsnotiz über meine Besprechung mit dem Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein und seinem Stellvertreter Karl Hermann Frank.

*1. Bericht Konrad Henleins über seine Audienz beim Führer.**

Bei der nahezu dreistündigen Besprechung war außer dem Führer noch anwesend der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, der Außenminister von Ribbentrop und Obergruppenführer Lorenz. Der Führer erklärte, daß er beabsichtige, das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen. Er könne es nicht mehr dulden, daß Deutsche drangsaliert würden oder auf Deutsche geschos-

sen würde. Er erklärte Henlein, daß er wisse, wie beliebt dieser sei und daß er der berechnete Führer des Sudetendeutschtums wäre und auf Grund seiner Beliebtheit und Volkstümlichkeit die Dinge meistern würde. Auf den Einwand Henleins, daß er, Henlein, nur ein Ersatz sein könne, erwiderte Hitler: ich stehe zu Ihnen, Sie sind auch morgen mein Statthalter. Ich dulde nicht, daß Ihnen innerhalb des Reiches von irgendeiner Stelle Schwierigkeiten gemacht werden.

Die Tendenz der Anweisung, die der Führer Henlein gegeben hat, geht dahin, daß von Seiten der SdP Forderungen gestellt werden sollen, die für die tschechische Regierung unannehmbar sind. Henlein beabsichtigt, trotz der günstigen Lage durch die österreichischen Ereignisse, nichts zu überspitzen, sondern nur die alten Forderungen auf Selbstverwaltung und Wiedergutmachung am Parteitag (23./24. April 38) zu stellen. Eine Anregung des Führers, eigene deutsche Regimenter, mit deutschen Offizieren und deutscher Kommando-Sprache zu fordern, will er sich für später vorbehalten. Das Reich wird von sich aus nicht eingreifen. Für die Ereignisse sei zunächst Henlein selbst verantwortlich. Es müßte aber eine enge Zusammenarbeit erfolgen. Henlein hat dem Führer gegenüber seine Auffassung folgendermaßen zusammengefaßt: Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufrieden gestellt werden können. Diese Auffassung bejahte der Führer.

Der Führer schätzt die hohen Erfolge, die Henlein in England hat** und hat ihn aufgefordert, sobald es ihm möglich ist, wieder nach London zu gehen und weiter dort im Sinne einer Nichteinmischung Englands zu wirken. Was die Stellung Frankreichs anbelangt, glaubt Führer, daß u.U. mit der Möglichkeit eines Umsturzes in Frankreich gerechnet werden kann. [...]

* Henlein wurde von Hitler am 28. März 1938 empfangen.

** Henlein besuchte England im Oktober 1937. Zu einem weiteren Englandbesuch kam es am 12. Mai 1938.

Actae ..., Dokument Nr. 100, S. 163

Telegramm der Deutschen Gesandtschaft in Prag an das Auswärtige Amt, Berlin, 4.4.1938

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Nr. 91. vom 4. 4.

Prag, den 4. April 1938 19.35 Uhr

Ankunft: den 4. April 1938 23.00 Uhr

Im Anschluß an Telegramm vom 1. No. 81.

Aus Eger-Land und Gegend Böhmisches-Budweis zurückgekehrte zuverlässige Vertrauensleute berichten über Feststellungen und Eindrücke folgendes:

1. Stimmung Sudetendeutscher Bevölkerung im Egerland äußerlich zwar abwartend, jedoch noch immer stark erregt und jederzeit leicht entflammbar. In letzter Zeit mehrfach Verprügelungen und Bespeien tschechischer Polizeibeamten. In öffentlichen Lokalen Egers laute Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen Sudetendeutscher Partei und tschechischen Offizieren. Polizei vermeidet auch in solchen Fällen Eingreifen.

Eingeleitete Besprechungen zwischen Sudetendeutscher Partei und Regierung werden von Bevölkerung, die weiterhin an Möglichkeit deutschen Einmarsches glaubt, kritisch aufgenommen. Bevölkerung erwartet von Parteileitung Anweisungen zu Terror-Handlungen. Einstweilen noch nicht bedeutende oppositionelle Unterströmungen bemerkbar, insbesondere in radikalen Kreisen junger Leute, die begonnene Besprechung als „Separatismus“ bezeichnen, um Gesamtlösung aufzuhalten und zu verhindern.

2. Tschechische Garnisonen in Westböhmen sollen zum großen Teil hinter Befestigungslinie zurückgezogen worden sein. Hierüber vorliegen bestimmte Nachrichten aus Eger und Falkenau. Staatsbeamte tschechischer Nationalität auflösen teilweise Haushaltungen, Verwaltungsbehörden vorbereiten angeblich Übersiedlung in tschechisches Gebiet. Bevölkerung zieht hieraus Schluß, daß Tschechen gegebenenfalls mit Preisgabe deutschen Gebiets rechnen.

3. Im tschechischen Gebiet um Böhmisches-Budweis erwarten deutsche Bevölkerungssplitter gleichfalls Einmarsch. Sie rechnen damit, daß Tschechen vor Abzug Blutbad unter den Deutschen veranstalten. Sokolverbände* hätten in letzten Tagen heimlich Maschinengewehre erhalten.

4. Parteileitung Sudetendeutscher Partei klagt weiterhin über illegale Einwirkung reichsdeutscher Parteistellen an Grenze (südlich Böhmerwald, Egerland) auf sudetendeutsche Gruppen, denen Waffenlieferungen versprochen werden. Auch von Österreich her anhält aufreizende Propaganda.

5. Mit Genehmigung des unter Bezeichnung „Freiwilliger Schutzdienst“ (FS) an-

gemeldeten Ordnerdienstes durch Prager Innenministerium wird noch im Laufe dieser Woche gerechnet. Organisation des FS im Gange. Berichtete Mobilisierung des Turnverbands hängt damit zusammen. Dem FS werden etwa 10 Prozent der Sudetendeutschen Parteimitglieder angehören, die bis Ende April etwa Zahl 700.000 erreichen wird. Rückgrat und Schulungs [*Gruppe verst.*] der aufzustellenden 60 bis 70.000 FS-Männer sollten rund 25.000 aktive Mitglieder des Deutschen Turner-Verbands bilden. Die FS-Formationen sollen nunmehr graue Uniform erhalten. Gründung einer Kampfzeitschrift „Das graue Korps“ ist beabsichtigt. Parteileitung verspricht sich von diesen Maßnahmen Ablenkung der Erregung der Massen in legale Bahnen und damit Beruhigung der Bevölkerung. An für 1. Mai geplanten Aufmärschen wird mit Beteiligung von 800 bis 900.000 Menschen im gesamten sudetendeutschen Gebiet gerechnet. Bei Gemeindewahlen erhofft Sudetendeutsche Partei für sich 90 Prozent aller Stimmen.

Von Prag aus gesehen ist in der öffentlichen Meinung Hauptstadt weitere Entspannung zu verzeichnen. Durch neuen Artikel Peroutkas in Linksblatt „Lidové Noviny“ und Leitartikel „Národní listy“ vom 3. April wird für Verhandlungen mit Sudetendeutscher Partei und weitgehendes tschechisches Entgegenkommen eingetreten. „Národní Listy“ schreibt wörtlich gesperrt: „Wir sind es unserem Staat, dem Ausland und dem europäischen Frieden gegenüber schuldig, daß wir mit der Sudetendeutschen Partei verhandeln.“

Diese Presseäußerung darstellt wohl wertvolle Unterstützung für Wunsch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Sudetendeutscher Partei entgegenzukommen.

Über Besprechungen Hodschas mit Vertretern Sudetendeutscher Partei berichtete heute Abgeordneter Kundt. Danach tatsächlich Zusicherungen weitgehender Art, deren Verwirklichung die Tschechoslowakei zum Nationalitäten-Staat umbauen würde. Führung Sudetendeutscher Partei wird hierzu morgen Stellung nehmen. Von entscheidender Wichtigkeit dürfte fraglos sein, ob Hodscha in seinen Bestrebungen von Staatspräsident und gesamter Regierung unterstützt.

Sonntag hier eingetroffener Dr. Luig von Volksdeutscher Mittelstelle ist über Lage unterrichtet. Er wird heute Besprechungen mit Henlein und Frank sowie anderen führenden Persönlichkeiten Sudetendeutscher Parteileitung haben.

Eisenlohr

* Sokol – Tschechischer Turnverband

Actae ..., Dokument Nr. 107, S. 172

Schreiben des Rudolf Lodgman von Auen* an den deutschen Gesandten in Prag, Ernst von Eisenlohr, April 1938.**

Einleitung

nur bestimmt für den Deutschen Gesandten und Bevollmächtigten Minister Eisenlohr.

1. Die Entwicklung der Verhältnisse in Europa haben es mit sich gebracht, daß die Tschechoslowakei nunmehr ein Gefahrenherd erster Ordnung geworden ist. Soll er im Interesse des Friedens beseitigt werden, so muß zunächst dem tschechischen Volke klar gemacht werden, daß seine Herrschaft über die 3 Millionen Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien zu Ende ist, daß die letzten 20 Jahre weder hingereicht haben, die Deutschen zum Verschwinden zu bringen, noch dazu, sie zu zufriedenen Staatsbürgern zu machen: die Voraussetzungen der Denkschrift Nr. III und der Note vom 20. Mai 1919, die Dr. Beneš bei den Friedensverhandlungen dem Obersten Rate überreicht hatte, sind nicht eingetreten, es stellt sich heraus, daß ihr Inhalt auf eine Täuschung der alliierten Mächte abgestellt war und es wäre daher Recht und Pflicht der damals beteiligten Großmächte, die Tschechoslowakische Regierung zur Einhaltung der damals abgegebenen Versprechungen zu verhalten oder aber den Deutschen der Tschechoslowakei das ihnen 1918 vorenthaltene Recht nachträglich zuzuerkennen, über ihr staatliches Schicksal zu bestimmen.

2. Das Letztere bedeutet selbstverständlich die Auflösung des Staates, denn, wie eine Abstimmung im deutschen Gebiete ausfiel, darüber kann man sich keiner Täuschung hingeben. Das zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bestehende Vertragsverhältnis wird es aber dieser Großmacht unmöglich machen, einer solchen Lösung zuzustimmen, während andererseits Frankreich darauf bedacht sein muß, den Gefahrenherd „Tschechoslowakei“ zu beseitigen, wobei es im vollen Rechte ist, wenn es sich dabei auf die von der tschechischen Delegation seinerzeit selbst vorgelegten Urkunden mit ihren Versprechungen beruft. Es handelt sich also darum, einen Weg zu finden, der es Frankreich (und England) vor der europäischen Öffentlichkeit unmöglich macht, die deutschen Forderungen abzulehnen, indem sie sich dabei auf den Minderheitenschutzvertrag vom 10. September 1919 berufen, nach dem die Tschechoslowakei solche Forderungen des Völkerbundes nicht als Eingriff in ihre Souveränitätsrechte ablehnen kann. Deutschland soll dabei aus dem Spiele bleiben, dadurch würde es den Tschechen leichter fallen, den Zusammenbruch ihrer Politik von 1918 zu bemänteln.

3. Unter diesen Voraussetzungen ist es für die Deutschen in der Tschechoslowakei überflüssig, die ausdrückliche Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes oder auch nur einer „Autonomie“ zu verlangen, da diese beiden Begriffe für die Tsche-

chen derzeit noch untragbar sind. Die Durchsetzung der deutschen Forderungen ist, von tschechischer Seite aus betrachtet, in erster Reihe ein psychisches Problem, ist die tschechische Öffentlichkeit erst einmal zu der Überzeugung gekommen, daß ihre herrschende Stellung im deutschen Gebiete unhaltbar geworden ist, wozu sie eben mit Hilfe Frankreichs und Englands gebracht werden soll, so gipfelt die weitere Entwicklung vor allem in administrativ-technischen Maßnahmen, die ohnedies nicht mit einem Schlage durchgeführt werden können, weil es hiezu an dem geschulten Beamtenapparat auf deutscher Seite mangelt. Auf tschechischer Seite gibt es heute keinen so überragenden Staatsmann, der es ohne Rückendeckung durch Frankreich wagen könnte, den Kurs um 180 Grad herumzuwerfen, zumal an der Spitze des Staates der Vertreter der Politik von 1918 steht. Soll also die Entwicklung ohne, wie man in diesem Falle sagen kann, unnötige europäische Verwicklungen und ohne unnötiges deutsches „Risico“ vor sich gehen, so hätte sich die sudetendeutsche Politik auf den Standpunkt der „Rückgabe der Heimat“ durch Übergabe der Verwaltung der deutschen Gebiete in deutsche Hände zu stellen, wobei selbstverständlich ein zeitlicher Endpunkt in Aussicht zu nehmen wäre; sind erst die ersten Schritte getan, so werden die folgenden als logische Folge erscheinen, das Endziel darf natürlich nicht aus den Augen verloren werden.

4. Ist einmal der innenpolitische Weg betreten, die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei durch Einführung ihrer Selbstverwaltung sicherzustellen, dh., ist die Exekutive im deutschen Gebiete in deutsche Hände gelegt, so ändert sich auch der außenpolitische Kurs des Staates, denn es ist unmöglich, daß er seine bisherige Stellung, mit Frankreich gegen Deutschland, weiter beibehalten könnte.

Es ergibt sich dann der in der politischen Geschichte seltene Fall, daß die Innenpolitik die Außenpolitik bestimmt, die Tschechoslowakei muß sich „neutral“ erklären, die Bedrohung Deutschlands durch den tschechischen Keil wird beseitigt.

5. Dabei ist Folgendes festzuhalten: Der Staat ist überhaupt nur als tschechischer Nationalstaat denkbar, der von Prag aus durch Armee, Polizei und Bürokratie zusammengehalten wird, ähnlich dem früheren Österreich und Ungarn; als Nationalitätenstaat hat er keine Daseinsberechtigung, weil keine alles überragende gemeinsame sittliche Idee. Es ist nicht anzunehmen, daß die Deutschen, wenn sie einmal Herren in ihrem Gebiete sind, aufhören würden, nach Deutschland mit seinen ungeheuren wirtschaftlichen, kulturellen und nationalpolitischen Möglichkeiten zu blicken, denen die Tschechen schlechterdings nichts gleichwertiges entgegenzusetzen haben; das Gleiche gilt von den Magyaren in der Slowakei und den Polen, die „centrifugalen“ Kräfte werden im Zeitalter der staatenbildenden Kraft des Nationalgedankens vielleicht eine Zeitlang nachlassen, solange die Nationalitäten mit der Einrichtung ihrer Verwaltung beschäftigt sein werden, um aber in Bälde mit umso stärkerer Kraft aufzutreten. Andererseits werden die Tschechen, wenn sie sich schon mit der Preisgabe ihrer Herrschaft in den andersnationalen Gebieten seelisch

abgefunden haben, nach und nach selbst eine Sicherung durch das sie umgebende deutsche Sprachgebiet anstreben, und die Slowaken werden wohl auf jeden Fall eine Bürgerschaft des deutschen Reichs ersehnen, daß sie nicht zwischen Polen und Magyaren zerrieben werden. Mit einem Wort: Der Staat wird, so wie Österreich-Ungarn im Jahre 1918 von selbst in seine Bestandteile zerfallen, ohne daß es aber hierzu eines Weltkrieges bedürfte und die früheren Jahrhunderte des alten deutschen Kurfürstentums Böhmen werden, in anderer Form freilich, wiederum erstehen. Was also heute geschieht, das ist, auf längere Sicht besehen, eine Vorbereitung für die weitere Entwicklung und es sollte diese nicht aus dem Auge verloren werden. Daher soll Deutschland bei den jetzigen Verhandlungen ausscheiden, es soll keine Erklärung abgeben, daß es die Grenzen des Staates endgültig anerkenne, denn es müßte dann in einem späteren Zeitpunkte die Anschlußbestrebungen der Sudetendeutschen wahrscheinlich verleugnen. Deutschland soll, wenn möglich, auf dem Umwege über Frankreich und England mitwirken, ist die Verwaltung der deutschen Gebiete durch deutsche Beamte erst einmal gesichert, so wird sich die weitere Entwicklung von selbst im Interesse des Deutschtums vollziehen. Daher ist und bleibt die beste und stärkste Grundlage für eine deutsche Politik in der Tschechoslowakei heute jedenfalls die Berufung auf die Urkunden, die Dr. Beneš im Jahre 1919 überreicht hat.

April 1938.

Lodgman

* Von 1950 bis 1959 war Lodgman führender Funktionär der revanchistischen Organisation Sudetendeutsche Landsmannschaft in der DDR.

** Nicht näher datiert.

Actae ..., Dokument Nr. 118, S. 186

Gedächtnisprotokoll von Rudolf Lodgman über seine Unterredung mit Konrad Henlein am 7. April 1938 im Prager Sitz der SdP (Hybernská 4)

KH bestätigte, daß wir uns das einzige und letztmal kurz vor der Wahl im Jahr 1935 gesehen und gesprochen hatten. Er eröffnete die Unterredung sogleich mit der Erklärung, daß er genötigt wäre, eine Politik der List zu führen, wobei er zwischen Feinden und Freunden unterscheide. Er führe einen Kampf und in diesem sei List erlaubt. Es sei ihm ohnedies schwer gefallen, seine wahren Gefühle und Empfindungen zu verbergen. Er sei von Dr. Sebekowsky kurz über dessen Aussprache mit mir unterrichtet worden, ohne daß er aber Näheres über meine Auffassung erfahren hätte. Ich erwiderte, daß es sich hier keineswegs um eine geschickte politische Taktik handle, sondern darum, daß er in seinen Reden am 8. Oktober 1933 und 21. Oktober 1934 (B. Leipa) gegen den alldeutschen Gedanken und ge-

gen den Nationalsozialismus und zwar in einer Weise Stellung genommen hätte, aus der hervorgehe, daß es sich damals offenbar um die wahren (gegnerischen) Ansichten des KB* gehandelt hat. Dies gehe auch aus dem Aufsatz des Dr. Brand hervor, der in „Volk und Führung“ am 1. April 1935 abgedruckt gewesen, für die „Bildung“ eines „sudetendeutschen Stammes“ eingetreten sei und zwar zu einer Zeit, als im Reiche der Stammesgedanke überwunden worden wäre. Der Grundfehler des Kameradschaftsbundes hätte nach meiner Auffassung darin bestanden, daß er die Politik nicht als Mittel zur Durchsetzung einer sittlichen Idee, sondern als Mittel zur Macht schlechthin betrachtet habe und daher auch bereit gewesen wäre, den großdeutschen Gedanken aufzugeben, da ihm damals der katholisch-klein-deutsche Gedanke bessere Erfolge hierfür versprochen hätte. Die beiden Reden seien das Programm der Partei gewesen, bestünden noch heute unwiderrufen zu recht und ich könne es nicht mit meinem sittlichen Empfinden vereinbaren, sie zu unterschreiben. Dies müßte ich aber tun, wenn ich der Partei beiträte, solange sie nicht widerrufen seien, obzwar ich im Übrigen mit der *jetzigen* Politik der SdP, seit etwa 1936, übereinstimme und bereit sei, auch weiterhin mitzuarbeiten und zu helfen.

KH berief sich auf Hitler, der angeblich vor etwa 2 Jahren gesagt hätte, er würde niemals in Österreich einmarschieren. Ich erwähnte, daß dies niemals ein nationalsozialistisches Programm gewesen wäre, sondern vielleicht die Bemerkung in einer Rede, die der damaligen Lage entsprochen hätte. Ich kannte eine solche Äußerung aber überhaupt nicht. KH konnte mir auch nicht angeben, wann sie gefallen wäre.

Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde, es stellte sich dabei heraus, daß KH den Wortlaut seiner Reden nicht mehr gegenwärtig hatte und daß er von dem Aufsatz des Dr. Brand nichts wußte. Ich verwies auch auf den Aufsatz in der „Rundschau“ vom 7. Oktober 1934, in dem das Selbstbestimmungsrecht als überholtes Requisit der liberalen Zeit dargestellt worden sei.

Schließlich erklärte KH, er sehe selbst ein, daß in dieser Angelegenheit „etwas geschehen“ müsse, ich bestätigte diese Auffassung und bemerkte, er sei dies sich selbst und seinem Gewissen schuldig, weil er sonst aus der jetzigen unmöglichen Lage der Widersprüche mit der Entwicklung nicht herauskomme. Meine Bemerkung, daß ich seit etwa 1936 gegen die Politik der SdP keine grundsätzlichen Einwendungen habe, weil ich den Geist des KB als von der Entwicklung überrannt und daher überwunden betrachte, meine Erinnerung, daß ich ihm bereits 1935 gesagt hätte, er könne sich noch so loyal gebärden, er werde immer von den Tschechen als illoyal behandelt werden und von selbst in immer schärfere Opposition kommen, nahm er abschließend zur Kenntnis.

Ich habe auch im Laufe der Unterredung davor gewarnt, daß sich die KBloute, wie es offenbar tatsächlich geschehe, bei der Politik der „Tarnung“ und „List“ auf Hitler berufen, weil gerade Hitler seinen Sieg dadurch errungen hätte, daß er an

den sittlichen und unüberwindlichen Gehalt einer bestimmten Idee geglaubt habe, nicht durch geschickte Winkelzüge. KH hat auch erwähnt, er hätte seine BLEipaer Rede vorher im Kreise der Amtswalter besprochen, hätte diese darauf aufmerksam gemacht, daß er genötigt sei, so zu sprechen, was ich damit abtat, daß es nicht darauf ankomme, ob ein bestimmter größerer oder kleinerer Kreis in die Tarnung eingeweiht sei, sondern darauf, daß die Rede vor ganz Europa gehalten worden war, das ein Recht hatte, sie als wahr hinzunehmen. Auf die Bemerkung, daß Berlin mit dem Inhalte einverstanden gewesen wäre, antwortete ich, daß ich dies für ausgeschlossen hielt; ich hielt es für möglich, daß ihm in Berlin gesagt worden wäre, er solle seine Bewegung nicht unnütz exponieren, in der Rede sei aber eine fast philophische Ablehnung des alldeutschen Gedankens und Nationalsozialismus enthalten, mit der Berlin unmöglich übereinstimmen könne. Durch die Begründung sei klar, daß es sich damals nicht um „Tarnung“, sondern um die wirkliche Überzeugung des KB gehandelt habe, der eben darauf ausging, eine selbständige „sudetendeutsche“ Politik in die Wege zu leiten, weil er an die Entwicklung der nächsten Jahre nicht geglaubt hätte.

Lodgman

* KB = Kameradschaftsbund.

Actae ..., Dokument Nr. 119, S. 187

Denkschrift von Rudolf Lodgman von Auen an Adolf Hitler, April 1938.*

Dr. Rudolf Lodgman, Teplitz-Schönau (Böhmen),
Robert Schumann-Straße 2018 - Fernruf 866-2

Warum ich nicht zu Konrad Henlein fand.

Eine Denkschrift des ehemaligen österreichischen Reichsratsabgeordneten, Landeshauptmannes von Deutschböhmen und Führers der Deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei Dr. Rudolf Lodgman, verfaßt am Tage des Großdeutschen Reiches, am 10. April 1938, für den Führer und Kanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler:

Als Konrad Henlein (KH) am 1. Oktober 1933 im Namen der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) seinen Aufruf an alle Sudetendeutschen zur Sammlung erließ, war die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) der Tschechoslowakei aufgelöst und die Tätigkeit der Deutschen Nationalpartei (DNP) eingestellt worden. Ich war bis zum Jahre 1925 Vorsitzender der letzteren und hatte dieses Amt im November zurückgelegt, als ich bei der Wahl am 15. November

1925 im ersten Wahlgange im Wahlkreise VI (Laun) nicht die erforderliche Stimmenzahl für ein Abgeordnetenmandat erhalten hatte. [...]

Die DNP hatte das Selbstbestimmungsrecht zur Grundlage ihrer Politik erhoben, dies hatte zur Einstellung ihrer Tätigkeit geführt. Die SHF Konrad Henleins wurde von den Tschechen als verkappte Sammelstelle der verfolgten Parteien angesehen und so war es für mich selbstverständlich, daß ich mich von der neuen Bewegung zunächst fernhielt, da ich die SHF durch meinen Beitritt nicht gefährden wollte. Ich wartete also zunächst ab, wie sich die Verhältnisse gestalten würden, obwohl es für mich in programmatischer Beziehung eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, der neuen Bewegung beizutreten, weil ich ja immer schon den Gedanken der Volksgemeinschaft vertreten hatte.

Der Aufruf vom 1. Oktober forderte lediglich zur Sammlung der Kräfte „über alle Parteien und Stände hinweg“, die SHF lehnte es ab, als politische Partei aufzutreten und verkündete auch kein eigenes politisches Programm, dem die Einigung hätte dienen sollen, ein Standpunkt, der allerdings bald aufgegeben werden mußte, weil er auf die Dauer unhaltbar war, wenn die neue Bewegung im politischen Kampfe bestehen wollte. Am 8. Oktober 1933 verkündete Konrad Henlein vor einer Versammlung von Pressevertretern in Prag die „politische Grundhaltung“ der SHF, indem er in erster Reihe seine loyale Einstellung zum Staate, seine Bereitwilligkeit zur Regierungsteilnahme, sein Bekenntnis zur Demokratie, sodann die Ablehnung des Marxismus, die christliche und deutsche „Weltanschauung“ betonte. Mußte schon damals die aufdringliche Betonung der Loyalität dem Staate gegenüber die Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes verstimmen, so mußte ihnen umso unverständlicher bleiben, daß Konrad Henlein damals von einem „sudeten-deutschen Stamme“ sprach, dessen Wohl „unlösbar verbunden“ sei mit dem Wohle des Gesamtstaates. Immerhin konnte man damals annehmen, dieser Ausdruck bedeute dasselbe, was bis dahin mit dem Worte „Sudetendeutsche“ gemeint war, ein Ausdruck, der sich zur Bezeichnung der in der Tschechoslowakei vereinigten Deutschen herausgebildet hatte, ohne daß Jemand darunter jemals etwas anderes, als eine sprachliche Abkürzung für die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen verstanden hätte, die bekanntlich verschiedenen deutschen „Stämmen“ angehören. Es ist dabei festzuhalten, daß diese Rede, wie ausdrücklich betont wurde, die „politische Zielsetzung“ bedeuten, die „politische Grundhaltung klar und eindeutig aufzeigen“ sollte, daß sie also als das Programm der „Bewegung“ zu werten ist und daß damals Konrad Henlein, was für das Verständnis des Folgenden wichtig ist, Folgendes feststellte:

„Meine Liebe zu Volk und Heimat, die Erkenntnis, daß das Wohl des sudeten-deutschen Stammes unlösbar verbunden ist mit dem Wohle des gesamten Staates – haben mich bewogen, allein, ohne jede Beeinflussung, ja ohne jede Beratung durch meine nächsten Freunde, meinen Aufruf zur Sammlung aller aufbauwilligen

Kräfte zu erlassen. Aus dieser wahrheitsgemäßen Darstellung des Sachverhaltes ergibt sich, daß alle Mutmaßungen und Mißdeutungen, die in den letzten Tagen über mich und meine Aktion ausgesprochen wurden, jeglicher Grundlage entbehren. Der ‚Deutsche Turnverband‘ ... scheidet als völlig unbeteiligt von vornherein aus. Ebenso aber auch der in der Presse mit mir im Zusammenhang gebrachte ‚Kameradschaftsbund‘, der sich lediglich als soziologischwissenschaftlicher Verein betätigt hat und dem ich selbst seit ungefähr einem halben Jahre gar nicht mehr anhöre.“

Von dem Bestande dieses Kameradschaftsbundes (KB) hat die Öffentlichkeit damals überhaupt zum erstenmal erfahren und jeder mußte sich fragen, warum sich Konrad Henlein so nachdrücklich gegen eine Verbindung mit ihm verwahre. Ausschlaggebend für die Beurteilung der Ziele der Bewegung ist aber die Rede geworden, die Konrad Henlein am 21. Oktober 1934 bei einer Kundgebung in Böhmisches Leipa hielt. In ihr wurde „die Einstellung der ‚Sudetendeutschen Heimatfront‘ zu den wichtigsten außen- und innenpolitischen Fragen dargelegt“, sie ist also ebenfalls als Programm der Partei zu werten und was dort gesagt wurde, das entfernt sich bereits derart weit von den Grundsätzen einer nationalen Bewegung, die sich ihrer seelischen und schicksalhaften Zusammenhänge mit dem Gesamtdeutschtum bewußt ist, daß es bei allen deutschgesinnten Sudetendeutschen nur mehr schärfsten Widerspruch hervorrufen mußte. Es soll im Folgenden nachgewiesen werden, daß dies kein Zufall, keine bloße Ungeschicklichkeit, auch keine „Tarnung“ gegenüber den tschechoslowakischen Behörden gewesen ist, die im Übrigen über die seelische Verfassung des sudetendeutschen Menschen keinen Augenblick im Unklaren waren, sondern das Ergebnis eines wohldurchdachten Planes, der von einer kleinen Gruppe von jungen Männern ausgeheckt war, die, von maßlosem Ehrgeiz getrieben, das Sudetendeutschtum unbedenklich in eine „Verschweigerung“ getrieben hätten, wenn nicht die Dynamik und Kraft des Nationalsozialistischen Deutschlands diese Gefahr beseitigt hätte, nämlich der sogenannte „Kameradschaftsbund“, dem einst auch Konrad Henlein angehörte. Dieser KB bestand aus einer Gruppe junger Männer, die die Lehren Othmar Spanns und seines Schülers Dr. Walter Heinrich vom Ständestaat in sich aufgenommen hatten und in sich selbst den Staatsstand erblickten, der berufen sei, das Sudetendeutschtum zu führen, da hiezu nur eine Elite von Personen geeignet sei, die die anderen Volksgenossen turmhoch überrage. Die meisten dieser jungen Leute hatten das Unglück, den Weltkrieg als Kinder und ihre Jugend somit ohne die leitende Hand der Väter verbringen zu müssen; sie ließen sich von der Lehre vom Staatsstande umso lieber gefangen nehmen, als ja die Fruchtlosigkeit jeder nationalen Politik innerhalb und außerhalb des Reiches seit 1918 öffentlich zutage trat. Ihr erster Grundsatz war und ist, daß der Zweck die Mittel heilige und daß es in der Politik hauptsächlich darauf ankomme, den Gegner durch Täuschung und List zu überwinden. Daher fiel

es so eingestellten Personen auch nicht schwer, schon im Jahre 1933 mit einer „Loyalitaet“ einzusetzen, die national bewußten Männern die Schamröte ins Gesicht trieb und die es ihnen unmöglich machte, zu der neuen „Volksgemeinschaft“ zu stoßen. Wer die Jahre 1934 und 1935 im Rahmen sudetendeutscher Politik erlebt hat, der kann nur mit Verbitterung und Zorn der Anbiederungen gedenken, denen sich der KB durch seine Sprecher hingab; nicht das Vertrauen in die Kraft einer sittlichen Idee, sondern eine kluge und geschickte Taktik sollte die Politik der SHF tragen, nicht die Erreichung eines nationalen Zieles, sondern die Erringung der Macht um jeden Preis war die Sehnsucht dieses sonderbaren Bundes, Vorbild war offenkundig die Verfassung der katholischen Kirche ins Weltliche übertragen.

In Böhm.-Leipa entwickelte nun Konrad Henlein am 21. Oktober 1934 das Programm der neuen Partei, damals war es schon klar, daß die „Bewegung“ Partei werden müsse, daß es mit der „Zusammenfassung“ der Stände und Parteien nicht gehe. Es sollen nur die zwei wesentlichen Punkte besprochen werden, die es einem alldeutsch gesinnten Menschen schlechterdings unmöglich gemacht haben, zur SHF zu stoßen und die als Parteiprogramm bestehen, solange sie nicht widerrufen werden.

I. Ablehnung des alldeutschen Gedankens.

Nachdem Konrad Henlein das Festhalten der Partei an der Verständigungspolitik mit den Tschechen („Activismus“) betont hatte, erklärte er, daß es sich „um das Suchen grundsätzlicher neuer Formen des Zusammenlebens der Völker und Volksteile in diesem Staate“ handle „bereit zu jeder Konsequenz, die für das Sudetendeutschum aus Erfolg oder Mißerfolg dieser Verständigungspolitik erwächst“ und fährt fort:

„1. Ein halbes Jahrhundert war erfüllt von den Gedanken des Pangermanismus und des Panslawismus.

2. Die Verwirklichung solcher Ideen aber setzt den Vernichtungskampf aller Völker gegeneinander voraus.

3. In Mitteleuropa sind die Verhältnisse derart verwickelt, so sehr greifen verzahrend die völkischen Siedlungsbereiche ineinander, daß sich in diesem Raume Volks- und Staatsgrenzen niemals vollkommen gedeckt haben und sich auch niemals vollkommen decken werden.

4. Wer dennoch daran denkt, alle und nur Angehörige desselben Volkes in einem Staate zu vereinigen, der muß naturnotwendig mit den Staaten in Konflikt kommen, die Teile jenes Volkes in ihren Grenzen beherbergen und er muß Teile des Nachbarvolkes vernichten, die die Einheitlichkeit des Sprachgebietes unterbrechen.

5. Daß sich aber so bedrohte Staaten mit äußerster Leidenschaftlichkeit und auch mit dem letzten Einsatze an Gut und Leben wehren, ist selbstverständlich.

6. Denn kein Volk verzichtet kampflös auf ererbten Boden und auf seine erwor-

bene staatliche Geltung. Pangermanismus wie Panslawismus führen unausweichlich zur Katastrophe.

7. Wer es daher wahrhaft ernst mit dem Frieden in Europa meint und das Reden vom Frieden nicht als eine leichtgesagte Unverbindlichkeit betrachtet, der muß endlich mit jenen imperialistischen Ideen einer vergangenen Zeit ein für allemal brechen.

8. Nur wer erkennt, daß weder der Pangermanismus noch der Panslawismus konstruktive Elemente für den Neuaufbau Europas und Mitteleuropas sind, kann ehrlich an eine friedliche Zukunft Europas glauben.“

Aus Absatz 4 ergibt sich, daß hier unter „Pangermanismus“ der alldeutsche Gedanke zu verstehen ist, ein Volk, ein Reich, ein Führer. Ihn dem Panslawismus entgegenzusetzen, ist schon an sich verfehlt und ihn als imperialistische Idee einer Vergangenheit darzustellen, die unausweichlich zur Katastrophe führe, einfach lächerlich. Gewiß, das Ideal des deutschen Volkes, die räumlich zusammenhängend siedelnden Volksgenossen im Reiche zu vereinigen (und nur auf sie bezieht sich der alldeutsche Gedanke, keineswegs auf die Streudeutschen in aller Welt), wird vielleicht unerreichtes Ideal bleiben, allein deshalb braucht man seinen Heiland nicht als Störer des europäischen Friedens hinzustellen, der es nur für diejenigen war und ist, die dem deutschen Volke seine natürliche Vereinigung unmöglich machen wollen.

II. Ablehnung der Nationalsozialistischen Weltanschauung:

Nachdem Konrad Henlein den „Fascismus“ deshalb abgelehnt hatte, weil er „angesichts der Zivilisationshöhe unserer mitteleuropäischen Völker ... schlechterdings unerträglich“ sei, fährt er fort:

1. „Auch gegenüber dem reichsdeutschen Nationalsozialismus stehen wir nicht an, grundsätzliche Vorbehalte zu bekunden, wenn auch aus anderen Gründen.

2. Lange ehe die Verneinung der liberalen Ära eine billige politische Mode war, waren ich und manche meiner Gesinnungsfreunde, die heute an entscheidender Stelle als Funktionsträger in der ‚SHF‘ wirken, in vorbereitendem geistigen Ringen über die negativen Ergebnisse einer politischen Entwicklungsphase uns klar geworden, die im Zeichen eines schrankenlosen Liberalismus und eines vollständigen Verkennens der Demokratie gestanden ist.

3. Deshalb ist es an sich lächerlich, mir und meinen Mitarbeitern, die heute zu den Wortführern der ‚SHF‘ gehören, nachzureden, wir hätten gedanklich und sprachlich Anleihen beim reichsdeutschen Nationalsozialismus gemacht oder seien bei ihm in die Schule gegangen.

4. Trotz gewisser kritischer Vorbehalte gegenüber der liberalen Epoche, deren Versagen heute außer Zweifel steht, muß ich aber Eines nachdrücklich unterstreichen:

5. Daß wir nie und nimmer auf die Liberalität, d.i. auf die vorbehaltlose Achtung der Persönlichkeitsrechte als einer grundsätzlichen Haltung bei der Bestimmung der Beziehung der Menschen im allgemeinen und der Beziehung zwischen Staatsbürger und Behörden im besonderen verzichten werden.

6. Am wenigsten aber sind wir bereit, das selbstbewußt und verantwortlich handelnde Individuum als konkreten Träger jeder aufwärts führenden gesellschaftlichen Entwicklung zu verneinen.

7. Aus diesen Feststellungen ergeben sich die fundamentalen Unterschiede, die uns vom Nationalsozialismus unterscheiden.“

Man beachte den Absatz 2, wo von dem „vorbereitenden geistigen Ringen“ nämlich des KB die Rede ist, man beachte die Ablehnung in den Absätzen 5 und 6, die sich sozusagen philosophisch auf die „Liberalität“ beruft, im Gegensatz zum Grundsatz des Nationalsozialismus, Gemeinnutz geht vor Eigennutz, und man wird zugeben müssen, daß es sich keineswegs um eine „Tarnung“ der tschechoslowakischen Öffentlichkeit gegenüber handelte, wie jetzt nachträglich behauptet wird, sondern um eine bestimmte Weltanschauung, die nicht an die dynamische Kraft des Nationalsozialismus glaubte und überdies grundsätzlich andere Ziele verfolgte, als dieser.

Dabei widerspricht sich Konrad Henlein selbst, denn die Absätze 5 und 6 besagen annähernd genau das Gegenteil von dem, was er am 8. Oktober 1933 bei Begründung der Notwendigkeit neuer Methoden angeführt hatte, nämlich:

„Ein Wille muß in all den Gefahren und Schwierigkeiten dieses Weges letztlich entscheiden können“, wobei freilich gemeint war, dieser Wille sei der des Staatsstandes, der wiederum mit dem KB zusammenfallen sollte. Auch diese Rede ist übrigens für einen aufrecht gesinnten, national denkenden Menschen wegen ihrer Anbiederungsversuche an die Tschechen schier unerträglich, Konrad Henlein ging sogar so weit zu behaupten,

„Unseren deutschen Brüdern in der Slowakei und in Karpathorußland geht es heute sogar in mancher Hinsicht besser, als unter dem Drucke volkstumszerstörender Minderheitenpolitik in Ungarn, die sich ja auch leider bis heute nicht im geringsten gebessert hat“,

wobei er verschwieg, daß in der Slowakei eben die Ungarn die größere Gefahr, die Deutschen schlechterdings ungefährlich sind, weshalb die tschechische Außenpolitik sehr gern mit der wohlwollenden Behandlung des deutschen Schulwesens in der Slowakei vor Europa aufwartete.

III. Der sudetendeutsche Stamm:

Ich habe schon erwähnt, daß die aufdringliche Betonung des „sudetendeutschen Stammes“ in der Rede vom 8. Oktober 1933 auffallen mußte, die weitere Entwick-

lung läßt erkennen, daß sie nicht Zufall, Ungeschicklichkeit oder „Tarnung“ gewesen ist, sondern wohl überlegte Absicht. Kurz nach der programmatischen Kundgebung in Böhm.-Leipa (21. Oktober 1934) erschien das erste Heft der Zeitschrift „Volk und Führung“, die von führenden Männern des KB gegründet und gestaltet wurde. In diesem Heft vom 1. April 1935 wurde nicht nur das Programm dieser Zeitschrift veröffentlicht, in der dem „sudetendeutschen Stamme“ eine besondere Aufgabe im Rahmen Europas zugewiesen wird, sondern auch ein Aufsatz von Dr. Walter Brand unter der Überschrift: „Die Idee des ‚sudetendeutschen Stammes‘. Verschweizung, Volksverrat oder sudetendeutsches Schicksal?“

Dr. Brand war damals Generalsekretär Konrad Henleins und der ausschlaggebende und einflußreichste Kopf der ganzen Bewegung. Er wurde später von einem „Ehrengerichte“ schuldig gesprochen und aus der Partei entfernt. Die Einzelheiten sind der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, Tatsache ist, daß der erwähnte Aufsatz in weiten Kreisen des Sudetendeutschtums geradezu einen Entrüstungssturm hervorrief, daß aber nicht er es war, der die Veranlassung zur Einsetzung des Ehrengerichtes (richtig: Parteigerichtes) gebildet hatte, sondern politisch belanglose Vorkommnisse. Dieser Aufsatz nun ist für das Verständnis der Ausführungen Konrad Henleins unerläßlich, er besagt nichts mehr und nichts weniger, als daß es notwendig sei, einen „sudetendeutschen Stamm“ zu schaffen, der sich geistig, ideell und kulturgemäß von den übrigen deutschen Stämmen zu unterscheiden habe; dies sei kein Volksverrat, sondern das sudetendeutsche Schicksal. Hier wird also das angepriesen, was auf den führenden Männern der deutschen Politik in der Tschechoslowakei bis dahin immer als Alpdruck gelastet hatte, die seelische Absonderung vom Gesamtdeutschtum als Folge der politischen Trennung, wie bei den Holländern, Elsäßern und Schweizern, bei jeder der drei Gruppen in verschiedenem Grade, wofür der Verfasser dieser Denkschrift seinerzeit selbst das Wort Verschweizung geprägt hatte. Diesen nackten Volksverrat kann nachträglich niemand mit der Begründung der Notwendigkeit einer „listigen Tarnung“ aus der Welt schaffen, es ist klar, daß der Kreis dieser jungen Leute keineswegs von der großen sittlichen Idee deutscher Volksgemeinschaft getragen war sondern die Politik als eine Art Wissenschaft behandelte, bei der es sich lediglich darum handle, Macht in die Hand zu bekommen, gleichgiltig, im Dienste welcher Idee. Dabei war sich der Verfasser Dr. Brand über die daraus entstehenden Gefahren durchaus klar, denn er schreibt selbst:

„Liegt darin eine Gefahr für unser Deutschtum? Es sei nicht geleugnet, daß eine Gefahr darin liegen kann“, um sich mit folgender Phrase darüber hinwegzusetzen:

„Aber nur dann, wenn jemals darauf vergessen werden sollte, daß wir Deutsche sind und daß wir letzten Endes alle unsere geistige Schaffenskraft nur aus den größeren Zusammenhängen unseres kulturellen Lebens gewinnen können. Darum

müssen wir ganz besonders ein scharfes Auge auf alle jene Bestrebungen haben, die uns – oft unter der ganz harmlosen Maske einer Devisenbestimmung – hier im Innern unseres Wesens treffen wollen“.

Eines ist gewiß: Über der geschickten und listigen, aber amoralischen Politik des KB triumphiert heute die Entwicklung unter Führung des Deutschen Nationalsozialismus; der KB wurde durch diese Entwicklung, an die er zu seinem Unheil nicht geglaubt hatte, einfach überrannt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist wieder zu Ehren gekommen und die haben recht behalten, die die These vertraten, das Sudetendeutschtum werde im tschechoslowakischen Staate genau soviel Recht haben, als Deutschland Macht in Europa. Es ist aber auch klar, daß die heute führenden Männer der SdP nunmehr bestrebt sein müssen, ihre damalige, heute unbegreifliche Haltung der sudetendeutschen Öffentlichkeit begreiflich zu machen und daß sie daher all das, was hier als würdelos, ja als Volksverrat gekennzeichnet wurde, als durch die Sanktion der Obersten Führung gebilligte Tarnung hinzustellen bemüht sein werden, die nunmehr „überholt“ sei. Sie tun dies bereits. Der Verfasser dieser Schrift hatte in der letzten Zeit mehrere Aussprachen mit führenden Personen der SdP, in denen es sich immer um die Frage gehandelt hatte, warum er der Partei nicht beitrete. Auf seine Erwiderung, er könne dies insolange nicht tun, als das Programm vom 8. Oktober 1933 und 21. Oktober 1934 nicht widerrufen sei, weil er dessen Anerkennung als mit seinem sittlichen Empfinden im Widerspruche stehend empfände, beriefen sich diese Männer darauf, daß ihr Verhalten von der Obersten Führung gebilligt worden sei. Auch Konrad Henlein hat dem Verfasser gegenüber in einer Unterredung am 7. April 1938 diesen Standpunkt vertreten, worauf ihm auf den Kopf zu gesagt wurde, dies sei unmöglich; die Oberste Führung dürfte wahrscheinlich den Standpunkt vertreten haben, das Sudetendeutschtum solle sich nicht unnütz gefährden, sie könne und werde aber niemals die Verleugnung der heiligsten Gefühle der Nation verlangt oder gar angeordnet haben. In der Tat ist ja auch dem Verfasser dieser Schrift bekannt, daß die Politik der SdP in den Jahren 1934 und 1935 in weiten Kreisen des Deutschen Nationalsozialismus auf schärfste Ablehnung gestoßen ist und es ist so, daß sich erst etwa ab Mitte 1936 eine klarere oppositionelle Linie im Verhältnisse zum Tschechenstaat herausentwickelt hat. Das Sudetendeutschtum hat auch rein gefühlsmäßig in der SdP nichts anderes erblickt, als die Vertreterin des Deutschen Nationalsozialismus und dieser Umstand hat deren Stellung unüberwindlich gemacht. Schon zu Bismarcks Zeiten haben ja die „Deutschen Böhmen“ stets nach Deutschland geblickt, wie sollte es heute anders geworden sein? Das, was Konrad Henlein als Programm verkündet hatte, war keine Tarnung den Tschechen gegenüber, sondern damals die wirkliche und wahre Meinung des KB und ist nur deshalb ungefährlich geblieben, weil es vom Nationalsozialismus überrannt worden ist. Auch hier war der KB Nutznießer der Entwicklung, die über ihn hinwegging und es ist, bei Gott, nur ein Be-

weis für das beneidenswerte Selbstbewußtsein der „Kameraden“, wenn sie heute behaupten, sie hätten das Sudetendeutschtum geeint. Nein! Während der Nationalsozialismus 14 Jahre lang einen unerbittlichen, entsagungsreichen und harten Kampf um die Seele des deutschen Menschen führen mußte, fielen seine Früchte, was das sudetendeutsche Gebiet anbelangt, Konrad Henlein und seiner SHF einfach reif in den Schoß. Am 1. Oktober 1933 war Konrad Henleins Aufruf erschienen und schon am 19. Mai 1935 erzielte die SdP bei der Wahl in die Nationalversammlung rund 1¼ Millionen oder 66% der deutschen Stimmen. Wenn es sich, wie Konrad Henlein am 8. Oktober 1933 ausgeführt hatte, um eine „neue sudetendeutsche Politik“ gehandelt hätte, so wäre ein solcher Erfolg in dieser Zeit einfach unmöglich gewesen; in Wirklichkeit hatten sich alle schlechthin national gesinnten Männer und Frauen im heiligen Glauben an die Entwicklung in Deutschland zusammengefunden. Das kann und soll selbstverständlich kein Vorwurf gegen Konrad Henlein und seine Partei sein, es ist aber auch nicht sein Verdienst und es gebietet die Wahrheitsliebe festzustellen, welchen Gefahren das Sudetendeutschtum unter einer solchen Führung entgegen gegangen wäre, wenn der Wiederaufstieg Deutschlands nicht in so atembeklemmendem Tempo vor sich gegangen wäre: es kann kein Zweifel sein, daß dann die Gefahr der „Verschweizerung“ in die Nähe gerückt worden wäre, die Verwirklichung eines süddeutschen katholischen Kulturkreises mit Österreich, in dem die Tschechoslowakei ihre bestimmte Rolle zu spielen gehabt hätte, eine Idee, mit der im KB dem Vernehmen nach tatsächlich gespielt worden ist, wäre wahrscheinlich das politische Ziel einer solchen Politik geworden.

Wenn diese Darlegungen hier gemacht worden sind, so ist es nicht deshalb geschehen, weil der Verfasser etwa Konrad Henlein stürzen wollte, um sich oder Jemanden anderen an seine Stelle zu setzen. Dies wäre heute gar nicht empfehlenswert, weil die Masse heute in ihm nichts anderes als den Vertreter des Obersten Führers erblickt und nicht notwendig, weil ja die Entwicklung über die Unzulänglichkeiten der Führung in der SdP zur Tagesordnung übergegangen ist. Gleichgiltig, ob die deutschen Gebiete der Tschechoslowakei zu Deutschland kommen oder nicht, die politische Legitimation für die Führung ist heute gefühlsmäßig in den deutschen Massen in Berlin verankert, die Masse glaubt ganz einfach, daß alles, was die hiesige Führung macht, von Berlin vorgeschrieben oder wenigstens gebilligt werde und es wird auch innerhalb der SdP durch Flüsterpropaganda so dargestellt. Daher ist auch die SdP praktisch, abgesehen von der materiellen Seite, darauf angewiesen, sich nach den Notwendigkeiten der gesamtdeutschen Politik zu richten, woran sie 1934 und 1935 leider noch nicht dachte. In dieser Sachlage liegt aber auch die Gefahr, daß die sudetendeutsche Masse es gutgläubig hinnimmt, daß die hier geschilderten und bekämpften Anschauungen von der Obersten Führung als Tarnungsmanöver vorgeschrieben worden sind und hier muß sich das primitivste

sittliche Empfinden aufbäumen: dadurch fiel die Verantwortung vor der Geschichte nunmehr auf die Oberste Führung des Reiches und die Folgen wären, nicht nur für das Deutschland, gar nicht abzusehen. Es wird wenige Beispiele in der Geschichte der Menschheit geben, in der eine sittliche Idee mit so sittlichen Mitteln verfochten worden ist, wie im Siegeszuge des Nationalsozialistischen Gedankens, er ist heute schon für die Massen Religion geworden und wehe, wenn man ihm auch nur die Möglichkeit einer solch amoralischen Politik unterschöbe, als die sich jene der SdP nach dem Dargelegten darstellt. Die Wucht des Nationalsozialistischen Gedankens und die Stärke der Obersten Führung im Reiche bestehen, und mit Recht!, nicht zuletzt darin, daß die Masse zutiefst von der, man möchte sagen, transcendenten Sittlichkeit erfaßt ist, die die Bewegung in den Stand gesetzt hat, alle Gegner inner- und außerhalb Deutschlands geistig zu überwinden und es muß um jeden Preis verhütet werden, daß Fehler, die begangen worden sind, nunmehr auf die Oberste Führung abgewälzt werden. Daher müssen diese Fehler beseitigt werden, noch ehe die großen politischen Ereignisse, die die Tschechoslowakei betreffen, eintreten, es darf nicht geduldet werden, daß sie als von der Obersten Führung angeordnete Tarnungsmanöver dargestellt werden. Es ist nicht zu befürchten, daß dadurch eine Erschütterung im geistigen Glauben der Masse eintreten könnte, im Gegenteil! Die sudetendeutsche Bevölkerung würde dies als Befreiung von einem unwürdigen Zustande begrüßen, der die besten Kräfte der Entwicklung hierzulande nicht froh werden ließ. Es wäre unerträglich, wenn die Kreise des KB, wie es tatsächlich geschieht, gegen jene national gesinnten Männer mit dem falschen Pathos einer sittlichen Entrüstung vorgehen und sie als „Separatisten“ brandmarken dürften, die den Gedanken der wahren, großdeutschen Volksgemeinschaft, gegenüber jener des sudetendeutschen Stammes verteidigt haben. Eine Bereinigung ist auch im eigenen Interesse der führenden Personen in der SdP ein Gebot zwingender Notwendigkeit, denn über ihnen hängt ihr ursprüngliches „Programm“ als sittliches Damoclesschwert und wird sie solange nicht zu innerer Ruhe gelangen lassen, als es nicht aus der Welt geschafft wurde. Wie soll die SdP in den bevorstehenden Verhandlungen mit den Tschechen bestehen, wenn ihr diese jederzeit ihre eigenen Worte entgegenhalten können? Wie soll sie die Anerkennung des Nationalsozialismus als Weltanschauung heischen dürfen, wenn sie ihn selbst verleugnet hat?

Diese Darstellung ist nach der Unterredung verfaßt, die der Verfasser am 7. April mit Konrad Henlein hatte. Dieser sieht, soviel geht wenigstens aus seinen Äußerungen hervor, ein, daß das Programm vom 8. Oktober 1933 und vom 21. Oktober 1934 „überholt“ ist und daß eine Überprüfung stattfinden müßte. Der Verfasser dieser Schrift hat sich erbötig gemacht, dabei mitzuhelfen, er ist sich aber nicht sicher, ob Konrad Henlein stark genug ist, um die etwa entgegenwirkenden Kräfte seiner Umgebung zu überwinden; es besteht die Gefahr, daß dabei eine neu-

erliche Zwiespältigkeit herauskommt, die unter Umständen ärger sein könnte, als der jetzige Zustand. Hier müßte also eingegriffen werden, um die Vergangenheit klar und unzweideutig abzutun.

Zwei Erwägungen waren es, die den Verfasser dieser Schrift bewogen haben, diesen Schritt zu tun: die erste wurde bereits erwähnt, es sollte verhindert werden, daß sich die führenden Kreise der SdP zur Erklärung ihrer ursprünglichen Haltung auf die Billigung durch die Oberste Führung berufen dürfen. Die zweite ist rein persönlicher Art: Ich wollte vor der Obersten Führung und damit vor der Geschichte die sonst unverständliche Tatsache erklären, daß ich, der Verfechter deutscher Volksgemeinschaft, außerhalb jener Partei bleibe, die als Ausdruck des Sudetendeutschums gilt. Ich kann es, wie dargelegt, mit meinem sittlichen Empfinden nicht vereinbaren, zu einer Partei zu stoßen, die sich in den grundlegenden Fragen deutscher Volksgemeinschaft von meinen Anschauungen scheidet, weil sie mit ihrer Politik in Wirklichkeit andere und zwar geheime Ziele verfolgt hatte und die Kraft ihrer Bewegung nicht im Bekenntnis, sondern in der Tarnung suchte, und noch heute sucht. Der Verfasser hat nach einer 60jährigen Lebenszeit für seine Person keinen anderen Ehrgeiz, als den, sein Verhalten zu rechtfertigen. Er ist überzeugt, daß diese Schrift in gleichem Geiste von seinem verstorbenen Freund Hans Knirsch** mit unterschrieben worden wäre, wenn dieser noch lebte. Knirsch war die stärkste moralische Kraft der einstigen Nationalsozialistischen Bewegung der Sudetenländer und dachte über die bewegenden Kräfte in der deutschen Politik nicht anders, als der Verfasser. Auch in seinem Geiste ist diese Schrift verfaßt.

Heil dem Führer!

JUDR. Rudolf Lodgman

* Nicht datiert. Dem Inhalt nach wahrscheinlich April 1938.

* Hans Knirsch (1873-1933) war einer der Begründer der DNSAP, der Nazipartei in der Tschechoslowakei. Im Jahre 1926 überließ er die Führung der Partei dem Abgeordneten Rudolf Jung und widmete sich der Vertiefung der Beziehungen zu den Nazis in Deutschland.

Actae ..., Dokument Nr. 120, S. 189

Aktionsprogramm der SdP aus dem Jahre 1938.¹

Grundplanung O. A.

I. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1. Redaktionelles:

a) Die vorliegende Grundplanung bezieht sich in der Hauptsache auf volkspolitische Gesichtspunkte. Außenpolitische, militärische und sonstige Erwägungen werden nur erwähnt, wenn sie volkspolitische Gesichtspunkte berühren.

b) Die Grundplanung ist in der beiliegenden Form keineswegs erschöpfend. Die aufgeführten Maßnahmen müssen gemäß regionalen und fachlichen anderen Gegebenheiten durch Einzelarbeiten vertieft und erweitert werden.

c) Im zeitlichen Ablauf der Ereignisse können sich neue Gesichtspunkte und Möglichkeiten ergeben. Sie verlangen ein lebendiges Handeln. Die grundsätzlichen Gesichtspunkte sind aber in allen Lagen zu beachten.

2. Grundsätzliches:

a) Es handelt sich im zugrunde gelegten Konfliktfälle nicht bloß um das sudeutsche Problem, sondern um die Gesamtfrage der heutigen Tschechoslowakei. Dieser Komplex teilt sich wieder in:

die Frage der historischen „Länder der böhmischen Krone“ (Böhmen, Mähren, Restschlesien d. s. Jägerndorf, Troppau, Teschen), einerseits, im Nachfolgenden die „böhmischen Länder“ genannt, und die Frage der Slowakei und Karpathenrußlands andererseits.

b) Auf die böhmischen Länder hat das Deutsche Reich aus tausendjährigen geschichtlichen Gegebenheiten das Reichsrecht wieder in Anspruch zu nehmen und die restlose Eingliederung bis zu der bis 1866 geltenden alten Reichsgrenze (Kleine Karpathen) durchzuführen.

Die historische Begründung dieses Anspruches hat den Grundton aller innen- und außenpolitischen Propaganda während der Aktion zu bilden. (Böhmen „Zitadelle Deutschlands“ im Mittelalter; rangerstes Land im ersten Deutschen Reich: „Herzland Germaniens“; Mähren, Representant der Markgrafschaften im Quadrionenwappen des ersten Reiches usw.).

Besonders kräftig ist ferner zur Begründung der notwendigen Aktion die Tatsache hervorzuheben, daß die Tschechei, je länger desto mehr, durch ihre Verbindung mit Moskau einen bolschewistischen Brand- und Infektionsherd ersten Ranges in Mitteleuropa einrichtet, dessen Wirkungen sich vorzüglich gegen das Deutsche Reich wenden und dessen Beseitigung der europäischen Friedenskonsolidierung dient.

Dieser Hinweis auf die bolschewistische Bedrohung sowie die historische Begründung müssen deshalb so stark hervorgehoben werden, weil damit die Einzigartigkeit des Falles der Tschechen dargetan werden kann und andere Nachbarvölker auf diese Weise durch die geschichtliche Einmaligkeit der Lage der böhmischen Länder beruhigt werden können.

Daneben müssen die völkischen Gesichtspunkte Erwähnung finden (z.B. die Zahl der Deutschen in den böhmischen Ländern macht mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus; hingegen werden die Tschechen nach Eingliederung der böhmischen Länder in das Deutsche Reich nur etwa 8% der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches ausmachen.)

Weiters sind geopolitische, verkehrsmäßige und wirtschaftliche Gesichtspunkte vorzubringen.

c) Die Frage der Slowakei und Karpathenrußlands bedarf einer völlig anderen Regelung als sie für die böhmischen Länder vorgesehen ist. Abzulehnen ist eine Rückgabe der Slowakei an Ungarn. Grenzkorrekturen zugunsten Ungarns können unter Berücksichtigung völkischer Gesichtspunkte vorgenommen werden, ohne den integrierenden Status der Slowakei zu treffen. Auch Preßburg gehört zur Slowakei. Der Preßburger Brückenkopf am rechten Ufer der Donau fällt zum Deutschen Reich.

Die Slowakei soll selbständig bleiben. Ihre enge Anlehnung an das Deutsche Reich und ein freundschaftliches Verhältnis zu Ungarn wäre selbstverständlich. Auf diese Weise bleiben Slowakei und Karpathenrußland Trennungsschranke zwischen Polen und Ungarn und für das Deutsche Reich eine Brücke nach Osten. Karpathenrußland könnte unter deutscher Initiative später zum „Piemont der Ukrainer“ entwickelt werden.

Die Lebensrechte der Karpathendeutschen sind vom Deutschen Reiche sicherzustellen.

Die völlig entgegengesetzte Behandlung der Tschechen und der Slowaken wäre ein wichtiger Schachzug gegen panslawistische Gedankengänge. Das Deutsche Reich sollte geradezu als Garant für die im Pittsburger Verträge festgelegten Selbstständigkeitsbestrebungen der Slowakei auftreten.² (*Germania divide et impera*).

d) Unser Verhältnis zum Problem des tschechischen Volkstums bedarf einer sorgfältigen Auswägung zwischen notwendigen deutschen Forderungen einerseits und taktischen Erfordernissen der außenpolitischen Lage andererseits. Von historischen Gegebenheiten ausgehend und die seit der germanischen Frühzeit bekannten blutmäßigen Durchmischungen beachtend, *kann das Tschechentum nicht als eigenständiges Volkstum angesehen werden*. Eine deutschfeindliche Propaganda hat es im neunzehnten Jahrhundert verstanden, die Tschechen dem deutschen Lebenskreise zu entfremden. Die Umkehrung dieses Prozesses ist berechtigt und eine Lebensnotwendigkeit des Deutschen Reiches. Nie mehr darf es in der Geschichte eine tschechische Wiedererstehung geben. Alle Möglichkeiten für eine solche müssen von Grund aus zerstört werden.

Deshalb muß die tschechische Sprache verdrängt werden. Ihr gänzlich Verschwinden liegt im deutschen Interesse. Das richtige taktische Vorgehen ist aber bei den Kampfmaßnahmen entscheidend. Besonders über die Vertilgung der Sprache soll möglichst gar nicht programmatisch gesprochen werden. Wir werden das tschechische Nationalbewußtsein umso eher zertrümmern, je weniger wir dem Feind die Möglichkeit lassen, einen bloßen Sprachenkampf gegen uns zu führen. Der Faktor Sprache darf von uns in seiner Bedeutung für die nationale Gemein-

schaftsordnung nicht überbewertet werden; eine Gleichsetzung von Sprachgemeinschaft mit Nation ist zu vermeiden und kann im Ablauf der Ereignisse in den böhmischen Ländern zeitweise sogar zu bekämpfen sein. Wir werden nicht versäumen, kühne Neuformulierungen für die nationale Gemeinschaftsordnung zu finden, und an Stelle der eingewurzelten Faktoren des tschechischen Nationalbewußtseins eine neue Erlebnisgemeinschaft zu gestalten, welche die jüngeren und bildungsfähigen Elemente aus dem tschechischen Volksgebiet fest in die Dynamik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches einschließt. Das Fernziel muß sein: Zertrümmerung des tschechischen Nationalbewußtseins, Durchsiedlung des bisherigen tschechischen Sprachgebiets mit Deutschen, Überführung (und teilweise Umsiedlung!) des tschechischen Volksbestandes in einen unlösbaren geistigen und physischen Zusammenhang mit Deutschland.

Die völkischen Maßnahmen gegen das Tschechentum bedürfen unsererseits der allerhöchsten Kunst und Energie in der Anwendung von völkischen Kampf- und Organisationsgrundsätzen. Die Erkenntnisse aus unserem eigenen volksdeutschen Kampf werden sich zu bewähren haben. Die Durchsetzung der nötigen Maßnahmen beginnt einerseits schon für die Stunden und Tage der militärischen Kampfmaßnahmen und muß andererseits in systematischer Weise für die Zeit von Generationen festgelegt werden.

II. STADIUM DER AKUTEN ZUSPITZUNG DES KONFLIKTES

Der Kampf der Sudetendeutschen ist ein echter völkischer Kampf und richtet sich gegen die natur- und kulturwidrige Tyrannei der Tschechen und die bösertige und sinnloseste Schöpfung der Entenediktate von 1919.

Das Verhältnis des Deutschen Reiches zur Tschechoslowakei ist selbstverständlich durch den Lebenskampf der Sudetendeutschen stärkstens berührt; das Deutsche Reich ist die Schutzmacht für das Sudetendeutschtum. Die Frage der staatlichen Zukunft der böhmischen Länder wird nicht vom Führer der Sudetendeutschen, sondern vom Reiche aus aufgerollt werden.

Der Führer der Sudetendeutschen hat alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der sudetendeutschen Frage erschöpft. Längst ist damit der ganzen Welt die Frage der Tschechoslowakei als die akuteste Gefahr für einen echten und dauerhaften Frieden dargetan.

Der Führer der Sudetendeutschen Partei wird auch noch als letzte Möglichkeit einer friedlichen Lösung über die staatliche Zugehörigkeit die Durchführung einer Volksbefragung in Sudetendeutschland fordern. Es ist vorauszusehen, daß die Tschechen diese Forderung ablehnen werden.

Dann wird in Übereinstimmung mit dem Führer und Reichskanzler der Zeitpunkt als gekommen zu betrachten sein, daß der Führer der Sudetendeutschen Partei den entscheidenden revolutionären Schritt tut:

Erklärung der Unverbindlichkeit der Gesetze des tschechoslowakischen Staates und Anrufung der Hilfe der Regierungen der europäischen Großmächte (einschließlich Deutschland, soweit sie den Vertrag von St. Germain unterzeichnet haben) oder auch nur des Deutschen Reiches allein.

Es ist anzunehmen, daß die Tschechen spätestens diesen Schritt mit Gewaltmaßnahmen beantworten werden. Damit gewinnt der Führer der Sudetendeutschen Partei erst recht alle Freiheit des Handelns. Zwangsläufig ergibt sich damit für das Deutsche Reich aus der völkischen Gebundenheit das Recht und die Pflicht, in der Tschechoslowakei einzugreifen.

Der Führer des Sudetendeutchtums verbietet den Sudetendeutschen jeden Dienst, insbesondere Waffendienst für den tschechoslowakischen Staat und erklärt alle Eidesleistungen der Sudetendeutschen für diesen Staat für ungültig. Er kann zum Waffendienst gegen das Tschechentum aufrufen.

III. ZEITABSCHNITT DER MILITÄRISCHEN KAMPFHANDLUNGEN

Die Führung des Deutschen Reiches steht in allen Phasen der Entwicklung in engster Verbindung mit dem Führer des Sudetendeutchtums. Diesem sind auf gesichertem Boden Rundfunk und sonstige Verbindungen sicherzustellen. Über den Rundfunk gibt der Führer der Sudetendeutschen Partei die notwendigen Anweisungen, insbesondere die Instruktionen im Stadium des Kriegsausbruches für die sudetendeutsche Mannschaft.

Für die Wehrmacht des Deutschen Reiches ist der deutsche Volksboden der Tschechoslowakei *eigenes Land*, Feindesland ist das tschechische Volksgebiet (Kar-te).

Dementsprechend sind die operativen Maßnahmen und Kampfhandlungen zu gestalten. Dem völkischen Charakter des Konfliktes entsprechend werden die Kampfhandlungen im tschechischen Volksgebiet vom ersten Augenblick an mit größter Schärfe im Sinne des totalen Krieges zu führen sein. Die Flugwaffe wird nicht bloß die bekannten Stützpunkte des militärischen Verkehrs, Rüstungszentren usw. zu treffen haben, sondern ebenso die bevölkerungsstarken Herde bolschewistischen und hussitischen Hasses.

Gemäß der Siedlungsverteilung und Bevölkerungsstruktur sind im tschechischen Volksgebiet die starken Bevölkerungszentren meist auch wichtige Industriepätze und Verkehrsknotenpunkte. Dies gilt in erster Linie für Prag und seine Vororte, ferner für Pilsen, Kladno, Brünn, Mähr. Ostrau und schließlich auch für kleinere Zentren wie Pardubitz, Königgrätz, Jungbunzlau, Tabor, Schlan, Böhm. Trübau, Olmütz, Prerau, Lundenburg, Blansko usw. Die verhältnismäßig scharfe Trennung von Stadt- und Dorfsiedlung im tschechischen Gebiet erleichtert eine wirkungsvolle, scharf geführte Schwächung der tschechischen Position durch Flugwaffe und auch weittragende Artillerie.

Ergibt sich die Notwendigkeit, im sudetendeutschen Siedlungsgebiet Flugwaffe und Fernartillerie wirken zu lassen, so wäre unter Zugrundelegung von Lageplänen der Siedlungen so vorzugehen, daß die deutsche Bevölkerung möglichst geschont wird (z.B. Zerstörung von Bahnhofsanlagen von Böhm. Leipa, Iglau oder der Elbebrücke bei Leitmeritz). Um des gleichen Grundsatzes willen und schließlich auch zum Nutzen der Gefechtsführung werden den Führungsstäben der Wehrmacht – bis zu den Bataillonseinheiten – für ihr Vorgehen jenseits der jetzigen Reichsgrenzen mit Land und Leuten vertraute Sudetendeutsche als Berater in nationalpolitischen Angelegenheiten beigegeben.

Die Sudetendeutschen Wehrfähigen werden durch Anweisung des Führers der Sudetendeutschen auf Reichsboden gesammelt, zu Einheiten formiert und im Benehmen mit dem Führer der Sudetendeutschen eingesetzt.

Mit Beginn der Feindseligkeiten ist wiederholt in tschechischer Sprache durch Rundfunk etc. zu verkünden, daß Leben und Eigentum der sudetendeutschen Volksgenossen unter dem Schutze des Deutschen Reiches stehen. Jede Feindseligkeit wird nach dem Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ im Verhältnis eins zu zehn behandelt. Irreguläre Feindseligkeiten von tschechischer Seite sind mit blutiger Strenge kriegsrechtlich zu ahnden.

Mit Beginn der Kampfhandlungen hat eine lebendige Zersetzungspropaganda unter den Tschechen einzusetzen. In erster Linie kommt hierfür der Rundfunk in Frage. Rundfunksprecher und Sprecherinnen mit ausgezeichneten tschechischen Sprachkenntnissen müssen bereitgestellt sein. Daneben kommen von Flugzeugen abzuwerfende Flugzettel und von den Truppen beim Anmarsch anzuschlagende Proklamationen in Betracht. Texte vorbereiten!

Diese Propaganda hat sich in erster Linie zu richten gegen die tschechischen Intelligenzler (Advokaten, Professoren, Lehrer, Zeitungsschreiber etc.), die seit 100 Jahren dem tschechischen Volk eine falsche Ideologie gepredigt haben und die Tschechen nur in Unglück und Verderben stürzten. Böhmens Geschichte ist deutsche Reichsgeschichte. Verrat an Mitteleuropa. Stimmen tschechischer Führer zitieren (Przemyslidenkönige, Kurfürst G. v. Podiebrad etc. bis zur Gegenwart). Mit aller Schärfe sind die bolschewistischen und bolschewistenfreundlichen tschechischen Führer anzugreifen (insbesondere in der auf das Landvolk zugeschnittenen Propaganda). Die reichlichen Korruptionsskandale während der letzten zwanzig Jahre sind kräftig auszubeuten.

Den Slowaken ist die Unabhängigkeit ihrer Heimat zuzusagen. Kriegsgefangene slowakische Soldaten sind freundlich zu behandeln. Polen und Ungarn (und selbstverständlich auch Karpathendeutsche) sind als Befreite zu betrachten. Gefangene tschechische Soldaten werden baldigst zu Arbeiterabteilungen formiert und zum Wiederaufbau des Kriegsgebietes verwendet.

Im besetzten tschechischen Gebiete sind Intelligenzler und Marxistenführer als

gefährliche Gegner anzusehen. Denkmäler für die tschechischen Führer und insbesondere die tschechischen Legionäre sind zu vernichten.

Sobald Prag in deutscher Hand ist und es die außenpolitische Situation nicht absolut verbietet, wäre die Wiedereingliederung der böhmischen Länder in das Deutsche Reich zu proklamieren. Etwaige weitere tschechische Widerstandsversuche können als Aufstandsversuche, Zerstörungen an wirtschaftlichen und anderen Gütern als Sabotage angesprochen werden.

Die äußere Pazifizierung ist erreicht, wenn die letzten militärischen Einheiten auf ehemaligem tschechoslowakischen Gebiete erledigt sind. Die weiteren Maßnahmen im tschechischen Gebiet machen aber noch die Fortdauer des militärischen Ausnahmezustandes nötig.

IV. ZEITRAUM DER MILITÄRISCHEN BESETZUNG

a) Mit Vernichtung der letzten feindlichen militärischen Einheiten ist auch der Zeitpunkt gegeben, daß in der Prager Burg in einem vor allem für das Ausland berechneten Staatsakt die Wiedereingliederung der böhmischen Länder in das Großdeutsche Reich feierlich und endgültig festgelegt wird. Gleichzeitig wird die Vollendung des Großdeutschen Reiches erklärt.

Prag erhält in der Reihe der Städte des Reiches den Namen „Stadt der Reichsvollendung“.

Das Deutsche Reich wird, abgesehen von den erforderlichen rechtlichen Auseinandersetzungen bezüglich der Slowakei und Karpathenrußlands, völkerrechtlicher Nachfolger des tschechoslowakischen Staates.

Der Führer der Sudetendeutschen, der nach interner Geltung schon seit 1935 Gauleiter der Sudetendeutschen ist, wird nun auch zum „Reichsstatthalter für die böhmischen Länder“ bestellt.

Im tschechischen Volksgebiet übt nach wie vor die Wehrmacht unter militärischem Standrecht die Regierungs- und Verwaltungsgewalt aus. Der Reichsstatthalter hat bezüglich dieses Gebietes beim Kommandierenden General beratende Funktion. Für die sudetendeutschen Gebiete (Karte!) hat er in seiner Eigenschaft als Reichsstatthalter und Gauleiter die Aufgabe, baldigst die innenpolitische Neuordnung nach den Grundsätzen der NSDAP und der Verwaltungsordnung des Deutschen Reiches durchzuführen. Unter Heranziehung vor allem von Sudetendeutschen mit tschechischen Sprachkenntnissen werden alle Zentralstellen des ehemaligen tschechoslowakischen Staates mit Deutschen besetzt. Gleiches gilt von der Verwaltung im regionalen Bereich und für autonome Körperschaften.

Die Wehrmacht erstreckt wie im Altreichsgebiet ihre Zuständigkeit auf Sudetendeutschland und sichert die Traditionspflege der sudetendeutschen Truppenteile der ehemaligen österreichischen Wehrmacht.

b) Im tschechischen Sprachgebiet werden in der Zeit der militärischen Verwal-

tung alle jenen wichtigen Maßnahmen eingeleitet, die geeignet sind, den tschechischen Volksbestand zu zerteilen und zu zerstreuen. Dafür wird ein völkischer Kampfleiter für die böhmischen Länder bestellt, der mit Strategie und Taktik des Volkstumskampfes wohl vertraut und mit entscheidenden Vollmachten auszustatten ist.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Sofortmaßnahmen:

Die deutsche Sprache ist allein öffentlich gültig.

Das gesamte tschechische Schul- und Bildungswesen bleibt bis auf weiteres gesperrt.

Die Kirchen werden unter scharfe Aufsicht gestellt und ihre Entnationalisierung wird im tschechischen Volksbereich unverzüglich eingeleitet.

Die im 19. Jahrhundert üblichen Ortsbezeichnungen werden wieder eingeführt und sind allein gültig.

Alle tschechischen Presseerzeugnisse sind – soweit dies nicht schon im Zug der militärischen Kampfhandlungen der Fall war – zu verbieten. Die Militärverwaltung gibt ein Nachrichtenblatt in tschechischer Sprache heraus und sorgt nötigenfalls auch für die Herausgabe von Propagandaschriften in tschechischer Sprache.

Das Polizeiwesen ist besonders sorgfältig im tschechischen Gebiet auszubauen. Ausländer sind aus den böhmischen Ländern zu entfernen, Niederlassung daselbst bleibt ihnen verboten.

Die im sudetendeutschen Gebiet befindlichen Tschechen werden an Ort und Stelle belassen, soweit sie nicht in öffentlichen Funktionen standen oder nur solche untergeordneter Art ausübten. Sie bleiben aber weiter unter Ausnahmerecht, auch jede kulturelle und charitative Tätigkeit bleibt ihnen verboten.

Tschechische Emigration ins Ausland ist grundsätzlich nicht zu behindern. Bezüglich der Vermögenswerte solcher Emigranten können die Grundsätze der Judenemigration angewendet werden.

c) Die erforderlichen charitativen Maßnahmen im tschechischen Volksgebiet werden lediglich von den deutschen Organisationen (Rotes Kreuz und NSV) durchgeführt.

Im Rahmen der großen reichseigenen Betriebe vor allem bei Bahn, Post und sonstigen Staatsbetrieben erfolgt im tschechischen Volksgebiet so schnell als möglich ein grundlegender Personalaustausch. Tschechen werden auf das ganze Reichsgebiet verteilt. – Einsetzung kommissarischer Leiter für tschechische Banken, Industriekonzerne usw.

Ebenso erhalten alle tschechischen Verbände und Vereine, insbesondere solche nationalpolitischen Charakters, Kommissare eingesetzt, und zwar mit dem Auftrag, diese zu liquidieren. Alle kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen erhalten Kommissare mit dem Ziel der Überführung in deutsche Einrichtungen (Universitäten, Museen usw.).

Die tschechischen Buchhandlungen werden gesperrt, die tschechischen Büchereien beschlagnahmt, ebenso verfallen auf Grund entsprechender Sichtung nationaltschechische Geschichtsquellen und Denkmäler in den Archiven und Sammlungen der polizeilichen Beschlagnahme.

Das gesamte Militärwesen der ehemaligen tschechoslowakischen Armee wird liquidiert. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten des tschechischen Heeres werden ihres Ranges entkleidet und haben keinen Rechtsanspruch auf Pensionen. Dieser Anspruch entfällt auch bei allen übrigen öffentlichen Beamten.

Alle wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen stehen unter dem Gesichtspunkt, daß breite Schichten des Tschechentums (Industriearbeiter) in außerböhmisches Gebiete verpflanzt werden sollen und eine Einwanderung breiter deutscher Volksschichten aus dem ganzen deutschen Reichsgebiet in tschechische Gebiete zu fördern ist.

V. WEITERE MASSNAHMEN NACH AUFHEBUNG DER MILITÄRVERWALTUNG (Berechnet auf eine Frist von etwa 5 Jahren.)

a) Politisches:

Mit Aufhebung der Militärverwaltung geht die Regierungs- und Verwaltungsführung auf den Führer der Sudetendeutschen Partei als Reichsstatthalter über. Sein Sitz ist Prag.

Der völkische Kampfleiter ist nach außen als Sicherheitsdirektor zu tarnen und arbeitet unter dem Reichsstatthalter, hat aber auch volle Machtbefugnisse im übrigen Reichsgebiet und untersteht der Reichsregierung. Er ist der Generalstabschef für alle Maßnahmen, welche die Liquidierung der Tschechenfrage erfordern.

Es dürfte zweckmäßig sein, das Jägerndorfer und Troppauer Schlesien, einschließlich Hultschin in den gesamtschlesischen Verband wieder zurückzuführen. Das Teschener Schlesien verbleibt bei Mähren. Hingegen wäre die Grafschaft Glatz wieder in den Verband Böhmens einzugliedern. Feldsberg und Gmünd kehren wieder in den Verband von Niederdonau zurück.³

b) Bevölkerungs- und Siedlungspolitisches:

Die geographische Planung wird folgende Hauptgedanken beachten müssen: Oder/Elbekanal und Oder/Donaukanal, dann aber auch Autobahnen sind Leitlinien für die Ansetzung deutscher Bauern- und Industriesiedlungen. Entlang des Oder/Donaukanals wird zwischen Tschechen und Slowaken eine deutsch durchsetzte Zone zu legen sein. Ebenso wie Prag mit dem nördlich liegenden deutschen Volksboden, Pilsen mit dem westlich liegenden, Budweis mit dem südlich liegenden Volksboden territorial in Verbindung zu bringen sind, ist die Linie Thaya – Brünn – Wischau – Olmütz – Oder durch deutsche Einsiedlung zu sichern.

Für die Ansiedlung im tschechischen Volksgebiet sind kinderreiche Familien aus allen Reichsteilen heranzuziehen. Das gilt insbesondere für die breiten Schichten

der Angestellten bei Post, Eisenbahn und in der Industrie.

Eheschließungen zwischen Deutschen und Tschechen sind bei Sicherstellung der deutschen Erziehung der Kinder nicht zu hindern. (Mit gewissen Einschränkungen!)

c) Land- und Forstwirtschaftliches:

Von den Tschechen enteigneter, aus deutscher Hand stammender Großgrundbesitz wird bei Abgabe von etwas Siedlungsland für bäuerliche Zwecke den ehemaligen Besitzern zurückgegeben.⁴ Von Tschechen und Ausländern stammender Großgrundbesitz bleibt zu Bedingungen der tschechischen Bodenreform enteignet und wird weitgehend für bäuerliche Siedlungszwecke bereitgestellt. Derartiger forstwirtschaftlicher Großgrundbesitz geht wie aller tschechischer Staatsbesitz an das Reich über. Für anderen tschechischen Großgrundbesitz wird eine weitgehende Bodenreform eingeleitet (Landabgabe). Aufkauf deutschen Bodens durch Tschechen wird verboten. Ausnahmen können nur für das Altreichsgebiet mit Ausnahme von Schlesien und Niederdonau gewährt werden. Das Reichserbhofgesetz ist eine deutschvölkische Einrichtung und darf keineswegs dazu führen, die tschechischen Bauern auf ihrem Besitze zu festigen. Enteignungsmaßnahmen, auch tschechischen Bauernbesitzes sind vorzusehen. Für den Aufkauf tschechischen Besitzes durch Deutsche ist ein Finanzierungsinstitut zu schaffen. Landwirtschaftliche Industrien (Brennereien, Zuckerfabriken, Mühlen) erhalten deutsche kommissarische Leitung; ebenso tschechische Genossenschaftsverbände.

d) Industrielles:

Wir haben aus nationalpolitischen Gründen kein Interesse an der wirtschaftlichen Fortführung tschechischer Industriesiedlungen. Wir werden daher deutschen Neusiedlungen mehr Interesse zuwenden müssen und werden den Schrumpungsprozeß tschechischer industrieller Zentren fördern. Im Besitz von tschechischen Banken, Konzernen, Aktiengesellschaften befindliche Rohstofflager und entsprechende Industrien werden in deutschen Besitz übergeführt. Sonstige Privatindustrien kommen unter deutschkommissarische Leitung dann, wenn es im siedlungs- und bevölkerungspolitischen Interesse liegt. Sie können enteignet werden, wenn sich die Besitzer im Kampf gegen das Deutschtum hervorgetan haben. Für militärisch wichtige Industrien hat die Militärverwaltung schon die nötigen Maßnahmen getroffen.

Die tschechischen Geldanstalten sind zu liquidieren und in deutsche überzuführen. Für die tschechischen Großhandelsgesellschaften und Genossenschaften (Konsumvereine z.B.) ergeben sich gleich gerichtete Maßnahmen.

e) Kulturelles:

Grundsätzlich gibt es nur ein deutsches Schulwesen, und zwar vom Kindergarten bis zur Hochschule. Neuordnung des Geographie- und Geschichtsunterrichtes bei besonderer Hervorhebung der Geschichte Böhmens als Reichsgeschichte. Die

Fahrten tschechischer Kinder ins Reich zur Erholung bei möglichst langen Aufenthalten sind auf breitester Basis zu fördern. Dasselbe gilt für Jugendliche bezüglich entsprechender Lageraufenthalte und zur beruflichen Ausbildung.

Deutsche Kindergärten sind als notwendige Vorstufe des Volksschulwesens allseits einzurichten. Das vorhandene Volksbildungswesen der Tschechen wird endgültig liquidiert. Hingegen ist voller Einsatz deutscher Filme am Platz. Das Rundfunkwesen ist dem übrigen Reichsgebiet anzugleichen.

Sportorganisationen werden nach und nach wieder zugelassen, sofern eine deutsche Führung gesichert ist.

Für gewisse deutsche Schultypen und Studiengänge auch in Wien, Dresden und Breslau ist für Lehrer, Rechtsanwälte, Richter, Ärzte, Priester etc. die gründliche Erwerbung der tschechischen Sprache sicherzustellen, um die deutsche Einwanderung ins tschechische Gebiet zu erleichtern. Die in tschechischer Sprache früher abgelegten Prüfungen aller Grade verlieren ihre Gültigkeit. Ohne gründliche deutsche Sprachkenntnisse kann niemand zu öffentlichen Diensten zugelassen werden.

f) Militärisches:

Das tschechische Gebiet erhält viele und starke Garnisonen und Lager des Reichsarbeitsdienstes. Die tschechische Jungmannschaft wird nicht zum Dienst mit der Waffe herangezogen, sondern hat zweieinhalb Jahre im Arbeitsdienst, dabei in kleinen Mengen auf die deutschen Belegschaften verteilt, zu dienen. Wann Tschechen in den Dienst mit der Waffe genommen werden können, ist unter anderem eine Generationenfrage. Jedenfalls muß die Gewährung des Waffendienstes für die Tschechen eine hochbeehrte Ehre sein.

Solche ehemaligen tschechischen Offiziere und Mannschaften, die in der österreichischen Armee treu ihre Pflicht erfüllten, sind zu fördern und dürfen ihre alten österreichischen Kriegsauszeichnungen wieder tragen. In ähnlicher Weise ist mit ehemaligen Beamten in österreichischen Diensten zu verfahren, insbesondere dann, wenn sie wegen ihrer seinerzeitigen Haltung von den eigenen Volksgenossen verfolgt wurden.

Dagegen sind tschechische Legionäre von jeder öffentlichen Funktion und Förderung auszuschließen. Fälle von Kriegsgefangenenmißhandlungen durch Legionäre sind zu untersuchen und zu ahnden.

g) Soziales:

Die Arbeitsverfassung des Deutschen Reiches wird baldigst auch im tschechischen Volksgebiet eingeführt. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird durch Arbeitsvermittlung in das Altreich vorgenommen. Für tschechische Arbeiter und Angestellte aller Berufe, auch Landwirte, die im Altreich und in den Alpen und Donauländern Arbeitsplätze besetzen, können Begünstigungen gewährt werden (Übersiedlungshilfen, Hausstandsbeihilfen und dgl.). Umgekehrt kommen diese Begünstigungen für Deutsche in Betracht, die ins tschechische Gebiet einwandern.

Ferien- und Kinderhilfsaktionen für solche tschechische Familien, die sich einwandfrei verhalten, sind in großem Umfang fortzuführen.

VI. IN AUSSICHT ZU NEHMENDE SPÄTERE MASSNAHMEN

Wir haben das Interesse daran, den einmal aufgelockerten Zustand des tschechischen Volkes zu erhalten und die Grenzen zwischen Deutsch und Tschechisch zu Gunsten des Deutschtums flüssig zu erhalten. So werden wir den Übertritt breiter Schichten des Tschechentums erreichen. Daher sind alle Festlegungen des tschechischen Besitzstandes durch Kataster, Volkszählungen und dgl. zu vermeiden. Unbeugsame Härte wird gegen alle Widerstandsversuche am Platze sein, während willige Erlebnisgemeinschaft mit Deutschland bei uns offenes Ohr und offenes Herz und tatkräftiges Handeln erfordert. Wer einmal aus dem Tschechentum im Wege der tiefgreifenden Erschütterungen zu uns gefunden hat, der soll spüren, daß wir ihn als Bürger Deutschlands und auch als Volksgenossen werten.

Dementprechend ist bei individueller Handhabung die stufenweise Einführung der DAF, der NSV, der HJ und anderer Gliederungen der Partei im tschechischen Gebiet in Aussicht zu nehmen.

1 Nichtdatiertes, nicht unterzeichnetes, in Henleins politischer Kanzlei in Aš aufgefundenes Dokument. Der Zeitpunkt, zu welchem dieses Dokument verfaßt wurde – ungefähr Mai bis August 1938 – läßt sich nach seinem Inhalt bestimmen.

2 Der sog. Pittsburger Vertrag stellte lediglich eine von den Vertretern der Organisationen amerikanischer Slowaken gegenüber den tschechischen Organisationen in USA 1918 getätigte Erklärung dar, in der der Wunsch ausgedrückt wird, der Slowakei im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik eine autonome Stellung einzuräumen. Auf diesen sog. Vertrag beriefen sich in späteren Jahren die Separatisten aus den Reihen der mit der SdP aufs engste zusammenarbeitenden slowakischen Volkspartei Hlinkas.

3 Auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrags aus dem Jahre 1919 wurden kleine Grenzberichtigungen zugunsten der Tschechoslowakei durchgeführt. Hlučinsko (Hultschiner Ländchen), Valticko (Feldsberger Gebiet), Vitorazsko (Weitracher Gebiet). Kladsko (Glatz) bildete bis ins 18. Jahrhundert einen integrierenden Bestandteil Böhmens.

4 Nach 1918 wurde eine Bodenreform durchgeführt, durch die dem deutschen Adel ein Teil des Grundbesitzes entzogen wurde.

5 Die Legionäre waren Widerstandskämpfer, welche in den tschechoslowakischen Auslandstruppen zusammengeschlossen waren, die 1915-1918 in Rußland, Frankreich und Italien aufgestellt wurden und gegen die Zentralmächte kämpften.

Actae ..., Dokument Nr. 148, S. 221

Anmerkungen

KAPITEL 1

- 1 Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 9/1999
- 2 Kuhn, Heinrich: Einleitung. In: Jesser, Franz: Volkstumskampf und Ausgleich im Herzen Europas. Nürnberg 1983, S. 7
- 3 Franz Jesser (1869 – 1954), nationalistischer deutscher Publizist und Politiker, bis 1933 Mitglied der nazistischen DNSAP und Senator für diese Partei.
- 4 Jesser, Franz: Volkstumskampf und Ausgleich im Herzen Europas. Nürnberg 1983, S. 37
- 5 Sudetendeutscher Erzieherbrief Nr. 2/1998, S. 43
- 6 Ausführlich zu diesem Problem siehe: Hochberger, Hunno/Hruška, Emil: Der deutsche Hegemonialanspruch – Gefahr für Mitteleuropa. Thesen zur Entwicklung der (sudetendeutschen)deutsch-tschechischen Beziehungen. Stuttgart 1998
- 7 Hemmerle, Rudolf: Sudetenland Lexikon. Mannheim 1985, S. 79
- 8 Eichler, Richard: Vom kulturellen Profil der sudetendeutschen Volksgruppe. In: Rechtsstaat – Kulturerbe – Volksgruppe. München 1980, S. 49
- 9 Paneuropa Nr. 3/1991
- 10 Pfitzner, Josef: Sudetendeutsche Einheitsbewegung. Karlsbad – Leipzig 1937, S. 33
- 11 Kuhn, Heinrich., a.a.O., S. 7
- 12 Pfitzner, Josef, a.a.O., S. 45
- 13 Ebendort
- 14 Gebel, Ralf: „Heim ins Reich“. München 1999, S. 14
- 15 Wenzel Jaksch (1896-1966), im Jahre 1938 Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) in der Tschechoslowakischen Republik. Während des Krieges im Exil in Großbritannien, politischer Gegner von E. Beneš. Nach 1945 aktiv in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (Vorsitzender des Sudetendeutschen Rates, Vorsitzender der Bundesversammlung der SL) und in der gesamten Vertriebenenbewegung (Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen).
- 16 Beneš, Edvard: Odsun Němců z Československa (Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei). Prag 1996, S. 65-66
- 17 Pravda (Plzeň), 26.5.1945
- 18 Hospodářské noviny (Wirtschaftszeitung), 10.2.1997

KAPITEL 2

- 1 Von Goldendach, Walter/Minow, Hans-Rüdiger: Von Krieg zu Krieg, Berlin 1997, S. 41
- 2 Pfitzner, Josef: Sudetendeutsche Einheitsbewegung. Karlsbad – Leipzig 1937, S. 73
- 3 Ebendort, S. 74
- 4 Brand, Walter: Die Idee des „sudetendeutschen Stammes“. In: Volk und Führung, 1935
- 5 Ebendort
- 6 Ebendort
- 7 Ebendort
- 8 Lodgman von Auen, Rudolf: Warum ich nicht zu Konrad Henlein fand. In: Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933 – 1947. Herausgegeben von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Prag 1964, S. 192 (siehe auch Dokumentenanhang, S. 97)

- 9 Ebendorf
- 10 Brand, Walter: Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung, S. 12
- 11 Pfitzner, Josef: a.a.O., S. 45
- 12 Kuhn, Heinrich: Einleitung. In: Jesser, Franz: Volkstumskampf und Ausgleich im Herzen Europas, Nürnberg 1983, S. 7
- 13 Zur Zukunft der sudetendeutschen Volksgruppe, Arbeitskreis für Volksgruppen- und Minderheitenfragen, Augsburg 1988, S. 80
- 14 Ebendorf, S. 41
- 15 Ebendorf, S. 63
- 16 Blumenwitz, Dieter: Der Begriff der Minderheit/Volksgruppe. In: Deutschland und seine Nachbarn. Forum für Kultur und Politik Nr. 6/1993, S. 28-29
- 17 Ebendorf, S. 30
- 18 Ebendorf, S. 31
- 19 Sudetendeutsche Zeitung 36/1994
- 20 Landeszeitung, 17.8.1999
- 21 Ebendorf
- 22 Ebendorf
- 23 Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft Nr. 10/1997, S. 311
- 24 Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft
- 25 <http://www.genealogienetz.de/gene/reg/SUD/hist/>
- 26 Ebendorf

KAPITEL 3

- 1 Brand, Walter: Auf verlorenem Posten. München 1985, S. 50
- 2 Biman, Stanislav/Malř, Jaroslav: Kariéra učitele tělocviku. [Die Karriere eines Turnlehrers] Ústí nad Labem 1983, S. 86
- 3 Ebendorf, S. 93
- 4 Gebel, Ralf: „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938 – 1945). München 2000, S. 44
- 5 Drtina, Prokop: Československo můj osud (Die Tschechoslowakei, mein Schicksal). Prag 1991, S. 96
- 6 Brand, Walter: a.a.O., S. 90
- 7 Foustka, Radim: Konrád Henlein. Prag 1937, S. 19
- 8 Smelser, Ronald M.: Sudetoněmecký problem 1933-1938 (Manuskript der Übersetzung aus dem Amerikanischen: The Sudeten Problem 1933-1938, Middleton, Connecticut, USA 1975)
- 9 Ebendorf, S. 107
- 10 Moulis, Miloslav/Tomášek, Dušan: Život plný nenávisťi (Ein Leben voller Hass). Prag 1977, S. 97
- 11 Goebbels, Josef: Tagebücher 1938, tschechische Ausgabe: Liberec 1992, S. 225
- 12 Moulis, Miloslav/Tomášek, Dušan: a.a.O., S. 97
- 13 Goebbels, Josef: a.a.O., S. 183
- 14 Foustka, Radim: a.a.O., S. 51
- 15 Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Essen 1999, S. 53
- 16 Tagebuch von Benno Tins, Bezirksarchiv Cheb
- 17 Becher, Walter: Der Zeitzeuge. München 1990, S. 110
- 18 Ebendorf
- 19 Ascher Zeitung, 27.3.1945
- 20 Ebendorf

- 21 Ausführlich zum Tode von Konrad Henlein, siehe Hruška, Emil: Akce Zeppelin (Aktion Zeppelin). Plzeň 1999
- 22 Ascher Rundbrief, Heimatblatt für die aus dem Bezirk Asch vertriebenen Deutschen, Nr. 5/1988
- 23 Becher, Walter: „Henleinfaschismus“ zwischen Wahrheit und Verruf. In: Sudetenland Nr. 1/1997, S. 46
- 24 Brief an Hitler, datiert vom 19.11.1937. Dieser Brief enthält außerdem die Feststellung: „Die SdP muß ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung und als politisches Prinzip tarnen. Als Partei im demokratisch-parlamentarischen System der Tschechoslowakei muß sie sich nach außen, in mündlichen und schriftlichen Äußerungen, in Kundgebungen und in der Presse, im Parlament, in ihrem eigenen Aufbau und bei der Organisation des Sudetendeutschtums der demokratischen Terminologie und demokratisch-parlamentarischer Methoden bedienen. Sie kann deshalb nichteingeweihten reichsdeutschen Kreisen als zwiespältig und unverlässlich erscheinen“. Siehe: Habel, F.P.: Dokumente zur Sudetenfrage. München 1984, S. 199; siehe auch Dokumentenanhang S. 79
- 25 Bezirksarchiv Cheb, Fond 240 OÚ Aš
- 26 Čelovský, Boris: Mnichovská dohoda 1938. Šenov u Ostravy 1999, S. 94 (Das Münchner Abkommen 1938, deutsche Ausgabe: Stuttgart 1958)
- 27 Herde, Georg/Maier, Hans: ... bis alles in Scherben fällt ... München 1960, S. 37
- 28 Prager Montagsblatt, 9.10.1933
- 29 Novák, Otto: Henleinovci proti Československu (Henleinleute gegen die Tschechoslowakei). Prag 1987, S. 39-40
- 30 Ebendort
- 31 Zimmermann, Volker: Sudetští Němci a nacionální socialismus (Die Sudetendeutschen und der Nationalsozialismus). In: Studie o sudetoněmecké otázce (Studien über sudetendeutsche Fragen). Prag 1996, S. 63
- 32 Biman, Stanislav/Malíř, Jaroslav: a.a.O., S. 162
- 33 Beneš, Edvard: Odsun Němců (Die Umsiedlung der Deutschen). Prag 1995, S. 80-81
- 34 Zimmermann, Volker: Sudetští Němci a nacionální socialismus. S. 85
- 35 Ascher Rundbrief Nr. 5/1988
- 36 Schickel, Alfred: Konrad Henlein. In: Die Tschechoslowakei – Das Ende einer Fehlkonstruktion. Berg 1993, S. 67
- 37 Sudetendeutsche Zeitung, 30.7.1999
- 38 Sudetendeutsche Zeitung, 15.9.1995
- 39 Ascher Rundbrief Nr. 9-10/1984
- 40 Sudetendeutsche Zeitung, 10.1.1997
- 41 Sudetendeutsche Zeitung, 24.3.1995

KAPITEL 4

- 1 Fischer, Ferdinand: Die sudetendeutsche Jugendbewegung (Manuskript). Nachlass J. Stauda, Bezirksarchiv Cheb, S. 4
- 2 Broklová, E.: Politická kultura německých aktivistických stran v Československu 1918-1938 (Die politische Kultur der aktivistischen deutschen Parteien in der Tschechoslowakei 1918-1938). Prag 1999, S. 18
- 3 Kletzl, Otto: Der böhmerländische Gedanke. Cheb 1929, S. 4
- 4 Becher, Walter: Der Zeitzeuge. München 1990, S. 40
- 5 Siehe Pfitzner, Josef: Sudetendeutsche Einheitsbewegung. Karlsbad – Leipzig 1937
- 6 Becher, Walter: a.a.O., S. 54
- 7 Luh, Andreas: Sudetendeutsche Jugendbünde und ihr Einfluss auf Politik und Verbände

- in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: Deutsche Jugend in Böhmen 1918-1938. Benediktbeuren 1993, S. 148-149
- 8 Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1941, S. 420-421
- 9 Siehe: Briefe zur Schulung politischer Kämpfer Nr. 9/1938, S. 258
- 10 Zitiert nach: Die Zukunft der sudetendeutschen Volksgruppe. Augsburg 1988, S. 88
- 11 Brand, Walter: Auf verlorenem Posten. München 1985, S. 40
- 12 Zitiert nach: Nittner, Ernst: Ganzheit gegen Zerfall und Auflösung. Zu Walter Bechers Buch über das Weltbild Othmar Spann's. In: Sudetenland Nr. 4/1986, S. 358
- 13 Moudrý, Karel: Stavovský stát, jeho ideologie a organizace (Der Ständestaat, seine Ideologie und Organisation). Prag 1934, S. 26
- 14 Siehe Kural, Václav: Konflikt místo společenství? Prag 1993; deutsche Ausgabe: Konflikt anstatt Gemeinschaft?, Prag 2001
- 15 Broklová, E.: a.a.O., S. 22
- 16 Nittner, Ernst.: a.a.O., S. 356
- 17 Siehe Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Essen 1999, S. 43
- 18 Die junge Front 1931, S. 329
- 19 Ebendort
- 20 Das Deutschpolitische Arbeitsamt (DPA) war eine Institution, die sich mit der Koordinierung und Organisierung der politischen Arbeit der deutschen politischen Parteien außer der Sozialdemokratie beschäftigte; es entstand im Jahre 1919. In der ersten Hälfte der dreißiger Jahre hatten die Mitglieder des KB (E. Kundt, O. Kuhn u.a.) darin starke Positionen.
- 21 Siehe Wolfgramm, Eberhard: O počátcích henleinovského hnutí (Über die Anfänge der Henlein-Bewegung). Československý časopis historický 1964, S. 37-38
- 22 Brand, Walter: a.a.O., S. 55
- 23 Die junge Front 1931, S. 22
- 24 Pfitzner, J.: a.a.O., S. 72
- 25 Siehe Jesser, Franz: Volkstumskampf und Ausgleich im Herzen Europas. Nürnberg 1983, S. 127
- 26 Siehe Čelovský, Boris: Mníchovská dohoda 1938 (Das Münchner Abkommen 1938). Šenov u Ostravy 1999, S. 92
- 27 Ascher Zeitung, 17.7.1933
- 28 Ebendort
- 29 Čelovský, Boris: a.a.O., S. 95
- 30 Brand, Walter: Die sudetendeutsche Tragödie. Zitiert nach: Cesar, Jaroslav/Černý, Bohumil: Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918-1938, Teil II. (Die Politik der bürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918-1938). Prag 1962, S. 196-197
- 31 Prager Tagblatt, 2.9.1933
- 32 Ascher Zeitung, 18.9.1933
- 33 Brand, Walter: Auf verlorenem Posten, S. 68
- 34 Ebendort, S. 69
- 35 Tagebuch von Benno Tins, Bezirksarchiv Cheb
- 36 Becher, Walter: a.a.O., S. 57
- 37 Tagebuch von Benno Tins
- 38 Ascher Zeitung, 29.9.1933
- 39 Ascher Zeitung, 30.9.1933
- 40 Prager Montagsblatt, 2.10.1933
- 41 Ebendort
- 42 Jesser, Franz: a.a.O., S. 93-94

- 43 Ebendorf
- 44 Siehe Brand, Walter: a.a.O., S. 78
- 45 Prager Abendzeitung, 9.10.1933
- 46 Prager Montagsblatt, 9.10.1933
- 47 Zitiert nach: Cesar, Jaroslav/Černý, Bohumil: a.a.O., S. 238
- 48 Dokumenty o protilidové a protinárodní politice T. G. Masaryka (Dokumente über die volks- und nationalfeindliche Politik des T. G. Masaryk). Prag 1953, S. 254
- 49 Beichte des K. H. Frank. Prag 1946, S. 27
- 50 Theisinger, H.: Die Sudetendeutschen. Buchloe 1987, S. 68
- 51 Novák, Otto: Henleinovci proti Československu. Prag 1987, S. 82
- 52 Ebendorf
- 53 Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat, S. 47
- 54 Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947. Prag 1964, S. 140-145
- 55 Witikobrief Nr. 6/1998
- 56 Der Lebenswille des Sudetendeutschtums. Karlsbad-Leipzig 1938, S. 21
- 57 Ebendorf, S. 89-90
- 58 Ebendorf, S. 91
- 59 Ebendorf, S. 93
- 60 Jesser, Franz: a.a.O., S. 100

KAPITEL 5

- 1 Cesar, Jaroslav/Černý, Bohumil: Iredentistické hnutí německých buržoazních nacionalistů z ČSR v letech 1918-1929 (Die irredentistische Bewegung der deutschen bürgerlichen Nationalisten aus der ČSR in den Jahren 1918-1929). In: Československý časopis historický 1964, S. 798
- 2 Bartík, Josef: Vorwort zu M. Ivanov: Černý dostal mat. Prag 1967, S. 10. Deutsche Ausgabe: Der Henker von Prag)
- 3 Sandner, Rudolf: Vojensky organizovaná protistátní činnost sudetských Němců v předmnichovském Československu (Die organisierte militante staatsfeindliche Tätigkeit der Sudetendeutschen in der vormünchner Tschechoslowakei). In: Historie a vojenství Nr. 2/1993, S. 71
- 4 Cesar, Jaroslav/Černý, Bohumil: a.a.O., S. 801
- 5 Sborník studentských prací z III. celostátní studentské vědecké konference (Sammlung studentischer Arbeiten von der III. gesamtstaatlichen wissenschaftlichen Konferenz der Studenten). Ostrava 1962, S. 186
- 6 Moravec, František: Špión, jemuž nevěřili (Der Spion, dem man nicht glaubte). Prag 1990, S. 25-26
- 7 Ebendorf, S. 26
- 8 Sborník studentských prací, S. 192
- 9 Novák, Otto: Henleinovci proti Československu. Prag 1987, S. 86
- 10 Biman, Stanislav: Nacistická bezpečnostní služba v Protektorátě Čechy a Morava (Der nazistische Geheimdienst im Protektorat Böhmen und Mähren). In: Sborník archivních prací 1972
- 11 Koutek, Jaroslav: Nacistická pátá kolona v ČSR (Die nazistische 5. Kolonne in der ČSR). Prag 1962, S. 181
- 12 Ebendorf, S. 177
- 13 Douša, Josef: Protistátní činnost henleinovců na západě ČSR v roce 1938 (Die staatsfeindliche Tätigkeit der Henlein Leute im Westen der ČSR im Jahre 1938). In: Minulostí Západočeského kraje XXV (1989), S. 22

- 14 Koutek, Jaroslav: a.a.O., S. 183
- 15 Witikobrief Nr. 6/1998
- 16 Novák, Otto: a.a.O., S. 91
- 17 Koutek, Jaroslav: a.a.O., S. 136
- 18 Novák, Otto: a.a.O., S. 195
- 19 Rühle, Gerd: Das Dritte Reich (Das sechste Jahr 1938). Berlin 1939, S. 231
- 20 Röhr, Werner: In einem Staat unmöglich. In: Junge Welt 27.3.2002
- 21 Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947. Prag 1964, S. 312
- 22 Ebendort, S. 313
- 23 Ebendort
- 24 Ebendort, S. 318
- 25 Ebendort
- 26 Ebendort, S. 313
- 27 Ebendort, S. 314
- 28 Ebendort, S. 315
- 29 Ebendort
- 30 Ebendort, S. 317
- 31 Ebendort, S. 319
- 32 Staatsarchiv Prag, Fond SdP
- 33 Historie a vojenství 4/1985 (Geschichte und Militär), S. 65
- 34 Sudetendeutscher Pressedienst (SdP), Wien, 27. Februar 2002/GE

SCHLUSSBEMERKUNGEN

- 1 Brand, Walter: Zwanzig Jahre Witikobund. In: Beiträge des Witikobundes zu Fragen der Zeit, Band 20, 1969, S. 30
- 2 Mitteilungen des Verbandes der farbentragenden Vereine Deutscher Studenten e.V. Nr. 2, zitiert nach: Herde, Georg/Stolze, Alexa: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Köln 1987, S. 121
- 3 www.demokratizentrum.org/download/hahn
- 4 Ebendort
- 5 Sudetendeutsche Zeitung, 14.3.1997
- 6 Sudetenbote Nr. 2/1998